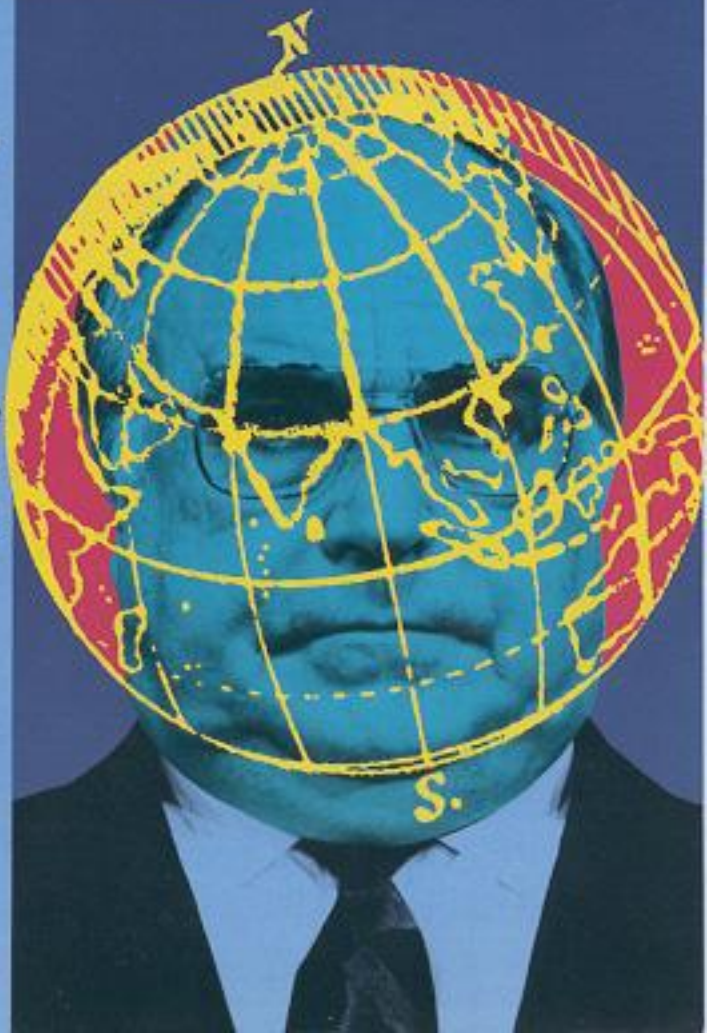
Heft 3 März 1993 6,80 DM

C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- 4. Reich: Die globale Katastrophe?
- Stasi: Eine kleine Repressionskunde
- RZ am Ende
- US-Wahlen: Vote for Duke — Create a Fuehrer
- R. Jungk, ein Mann aus Schleim
- Scharang: »Auf nach Amerika«



in konkret März 1992

Von Konkret

an konkret

Wilhelm der Allererste von Hermann L. Gremliza

Augen zu und durch?Auf Bewährung von Michael Hahn

Reichsneugründung, Hohn, Spott und Drohungen für die Sieger des 2. Weltkriegs, Unterstützung völkisch-separatistischer Bewegungen im ehemaligen Ostblock, Pogrome gegen Ausländer, Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, rücksichtslose Ausnutzung ökonomischer Vorherrschaft - im Laufe nur zweier Jahre hat die Bundesrepublik dem Rest der Welt demonstriert, was in ihr steckt. Wie reagiert das Ausland darauf? Berichte aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der CSFR, den Niederlanden und Schweden

Augen zu und durch?The Krauts-Question von Eckhard Voss

Reichsneugründung, Hohn, Spott und Drohungen für die Sieger des 2. Weltkriegs, Unterstützung völkisch-separatistischer Bewegungen im ehemaligen Ostblock, Pogrome gegen Ausländer, Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, rücksichtslose Ausnutzung ökonomischer Vorherrschaft - im Laufe nur zweier Jahre hat die Bundesrepublik dem Rest der Welt demonstriert, was in ihr steckt. Wie reagiert das Ausland darauf? Berichte aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der CSFR, den Niederlanden und Schweden

»Jeder ist uns der Nächste« V von Archiv für Sozialpolitik

Augen zu und durch?»Faschismus ist möglich« von Dorothee Piermont

Reichsneugründung, Hohn, Spott und Drohungen für die Sieger des 2. Weltkriegs, Unterstützung völkisch-separatistischer Bewegungen im ehemaligen Ostblock, Pogrome gegen Ausländer, Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, rücksichtslose Ausnutzung ökonomischer Vorherrschaft - im Laufe nur zweier Jahre hat die Bundesrepublik dem Rest der Welt demonstriert, was in ihr steckt. Wie reagiert das Ausland darauf? Berichte aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der CSFR, den Niederlanden und Schweden

Augen zu und durch?Bekannte Bestrebungen von Praha Vonderka

Reichsneugründung, Hohn, Spott und Drohungen für die Sieger des 2. Weltkriegs, Unterstützung völkisch-separatistischer Bewegungen im ehemaligen Ostblock, Pogrome gegen Ausländer, Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, rücksichtslose Ausnutzung ökonomischer Vorherrschaft - im Laufe nur zweier Jahre hat die Bundesrepublik dem Rest der Welt demonstriert, was in ihr steckt. Wie reagiert das Ausland darauf? Berichte aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der CSFR, den Niederlanden und Schweden

Augen zu und durch?Auf Gedeih und Verderb von Arne Gillert; Levien Rouw, Martin Randt

Reichsneugründung, Hohn, Spott und Drohungen für die Sieger des 2. Weltkriegs, Unterstützung völkisch-separatistischer Bewegungen im ehemaligen Ostblock, Pogrome gegen Ausländer, Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, rücksichtslose Ausnutzung ökonomischer Vorherrschaft - im Laufe nur zweier Jahre hat die Bundesrepublik dem Rest der Welt demonstriert, was in ihr steckt. Wie reagiert das Ausland darauf? Berichte aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der CSFR, den Niederlanden und Schweden

Augen zu und durch?Respekt vor dem Kanzler von Ernst Fidel Fürntratt-Kloep

Reichsneugründung, Hohn, Spott und Drohungen für die Sieger des 2. Weltkriegs, Unterstützung völkisch-separatistischer Bewegungen im ehemaligen Ostblock, Pogrome gegen Ausländer, Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, rücksichtslose Ausnutzung ökonomischer Vorherrschaft - im Laufe nur zweier Jahre hat die Bundesrepublik dem Rest der Welt demonstriert, was in ihr steckt. Wie reagiert das Ausland darauf? Berichte aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der CSFR, den Niederlanden und Schweden

»Von der Leine gelassen« von Wolfgang Pohrt

Seit die Wiedervereinigung mit Billigung sämtlicher Nationen zustande kam, lenkt besonderer Argwohn gegen Deutschland von der allgemeinen Entwicklung ab, welche den Nachfolgestaat des Dritten Reiches wieder an die Macht brachte

Gesellschafts-Ersatz von Georg Fülberth

Der Staatssicherheitsapparat der DDR war kein Geheimdienst wie andere auch, nicht nur Ausforschungs- und Repressionsorgan, sondern gleichermaßen Ökonomie- und Öffentlichkeits-Ersatz. Daß er alles allein machen mußte, hat ihn schließlich überfordert

»Wahr bleibt ...« von Inge Viett

1990 wurde sie in der DDR verhaftet, seit Ende November 1991 wird vor dem Staatsschutzsenat des OLG Koblenz gegen sie verhandelt: Inge Viett, ehemaliges Mitglied der Bewegung 2. Juni und der RAF, nimmt Stellung zum Gerede von der »RAF-Stasi-Connection« und ihrer Rolle darin

Buch des Monats: Vernichtung von Feinden von Oliver Tolmein

Terroristen und Richter, Bd. 1: Heinrich Hannover, Terroristenprozesse - Erfahrungen und Erkenntnisse eines Strafverteidigers, 260 Seiten, 39,80 Mark; Bd. 2: Rolf Gössner, Das Anti-Terror-System - Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat, 418 Seiten, 49,80 Mark; Bd. 3: Margot Overath, Drachenzähne - Gespräche, Dokumente und Recherchen aus der Wirklichkeit der Hochsicherheitsjustiz, 288 Seiten, 39,80 Mark. VSA-Verlag, Hamburg 1991

»Das Ende unserer Politik« von Revolutionäre Zellen

»Wir haben ... unsere bisherige Form des militanten Widerstands ... aufgegeben« - erklären Mitglieder einer Gruppe der »Revolutionären Zellen« (RZ) in einem Schreiben, das KONKRET Anfang Februar zuging. Die Begründung ihrer »Selbstauflösung«, die sichdeutlich von den selbstkritischen Überlegungen der RZ-Erklärung zur Ermordung des Gruppenmitglieds Gerd Albartus (s. KONKRET 2/92) unterscheidet, richtet sich gegen die »Fortschreibung des RZ-Mythos« und stellt die Defizite der RZ-Politik in den Kontext der Selbstabdankung der deutschen Linken

Mehr als nur Symbolik von Oliver Tolmein

Anmerkungen zur neuen Erklärung der »Revolutionären Zellen«

Vote for Duke CreateaFuehrer von Michael Hahn

Bis vor kurzem feierte er noch regelmäßig Hitlers Geburtstag. Nach zwei Schönheitsoperationen, einer an seinem Gesicht und einer an seinem politischen Programm, kandidiert er jetzt als »konservativer Republikaner« in den US-Präsidentschaftswahlen. David Duke aus Louisiana ist der unangefochtene Wortführer der faschistischen Rechten in den USA

Die Beraterin des Kanzlers von Michael Scharang

»Habe er anfangs die Regierung verdächtigt, eine gut organisierte Bande zu sein, welche heimlich, auf jeden Fall hinter dem Rücken der Bevölkerung, das Inland an ausländische Interessenten verschiebe, so liebäugle er nun bereits mit der These, Regierung und Bevölkerung steckten unter einer Decke und richteten das Land in bestem Einverständnis zugrunde.« - Vorabdruck aus Michael Scharangs Roman »Auf nach Amerika«, der Ende März im Luchterhand Literaturverlag erscheint

Biotop mit toten Juden von Eike Geisel

Von Januar bis Ende April sind in Berlin die »Jüdischen Lebenswelten« zu sehen, die weltweit bisher größte Ausstellung jüdischer Kulturgeschichte. Indes, ohne die Juden vorher umgebracht zu haben, hätten die Deutschen nie so viel jüdische Kultur präsentieren können. Eike Geisel kommentiert diese doppelte Spitzenleistung, die gegenwärtig in Museen und auf Friedhöfen erbracht wird

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Ein Mann aus Schleim von Gerhard Henschel

Porträt des mit allen weichen Sabbelwassern gewaschenen Futurologen Robert Jungk, der im April Nachfolger des österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim werden möchte

Wie Motten zum Licht von Otto Köhler

»Kathedergesindel«: Zwei neue Untersuchungen über die Rolle der Universitäten und das Verhalten ihres wissenschaftlichen Personals während des Nationalsozialismus zeigen, mit welcher Skrupellosigkeit deutsche Professoren ihrem Führer folgten - und nach 1945 ihre Karriere fortsetzten

Piwitt's Siebensachen von Hermann Peter Piwitt

Mythen-Macher von Konrad Ege

Wer zu Verschwörungstheorien neigt, könnte glauben, es gebe eine Verschwörung gegen Oliver Stones Politthriller »JFK«. Selten, vielleicht noch nie, ist in den USA ein Hollywood-Film so rasch und so heftig verrissen worden wie der mehr als dreistündige »JFK« über die Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy am 22. November 1963

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 03/92, S. 4

Von Konkret

Wer gibt uns ein paar der ungezählten Stunden zurück, die wir vor Radio- und Fernsehgeräten bei Vorträgen fortschrittlicher Satiriker verbracht haben, zäh harrend jener Stelle, die ja kommen mußte und doch nie kam, an der unsere Ausdauer durch die Erregung eines gewissen Schmunzelreizes belohnt werden würde? Anstatt aber wenigstens sich zu entschuldigen, wird der pointenärmste dieser Lustigtuer, dem wir die ödesten Viertelstunden verdanken, auch noch pampig:

Die Gleichwertigkeit aller abtragbaren Fakten wird nämlich dadurch hergestellt, wenn... Kommunisten wie Hermann L. Gremliza (von der Zeitschrift KONKRET, dem Zentralorgan für Förderer des Gulagbetriebs) behaupten, die politischen Gefangenen in der DDR hätten »keine durch staatliche Gewalt verursachten physischen Beschädigungen vorzuweisen, keine Ödeme, keine Wunden, keine Narben, keine Foltermale«. Was Folter ist, bestimmt der unsägliche Chefideologe von der Elbe selbst. Die Chaos-Theorie hat halt den Historischen Materialismus abgelöst.

Witz, komm raus, du bist umzingelt! Ja, so ist er, der beliebte M. Beltz, dessen Conferencen (»satirisch, praktisch, gut«) den älteren Angehörigen der Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Frascativerbraucher schon unvergeßliche Betriebsausflüge beschert haben. Schade irgendwie, daß nicht einmal die vorsätzliche Fälschung eines Satzes aus KONKRET eine beschmunzelbare Pointe abgeworfen hat. Ob`s daran liegt, daß der Beltz jener fettig-klebrige, ganz und gar uninspirierte Spießbürger, als der er sich bei seinen Auftritten verkleidet, auch im wirklichen Leben ist?

»DAS!«, ein regionales Fernsehmagazin des NDR, hatte entdeckt, daß alles wichtige, was der »Spiegel« vor ein paar Wochen in seiner Titelgeschichte übers Ozonloch berichtete, schon vor 15 Jahren gedruckt worden war: im Dezember 1976, in der Titelgeschichte von KONKRET. Die »DAS!«-Redaktion wies gehörig auf diesen Vorgang hin, der Moderator hielt das KONKRET-Heft in die Kamera, und am Tag nach der Sendung meldete sich eine NDR-Redakteurin, die mit KONKRET-Herausgeber Gremliza ein Interview vereinbarte, worin dieser, bitte, erklären sollte, warum niemand, kein Politiker, keine Zeitschrift, kein Rundfunk und kein Fernsehen, damals auf die FCKW-Geschichte in KONKRET reagiert habe. Am verabredeten Tag meldete sich die Redakteurin und sagte den Termin ab - ihre Frage war ihr inzwischen beantwortet worden: Die »DAS!«-Redaktionskonferenz hatte den Beitrag über KONKRET gekippt. Wie andere den anderen, im Dezember 1976.

Von den knapp 24.000 Mark, die KONKRET wg. der Schweinchen-Zeichnungen von Rainer Hachfeld an den Anwalt des ehemaligen Franz Josef Strauß zahlen muß, haben Leser und Leserinnen von KONKRET in den ersten zehn Tagen nach unserem Spendenaufruf 3.783,33 Mark auf das Anderkonto des KONKRET-Anwalts Helmuth Jipp überwiesen (Hamburger Sparkasse, Konto-Nr. 1205/122599, BLZ 20050550, Verwendungszweck: wg. Strauß). Der Verlag dankt allen Spenderinnen und Spendern, bittet zugleich alle, die es sich leisten können und es bisher nicht getan haben, sich möglichst bald doch noch aufzuraffen.

Daß Ingrid Klein, langjährige verantwortliche Redakteurin der Sonderhefte LITERATUR KONKRET und SEXUALITÄT KONKRET, einen eigenen, den KleinVerlag gegründet hat, hat sie selbst durch die dort bereits erschienenen Bücher von Andrea Dworkin, Eberhard Schorsch, Martin Dannecker und anderen hinreichend bekanntgemacht. Was noch zu wenige wissen: Die Adresse des KleinVerlags ist Hoheluftchaussee 74, Hamburg 20. Unter der gleichen Anschrift ist auch der Konkret Literatur Verlag zu erreichen.

Nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages, den die salvadorianische Regierung und die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) am 16. Januar unterzeichneten, geht der Kampf der FMNL mit neuen Waffen weiter: politische Organisierung, Bewußtseinsbildung, Selbstverwaltung, eigene Betriebe, eigene Vermarktung, Land- und Betriebsbesetzungen, gegenseitige Hilfe und Solidarität. Um diesen Kampf, der einer mit ungleichen Mitteln sein wird, zu unterstützen, hat die Solidaritätsbewegung in der BRD eine Spendenkampagne gestartet, die an die Stelle des Aufrufs »Waffen für El Salvador« treten soll. KONKRET unterstützt diese Kampagne:

»Neue Waffen

für El Salvador«

Unterstützt die FMLN!

Neues Konto: BfG Heidelberg

Nr. 1088787700 (BLZ 67210111)

Informationsstelle El Salvador e.V.

Konkret 03/92, S. 6

an konkret

Riesenarschloch

KONKRET 2/92: Gremlizas express

Lb. Herr Gremliza,

heute - beim Arzt, klar - hab ich in der »Quick« den Fall Hahn-Dohnanyi nachgelesen. Sie haben unrecht. Das ist kein Arschloch. Sondern ein Riesenarschloch. Und ein Knalldummkopf, sowieso, dazu. Von Hahn mal ganz zu schweigen.

Eckhard Henscheid

Frankfurt

Lieber Gremliza,

laß dir mal von deinem Autor W. Pohrt sagen, in wessen Tradition du dich mit deiner lustlosen Bücherverbrennung an Frau Dohnanyis Kamin begibst.

Und das Stammeldeutsch, mit dem du Rathenow angehst, ist selbst so peinlich wie die Anrede des gedachten deutschen Spießbürgers, wenn er einen Türken oder eine Türkin anspricht.

Komm doch mal raus aus deiner Motz- und Protzecke. Du kriegst ein Magengeschwür und ich schlechte Laune.

Mirjam Glaser

Frankfurt

Ich kenne Herrn Rathenow nicht. Aber - selten so gelacht.*Sigrid Dembski*

Braunschweig

Pohrtscher Michel

KONKRET 2/92: »Blöcke, Kugeln...« Ulrich Bitz über Hans Henny Jahnn

1. Gut, daß mal wieder auf Jahnn hingewiesen wird!

2. Der Artikel ersäuft über weite Strecken in seinen Metaphern: »Vorsichtsmaßnahmen beim kleinen Grenzverkehr der Vernunft von Kritik...« Hä?

3. Besonders verbumfeit ist der Satz, daß Jahnn keine Nachahmer gefunden hat. Ein Schriftsteller, der seine sieben Zwetschgen beisammen und einigermaßen Geschmack hat, ahmt nie nach! Und wer Jahnn liest, hat eben dadurch Geschmack bewiesen.

4. Auf einen Nachfolger hätte Bitz aber ruhig hinweisen können: Ernst Kreuder. (Wer isn das? - Hopp, hopp, aufstehen, nächste Gemeinde/Stadtbibliothek, ans hintere Regal, ja, genau da, wo der ganz dicke Staub liegt, leihen und lesen, lesen, lesen... Schrieb übrigens ganz früher auch mal für »konkret« und bekam dortselbst anno 1973 von Karlheinz Deschner einen ebenso rabiaten wie hymnischen Nachruf. Pflichtlektüre!)

5. Jahnn war Pazifist, Radikalökologe, Naturmystiker, Irrationalist, Neuheide, außerdem Tierversuchsgegner und machte sich Sorgen wegen der Überbevölkerung - kurz, er war ein Prachtexemplar des Pohrtschen Michel, wie es wohl nur wenige gibt. Dennoch ist an Jahnns Humanität und Antifaschismus wohl nicht zu zweifeln. Das könnte eine spannende Debatte werden: anhand von Jahnn (und Kreuder) zu versuchen, Pohrts Deutschenbild genauer zu fassen. Jahnnphilologie wie Faschismusforschung könnten davon nur gewinnen.

Christoph Schulz

Bensheim

Drübersteher

KONKRET 2/92: »Heim ins Reich?« von Wolfgang Pohrt

Wer braucht sie eigentlich, diese selbstgerechten Kommentierer? Diese kranken Drübersteher, deren Lohnkonto sich durch x-beliebige Konstrukte vom Schreibtisch aus äufnet*? Und sich dabei für scharfsichtige, tabubrechende Betrachter halten, auf die die Welt kaum verzichten kann? - Die herbeibemühten »alten und schwachen Hungernden in der Sowjetunion« brauchen Sie nicht, Herr Pohrt. Wie wär's, wenn Sie mal aus erster Hand leben würden? Es läßt sich dann sicher auch treffender beobachten.

Viviana Nievergelt

Basel

* So im Original. - Red.

Ohne Beleg

KONKRET 2/92: »Mütter im Vaterland« von Ingrid Strobl

Auch wenn sich seit Mitte der achtziger Jahre in der Frauengeschichtsforschung eine Abkehr von der Identifikation mit den Opfern abzeichnet, ist es doch mehrheitlich immer noch die Opferperspektive, unter der das Thema »Frauen im Nationalsozialismus« in der Regel abgehandelt wird. Eine gerechte und sachliche Auseinandersetzung bezüglich der Verantwortung auch der Frauen für das nationalsozialistische System ist immer noch Mangelware. Ein erster Schritt wäre es jedoch, wenn Behauptungen nur mit Beleg zitiert werden würden. Die von Ingrid Strobl behauptete Option Gertrud Bäumers für einen Anschluß des BDF an die Deutsche Frauenfront (also dessen »Gleichschaltung«) ist zumindest in der englischen Ausgabe von Claudia Koonz' Buch nicht belegt, so daß die Frage gestellt werden muß, wie sie zu dieser Information kommt. Das Protokoll der entscheidenden Sitzung des BDF vom 15. Mai 1933, bei der dessen Auflösung mit einer Gegenstimme (Frau Fischer aus Bremen) beschlossen wurde, bietet keinen Beleg für eine derartige Behauptung. So sehr die Aufdeckung von Interessenidentitäten, beispielsweise zwischen der Frauenbewegung und nationalsozialistischen Inhalten ein wichtiges Anliegen sein muß, so wenig darf dabei jedoch von der wissenschaftlichen Belegbarkeit abgewichen werden, sonst spricht auch aus solchem Vorgehen die pure »Ideologin«.

Brigitte Nill

Berlin

Keine Ich-Schwäche

KONKRET 2/92: »Katholischer Schlächter« - Leserbrief von Hermann P. Piwitt

Hermann P. Piwitt: »Zu Wolfgang Pohrts diesmal wirklich großartigen Beitrag eine kleine Ergänzung: ...«

Wäre ich Wolfgang Pohrt, ich würde mir auch diesmal keine Ich-Schwäche gestatten und einfach finden, daß meine Beiträge, sonst nicht beschissen, diesmal nicht großartig zu sein brauchen. Ferner würde ich finden, daß eine kleine Ergänzung zu einem, zugegebenermaßen, ausführlichen Beitrag nicht gleich einer vorangestellten captatio benevolentiae bedarf.

Isabel Sanz

Germersheim

Krieg und Frieden

KONKRET 2/92: »Von Heine zu Weizsäcker« von Eckhard Henscheid

Ein geringes Verdienst hat sich die Düsseldorfer Jury aber doch erworben. In einem ausführlichen Fernsehinterview anläßlich der Preisverleihung nämlich teilte Weizsäcker ein bewegendes Detail aus seiner Jugend mit: Während des Rußlandfeldzuges habe er stets ein Exemplar von Tolstois »Krieg und Frieden« im Tornister getragen. Sollte irgendwann der Siedler-Verlag Weizsäckers Tagebücher aus jener Zeit veröffentlichen, so könnten wir demnach u.a. folgende Eintragungen lesen:

9.1.1943. Noch immer vor Leningrad. Wenn das hier so weitergeht, wird das noch die längste Belagerung seit Troja. - Abends »Krieg und Frieden«. Die Nazis können sagen, was sie wollen - der Russe bleibt doch eine Seele von einem Untermenschen. Und das Verhältnis von deutschem Gemüt und russischer Seele war seit je »ein weites Feld« (Fontane). Da nun leider die Geschichte über ihn hinwegschreiten muß, mag es dem Russen zum Trost gereichen, daß sein kulturelles Erbe bei uns in guten Händen ist.

14.1.1943. Leningrad (St. Petersburg). Es heißt, in der Stadt sterbe man Hungers. Je nun, stünden wir hier den Engländern gegenüber, dann ließe sich wohl eine Lösung finden; so aber... Abends »Krieg und Frieden«: Bolkonskis Tod. Sehr ergreifend; schäme mich meiner Tränen nicht. Dites-moi, mon Führer, pourquoi cette vilaine guerre!!!

(Der Satz mit den Engländern incl. des »so aber...« ist übrigens ein Ausspruch Weizsäckers im nämlichen Zusammenhang, überliefert von Iring Fetscher.)

Joachim Rohloff

Berlin

No pasaran!

KONKRET-Anzeige in »Spiegel Spezial« 4/91

Weil ich als patriotischer Deutscher nicht ständig kämpfen kann muß auch Zeit zum freuen sein. Zum freuen über den Zusammenbruch des Kommunismus in der DDR und Osteuropa, zum freuen über die Wiedervereinigung unseres deutschen Vaterlandes. Und diese Freude lasse ich mir von keinem nehmen, das sollen Sie wissen! Auch nicht von Ihrem Horrorszenario, mit dem Sie in bester Stasi-Manier die Bevölkerung zu verunsichern suchen, indem Sie mit der Angst der Menschen spielen. Hier zeigt sich Ihre zynische, inhumane Denkart.

Nein, Sie werden mit dem was Sie vorhaben nicht durchkommen.

Thomas Rowe

Berlin

Eigenheiten in Orthographie und Interpunktion so im Original. - Red.

Konkret 03/92, S. 9

Hermann L. Gremliza

Wilhelm der Allererste

Ist die Erwägung ganz unernst, den knapp 200.000 übrigen Soldaten der Roten Armee einfach Bleiberecht zu geben, später Asyl, am Ende einen deutschen Paß? Sie könnten in ihren Unterkünften bleiben und das von ihnen ein halbes Jahrhundert benutzte und verschmutzte Gelände bis zur Besenreinheit rekultivieren; ihren Sold zahlen wir ja eh schon. Wir müßten für sie keine Wohnungen in der GUS bauen. Es bliebe ihnen in dem Fall, daß ihre Heimat im Chaos versinkt, der lange Umweg ins deutsche Exil erspart - uns aber viel Mühe und Ärger und die ewigen Nachschlagsforderungen.
Theo Sommer

Wie gerne haben meine Leserinnen und Leser über Theo gelacht, den greisen Gymnasiasten, der jede Woche die Seite 1 der »Zeit« mit Erwägungen füllte der Art, daß Genscher das atlantische Zwischenhoch bei den Hörnern packen müsse, bevor der Zahn der Zeit Morgenluft wittere und den Rubicon an die Kandare nehme, damit er nicht den Gaurisankar mit dem Potomac ausschütte. Dann plötzlich, irgendwann zwischen Deutschlands Wiedergeburt und Golfkrieg, ist der geliebte Bilderstürmer fast völlig verstummt, und erst jetzt meldet er sich zurück - mit kurzen Glossen, in kurzen Hosen oder doch in einem Ton, den er gelernt haben muß, als er solche noch trug, damals, 1944, beim Stubendienst in der Napola von Sonthofen, wo man ihm beigebracht hat, daß der Iwan an sich schmutzt und nur in Ausnahmefällen mit viel deutscher Mühe und viel deutschem Geld zu säubern und für Erdarbeiten zu verwenden sei.

Nichts zu lachen. Die Metamorphose des ebenso glück- wie harmlosen Metaphorikers in einen späten, aber erfolgreichen Absolventen einer nationalpolitischen Erziehungsanstalt ist mehr als bloß der biographisch bedingte Unfall eines Frühgeschädigten. Sie ist typisches Beispiel für den Wandel durch Annäherung, den die Intellektuellen des Landes seit dem Doppelschlag von Reichsgründung und Golfkrieg vollzogen haben. Die Parolen bietet diesmal nicht Marx oder Mao sondern Schillers Tell, jener Wilhelm, der in der Geschichte des deutschnationalen Gefühls die Rolle des Allerersten spielt: *Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an/ Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft/ Wir sind ein Volk und einig wollen wir handeln/ Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern/ Seid einig - einig - einig! (Stirbt.)*

Die deutsche Revolution hat die schon nicht mehr erhoffte Gelegenheit geschaffen, die fünfundvierzig qualvolle Jahre lang nur zwischengelagerte deutsche Geschichte der finalen Entsorgung zuzuführen. Die Täter zweier Weltkriege und eines unvergleichlichen Genozids konnten sich plötzlich als Opfer der Geschichte entdecken, als Opfer von Leuten gar, die zuvor als ihre Opfer gegolten hatten. Im Zuge der revolutionären Umwertung aller Werte stellte sich nämlich heraus, daß diese Opfer der Deutschen später zu Tätern an Deutschen geworden waren. Bedeutete dies nicht, daß sie schon zur Zeit ihrer Verfolgung nicht etwa als schuldlose Opfer, sondern als künftige Täter in Vorbeugehaft genommen bzw. der Vorbeugeexekutiom zugeführt worden waren? Wenn man annehmen darf, daß aus Thälmann ein Honecker hätte werden können - ist es da, bei aller berechtigten Kritik an den juristischen Formalitäten, nicht irgendwie von höherer Gerechtigkeit und ein Segen obendrein, daß er das KZ Buchenwald nicht überlebt hat?

Wie tief die erfreuliche Nachricht, daß wir, die Deutschen und die Brüder und Schwestern der Deutschen, denen undeutsche Gewaltherrscher vierzig Jahre ihres Lebens gestohlen haben, die eigentlichen Opfer der jüngeren Geschichte seien, die Psychen erlöst hat, mag man an Landsleuten ablesen, die sich vor ein paar Jahren stolz Sozialisten genannt haben und nun Wiedergutmachung für die Hinterbliebenen von Gestapo- und SS-Führern fordern, die in Internierungslagern der Roten Armee an Hunger und Seuchen gestorben sind. Doch auch ganz andere, Leute von Anstand, die Klügeres als ich über die deutschen Verbrechen gesagt haben und noch vor einem Jahr ganz bei Sinnen waren, können heute über die Legitimität der Verurteilung von Grenzsoldaten der DDR durch die BRD-Justiz nicht mehr diskutieren, ohne die Frage aufzuwerfen, ob die Verurteilung und Hinrichtung des Auschwitz-Kommandanten Höß durch die Alliierten etwa nicht legitim gewesen sei. Jeder Tote ist ein Toter zuviel, wie wahr, und man soll nicht aufrechnen, gewiß - aber wie muß eine Moral beschaffen sein, der es wirklich keinen Unterschied mehr macht, ob an der DDR-Grenze 6.000.000 Menschen vergast und in den Vernichtungslagern der Nazis 200 Flüchtlinge erschossen worden sind?

So perfekt wie das Ding mit den toten Roten war das mit den toten Juden im Rahmen der deutschen Revolution freilich nicht hinzukriegen. Der Teil der Schuld am Holocaust, der dem »staatlich verordneten Antifaschismus der DDR« abgetreten werden konnte, fiel zwar weit größer aus als erhofft, reduzierte das Paket schlechten Gewissens aber noch nicht auf jenes Pfeifentäschchenformat, das der Herrenmensch zum Zweck fastenzeitlicher Selbstgeißelung ganz gern mit sich führt, denn von nichts kommt nichts, auch nicht die glaubwürdige Zerknirschung, die anzulegen das Festbankett zur Woche der Brüderlichkeit gebietet.

Glücklicherweise wurde kurz nach der Mauer auch der Golfkrieg eröffnet, und mit ihm eine Perspektive, die die Juden in den Blick brachte und die deutschen Verbrechen an ihnen daraus entfernte. Den meistens Dichtern und Denkern, die den

Krieg gegen Saddam Hussein unterstützten, war die Bedrohung Israels durch irakische Giftgasgranaten eine willkommene Gelegenheit, mit einer einzigen martialischen Geste ihren Teil der Verantwortung für die deutschen Verbrechen an den Juden loszuwerden und zugleich beim Vaterland, dem sie erstmals das Recht der Kriegsführung einräumten, sich außerordentlich beliebt zu machen. Mancher der Damen und manchem der Herren, die beteuerten, ihr Votum zugunsten eines militärischen Schlags gegen den Irak gelte vor allem oder gar ausschließlich dem Schutz Israels vor deutsch-irakischem Giftgas, war ihr höheres Hinauswollen schon damals an der gebräunten Nasenspitze anzusehen - »Saddam = Hitler« (Enzensberger) hieß die Zauberformel, unter der die Deutschen künftig ihre Verbrechen ihren Gegnern würden aufladen und unbeschwert zu neuen aufbrechen können.

Den letzten Rest deutscher Vergangenheit bewältigte die pazifistische Linke, die sich durch die Verteidiger Israels in ihrer Friedensliebe derart schmerzhaft angegriffen sah, daß sie den Kopf verlor und ein Gemüt sprechen ließ, an dem antisemitische Züge deutlich hervortraten. Zwar hätte jeder erkennen können, daß dennoch der Antisemitismus der deutschen Linken dem Antisemitismus der deutschen Mitte und gar dem der deutschen Rechten nicht das Weihwasser reichen kann, aber erstens war, daß es auf der Linken überhaupt so etwas geben könne, vielen ganz neu, zweitens eignete die unerschrockene Verbreitung dieser Sensation sich vorzüglich, Auschwitz irgendwie doch den deutschen Kommunisten und den deutschen Antisemitismus von heute so exklusiv der deutschen Linken zuzuschreiben, daß man ihn zusammen mit ihr, die gerade ihr Ableben vorzubereiten schien, verschwinden lassen könnte, was drittens den Herrschenden, die ihre Meinung über das auserwählte Volk zwar gern *en présence des enfants* und der Golfpartner, aber nicht ausgerechnet vor Broder und Giordano ausbreiten, den Einstieg in die Weltmachtpolitik erleichtern und sie die zeitweise Brauchbarkeit sogar gewisser Judenlümmel einsehen lassen würde.

Was in 43 Jahren nicht gelingen wollte, ist in weniger als zwei Jahren danach gelungen: die Deutschen endgültig und schmerzlos von der Verantwortung für ihre Geschichte und damit zugleich von den letzten Spuren einer Scham zu befreien, die ein wenig Zurückhaltung gebot beim Griff nach der Weltmacht bzw., wie das im neueren Jargon heißt: bei »den historischen Möglichkeiten deutscher Politik« (A.Vollmer). Welche das sein könnten, hat des Landes beliebtester Talkshow-Historiker, Arnulf Baring von der FU Berlin, kürzlich auf jenem Platz in Springers »Welt« erläutert, auf dem ein hauptberufliches Stasiopfer kurz zuvor über ein vom MfS angerichtetes »Auschwitz in den Seelen« geklagt hatte. Nachdem der Herr Professor ganz ungerührt dargelegt hat, daß in Osteuropa nun keineswegs »kompromißbereite Demokraten, sondern rabiate Nationalisten, gewalttätige Faschisten, verbohrte Antisemiten: alle möglichen Kräfte der Gewalt und des Hasses« die Macht ergriffen und »unsere neuen Gegner möglicherweise viel rabiater als der Spätstalinismus« seien, kommt er zu dem Schluß:

Gerade auf dem Gebiet der Sicherheit ist die europäische Solidarität nicht sehr stark entwickelt... Es wird wichtig sein, sich an solche Grundeinstellungen (Frankreichs und Großbritanniens) zu erinnern, wenn in drei Jahren der Atomsperrvertrag ausläuft. Wir werden uns darüber klarwerden müssen, welchen Schutz uns der westliche Zusammenhalt fortan bietet und welche praktischen Schlußfolgerungen für unsere eigene zukünftige Politik aus einer realistischen Lageeinschätzung zu ziehen sind

Atomwaffen für Deutschland – welch andere historische Möglichkeit bliebe einer so herrlich wiedergutgemachten, der Verteidigung von Zivilisation und Besenreinheit verpflichteten Weltmacht, die Nationalisten und Faschisten Osteuropas zur Vernunft zu bringen? Vielleicht, Herr Professor, bekommen die Deutschen ja die Chance, ihr weltgeschichtliches Konto mit einem Schlag auf verbohrte russische Antisemiten atomar auszugleichen.

Konkret 03/92, S. 10

Michael Hahn

Augen zu und durch? Auf Bewährung

Reichsneugründung, Hohn, Spott und Drohungen für die Sieger des 2. Weltkriegs, Unterstützung völkisch-separatistischer Bewegungen im ehemaligen Ostblock, Pogrome gegen Ausländer, Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, rücksichtslose Ausnutzung ökonomischer Vorherrschaft - im Laufe nur zweier Jahre hat die Bundesrepublik dem Rest der Welt demonstriert, was in ihr steckt. Wie reagiert das Ausland darauf? Berichte aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der CSFR, den Niederlanden und Schweden

»Die Weltgeschichte ist nicht dazu da, uns Vergnügen zu machen. Dem deutschen Nationalismus wird aller Voraussicht nach volle Genugtuung werden. Das ‘Mitleid` mit Deutschland ist durchaus politischer Natur, das springt in die Augen. Man wird es aufrichten und aufrüsten, und in knapp 50 Jahren, wenn das nicht zu hoch gerechnet ist, wird es trotz allem das nicht-russische Europa in der Tasche haben, - wie ja schon Hitler, wenn er etwas weniger unmöglich gewesen wäre, alles hätte haben können. Um die machtpolitische Zukunft Deutschlands brauchen wir uns also keine Sorge zu machen, - wenn sie unsere Sorge ist.«
Thomas Mann an Herbert Eulenberg,26. 7. 1947

Gesundheit, *Führer* und *Sieg Heil!* sind wohl die geläufigsten deutschen Wörter in den USA. »Außer im Sport«, erklärte die »New York Times« (»NYT«) am 7. Januar ihren Lesern und Leserinnen, hätten Deutsche im allgemeinen bisher auf das Wort *Sieg* (im Unterschied zu *Erfolg*) verzichtet, um Anklänge an die »Endsiegs«-Propaganda der Nazis zu vermeiden. Umso bemerkenswerter fand die »NYT« Helmut Kohls verbalen Triumphzug nach dem EG-Beschluß, Slowenien und Kroatien anzuerkennen. Das Blatt zitierte einen (ungenannten) Beamten im US-Außenministerium: »Kohl hat wohl den ersten deutschen Sieg seit 1945 erklärt.«

Das Unbehagen der US-Öffentlichkeit angesichts der Politik des wiedervereinigten Deutschland macht sich bereits in Presse-Überschriften Luft: »Deutschlands neue aggressive Rolle weckt alte Ängste« (»Washington Post«,»WP«, 23. Dezember), »Bonn spricht lauter, und manche in den USA zucken zusammen« (»NYT«, 7. Januar), »Deutschlands Rolle löst in den USA Besorgnis aus« (»WP«, 23. Januar), oder »Deutschland sucht die US-Sorgen um seine Verläßlichkeit als Verbündeter zu dämpfen« (»Wall Street Journal«, »WSJ«, 4. Februar).

Kaum ein Bericht oder Kommentar über den jugoslawischen Bürgerkrieg verzichtete darauf, auf die engen historischen Verbindungen zwischen Nazi-Deutschland und Ustascha-Kroatien hinzuweisen. »Niemand mit auch nur einer Spur von geschichtlicher Erinnerung kann das deutsche Wiederhochkommen ohne Bestürzung betrachten. Was, wenn Deutschland eines Tages seinen Schutz auf die Ukraine ausdehnt, die in ihrer Rivalität mit Rußland einen starken Verbündeten brauchen wird? Wie wird Rußland reagieren? Man kommt nicht umhin anzumerken, daß Deutschland sowohl Kroatien als auch die Ukraine bereits mehrmals aufgesucht hat« (»WSJ«-Redakteur Mark Helprin am 15. Januar).

Am 15. Dezember kommentierte die »WP« das »unkluge Versprechen« Bonns, Slowenien und Kroatien diplomatisch anzuerkennen: »Die Deutschen und Italiener sind ungewöhnlich taub gegenüber den unangenehmen historischen Echos hier... Es ist viel zu früh, die Diplomatie aufzugeben... Mit seiner enormen neuen Macht in Europa wird Deutschland ein bißchen besser umgehen müssen. Es wird sich zu gedulden haben.« Auch nach dem Vollzug der Anerkennung durch Bonn bekräftigten die Herausgeber der »WP« (in voller Übereinstimmung mit der US-Regierung): »Die Anerkennung wird gar nichts regeln... Es gibt wahrscheinlich keinen schnellen oder einfachen Weg zu einem Frieden in Jugoslawien. Aber jede Ermunterung, kleine neue Balkanstaaten mit unsicheren und umstrittenen Grenzen zu erzeugen, wird dieses unglückliche Land genau in die falsche Richtung drängen.« Auch die »NYT« kritisierte den Schritt der BRD als zumindest »verfrüht«.

Nur ein Kommentator im stramm rechten »WSJ« (»Deutschland übernimmt die Führung«) konnte es bereits am 19. Dezember kaum erwarten, daß Jugoslawien als »eines der letzten Überbleibsel der kommunistischen Ära ausgemerzt« und »endlich auf den Müllhaufen der Geschichte« befördert werde. (Selbst der bereits zitierte Mark Helprin machte trotz seiner »Bestürzung« gute Miene zum bösen Spiel und bewertete die Anerkennung Kroatiens als »für sich genommen... korrekt, wenn auch verspätet«).

Bis zum 11. Januar hatte es sich dann auch die moderatere »NYT« anders überlegt und sich ins (scheinbar) Unvermeidliche gefügt: Es sei falsch gewesen, die deutschen »Friedensinitiativen« in Jugoslawien zu behindern und »den wirtschaftlichen Wiederaufbau Osteuropas weitgehend den Deutschen zu überlassen«. Stattdessen solle die US-Regierung nun lieber »in Partnerschaft mit Deutschland handeln« und »von Anfang an die (deutschen und amerikanischen) Kräfte bündeln, wirtschaftlich und politisch«.

Das »WSJ« (20. Januar) pflichtete bei: »Die deutsche Politik sollte ermuntert und nicht von anti-deutscher Paranoia behindert werden, aus dem sehr einfachen Grund, weil diese Paranoia sonst in Erfüllung gehen könnte. Es wäre sehr unvorteilhaft in der heutigen unruhigen Welt, wenn Deutschland wieder einmal sein Gesicht nach Osten wenden würde, auch wenn das jetzt noch weit hergeholt zu sein scheint... Deutschland und Japan würden weniger Versuchung für eine eigenmächtige Außenpolitik empfinden, wenn ihnen volle Mitgliedschaft im internationalen Team zugestanden würde.«

Von nun an lautete das Motto der US-Presse: »Augen zu und durch«. Den USA bleibe gar nichts anderes übrig, als sich mit den neuen Realitäten in Europa abzufinden und sich den Deutschen an die Brust zu werfen. Je stärker Bonn in die internationale Verantwortung und Verpflichtung genommen werde, desto weniger werde es sich auf irgendwelche Abenteuer einlassen.

Dieser Gedanke stand schon bei der US-Berichterstattung über den EG-Gipfel in Maastricht im Vordergrund. Die »WP« schrieb am 8. Dezember: »Bei den Vereinigten Staaten von Europa geht es um dieselbe ‘Deutsche Frage’, die schon während des ganzen Jahrhunderts die Politik des Kontinents dominiert hat.« Es komme darauf an, »die Unsicherheit und nationalistische Aggression zu besänftigen, die immer wieder aus dem instabilen Zentrum des Kontinents hervorgebrochen sind. Mit dem Ende des Kalten Krieges ist die klassische europäische ‘Einflußsphären’-Politik wiedererstanden, als ob sich das letzte halbe Jahrhundert nie ereignet hätte.« Das »WSJ« vom 10. Dezember bezeichnete die Abkommen von Maastricht als die »wichtigsten für Europa seit dem Vertrag von Versailles. Es gibt tatsächlich einen Zusammenhang. Die Verhandelnden in Versailles versuchten, Deutschland in das europäische Kräftegleichgewicht einzufügen. In Maastricht wird dies wieder das Ziel sein.«

Ohne eine solche Einbindung des neuen Deutschland, so die Befürchtung der US-amerikanischen Medien, werde es zunehmend zu Konflikten kommen. Die deutsche Leitzins-Erhöhung am 19. Dezember lieferte dazu vielleicht nur ein Vorspiel. Als »ökonomische Kriegsführung im Stil von 1991« bewertete die »NYT« drei Tage später die Maßnahme der Bundesbank. »Nicht nur die Sowjetunion löste sich 1991 in Luft auf. Dasselbe machte auch der Gedanke von ökonomischer Kooperation zwischen den führenden westlichen Volkswirtschaften. Letzte Woche wurde dies klarer als je zuvor, als die (Bundesbank) den Interessen des Großteils Europas, von den USA ganz zu schweigen, den Rücken zukehrte und die Zinsen in die Höhe trieb.«

Auch die Bonner Asylpolitik wird von den US-Medien, die sich sonst nur selten um die »inneren Angelegenheiten« anderer Länder kümmern, aufmerksam verfolgt. Die »WP« registrierte am 14. Oktober den »unangenehmen Beigeschmack eines wiedervereinigten Deutschland, das auf soziale und ethnische Spannungen damit antwortet, Nicht-Deutsche in Lagern einzusperren«. Der liberale Kolumnist Richard Cohen verglich die Welle rassistischer Verbrechen in mehreren europäischen Ländern: »Aber nur eines (dieser Länder) ist wirklich wichtig. Es ist Deutschland, das Schlaflosigkeit bereitet. Warum? Die Antwort ist so offensichtlich wie der zweite Weltkrieg und der Holocaust... Jeder, der über ein Gedächtnis oder eine Schulausbildung verfügt, muß sich fragen, ob er nicht eine Warnung sieht. Ob es ihm gefällt oder nicht, Deutschland bleibt auf Bewährung.«

Am 27. Dezember schwante Michael Lind in einem »NYT«-Gastkommentar Unheil: »Deutschland hat bewiesen, daß es nicht länger ein wirtschaftlicher Riese und ein politischer Zwerg ist... Ebenso wie seine Vorgänger (ist) das neue Deutschland eine revisionistische Macht mit der Absicht, Europa umzugestalten... Es geht offensichtlich davon aus, daß seine Interessen auf dem Balkan über eine Revision europäischer Institutionen hinausgehen - nämlich bis zu einer Revision europäischer Grenzen. Ist es noch weit bis zu einem globalen Revisionismus?«

Aber auch Lind machte letztlich gute Miene zum bösen Spiel. Die US-Regierung solle sich für die Aufnahme der BRD (als sechstes ständiges Mitglied) in den Weltsicherheitsrat stark machen. Damit könne Washington beweisen, daß »auch die USA eine revisionistische Macht sind, die ihre Freunde unter den heutigen Siegern sucht, und nicht nur unter den gestrigen«.

Michael Hahn lebt in Washington D.C.

Konkret 03/92, S. 12

Eckhard Voss

Augen zu und durch?
The Krauts-Question

Reichsneugründung, Hohn, Spott und Drohungen für die Sieger des 2. Weltkriegs, Unterstützung völkisch-separatistischer Bewegungen im ehemaligen Ostblock, Pogrome gegen Ausländer, Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, rücksichtslose Ausnutzung ökonomischer Vorherrschaft - im Laufe nur zweier Jahre hat die Bundesrepublik dem Rest der Welt demonstriert, was in ihr steckt. Wie reagiert das Ausland darauf? Berichte aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der CSFR, den Niederlanden und Schweden

»Die Weltgeschichte ist nicht dazu da, uns Vergnügen zu machen. Dem deutschen Nationalismus wird aller Voraussicht nach volle Genugtuung werden. Das ‘Mitleid` mit Deutschland ist durchaus politischer Natur, das springt in die Augen. Man wird es aufrichten und aufrüsten, und in knapp 50 Jahren, wenn das nicht zu hoch gerechnet ist, wird es trotz allem das nicht-russische Europa in der Tasche haben, - wie ja schon Hitler, wenn er etwas weniger unmöglich gewesen wäre, alles hätte haben können. Um die machtpolitische Zukunft Deutschlands brauchen wir uns also keine Sorge zu machen, - wenn sie unsere Sorge ist.«
Thomas Mann an Herbert Eulenberg,26. 7. 1947

Die Übernahme von Wörtern aus einem anderen Land in den Sprachschatz des eigenen ist zumeist dadurch motiviert, daß sich etwas in der Muttersprache nicht korrekt umschreiben läßt. Oft geschieht der »Import« fremder Wörter auch, um etwas für das andere Land Typisches auszudrücken. So gibt es zwar im Englischen ein Wort für »Würstchen« (sausage), Brat-, Koch-, Bock- oder Knackwurst sind aber einfach nicht zu übersetzen. Ähnliches gilt für Begriffe wie *Heimat*, *Ordnungsamt* oder *Blitzkrieg*.

An der aktuellen Verwendung und den Konjunkturen vieler Sprachimporte lassen sich oft kollektive Einstellungen - oder solche, die es werden sollen - dem anderen Land gegenüber feststellen. Für viele Briten ist Deutschland nach 1945 das Land der Krauts, das sich durch Wirtschaftswunder und besondere Leistungen im Bereich der Technik auszeichnet, aber ansonsten nicht viel zu bieten hat, auf das neidisch zu sein einen Anlaß böte. Zwar ist es immer als Ungerechtigkeit der Geschichte empfunden worden, daß das Land, das Europa (und England) zweimal in diesem Jahrhundert mit Eroberungskriegen überzogen hat und ebensooft bedingungslos kapitulieren mußte, ökonomisch so viel erfolgreicher ist als die seit hundert Jahren an Schwindsucht leidende ehemalige »Werkstatt der Welt«. Aber als ausgleichendes Element ließ sich da immer noch das Gefühl kultivieren, in einem »Vereinigten Königreich« zu leben, die Atombombe zu besitzen und eine special relationship zum Weltpolizisten USA zu haben, während die Deutschen in einem geteilten Land leben mußten, mit militärisch eingeschränkter Souveränität, und darüber hinaus eine special responsibility haben, damit sich 1914 und 1939 nicht wiederhole.

Bekanntlich haben sich die Geschäftsbedingungen dieser Nachkriegsordnung seit dem 9. November 1989 und spätestens mit dem Beitritt der DDR radikal und zugunsten der Bundesrepublik geändert. In Großbritannien, wo die Erinnerung an die beiden Weltkriege, Stoff unzähliger Spielfilme, Dokumentationen und populärer Fernsehserien, ungebrochen weil identisch ist mit der Erinnerung an die einstige Weltgröße, hat die Wiedervereinigung Deutschlands und seine damit verbundene neue politische Rolle zunächst Irritationen in der Einschätzung ausgelöst. Die Verunsicherung darüber, in welche Richtung das »neue« Deutschland denn gehen würde, kam etwa in der bremsenden Haltung der damals noch amtierenden Thatcher-Regierung gegenüber der Wiedervereinigung zum Ausdruck.

Mehr als andere politische Kräfte sind es dabei die britischen Rechten, die darauf beharren, daß sich an den Charaktereigenschaften der Deutschen in den letzten 50 Jahren nicht viel geändert habe. Dazu gehörten weiterhin »Aggressivität, Brutalität und Egoismus« sowie »Minderwertigkeitskomplexe, der Hang zum Selbstmitleid und die Sehnsucht nach Beliebtheit« - so jedenfalls hat es ein 1990 bekanntgewordenes Protokoll eines Treffens zwischen Premier- und Außenminister festgehalten. Der damalige Industrie- und Handelsminister Nicholas Ridley brachte dieses tief verwurzelte Mißtrauen gegenüber den Deutschen vor zwei Jahren am deutlichsten zur Sprache, als er die europäische Währungsunion als »Gaunerei der Deutschen« bezeichnete, die darauf abziele, »in ganz Europa die Macht zu ergreifen«. Aber nicht den Deutschen und ihrer Gaunerei ist daraufhin ein »Strich durch die Rechnung« gemacht worden, wie Ridley gefordert hatte, sondern ihm selbst - er mußte nicht zuletzt aufgrund massiver Interventionen der deutschen Regierung seinen Hut nehmen. Ein paar Monate später folgte ihm auch seine Chefin in die Privatheit, und damit verstummte - jedenfalls auf der europäischen Regierungsebene - jegliche warnende Kritik an der wachsenden deutschen Dominanz in Europa.

Aber auch wenn seit Thatchers Abgang nicht mehr Containment (In-Schach-Halten), sondern mit John »Dear Helmut« Major das Prinzip Appeasement (Beschwichtigung) die Deutschlandpolitik der britischen Regierung prägt, heißt das keineswegs, daß sich darin auch ein grundlegender Wandel des Deutschlandbilds ausdrückt. Eher ist das Gegenteil der Fall,

nur werden die eigenen Einspruchsmöglichkeiten heute bescheidener eingeschätzt. Mehr denn je resultiert die Ablehnung der ökonomischen und politischen Integration der zwölf EG-Staaten in Großbritannien nicht nur aus der Angst, daß via Sozialcharta das nun bald über eineinhalb Jahrzehnte erfolgreiche Sozialdumping aufgeweicht werden könnte, sondern aus dem Bedürfnis, sich nicht noch mehr der ökonomischen Dominanz der Bundesrepublik ausliefern zu wollen.

Nach wie vor ist insbesondere der konservativen britischen Öffentlichkeit »Europäische Gemeinschaft« gleichbedeutend mit »Vorherrschaft der Deutschen und ihrer Währung«. Zwar ist ihre international vollkommen isolierte Verweigerungs- und Eindämmungsstrategie der 80er Jahre gescheitert, aber das ändert für sie nichts an der Weiterexistenz des »German Problem«. Zwar hat mit dem Premierministerwechsel der Politikstil sich gewandelt, aber die Notwendigkeit, den deutschen Einfluß zurückzudämmen, ist damit noch lange nicht vom Tisch. So beschreibt etwa der ehemalige Vorsitzende des konservativen Europa-Ausschusses, William Cash, in seinem Ende letzten Jahres erschienenen auflagenstarken Buch »Against a Federal Europe« das föderalistische Konzept als Mittel für ein Containment des deutschen Machtdrangs nach 1945. Heute, angesichts der ökonomischen Vorherrschaft der Bundesrepublik und dem Ende des Kalten Krieges habe sich dieses Mittel ins genaue Gegenteil gekehrt: In einem föderalen Europa würden Macht und Entscheidungsgewalt bei demjenigen liegen, der über die härteste Währung verfüge - und das ist bekanntlich weder London noch Paris, sondern Frankfurt. Also fordert Cash neue Instrumente zur Zähmung des deutschen Expansionsdrangs. Jetzt auf eine föderale politische Union zu setzen, hieße den Bock zum Gärtner zu machen.

Warnungen wie die von Cash finden heute in der britischen Regierung jedoch kein Gehör mehr (zeitgleich mit dem Erscheinen seines Buches wurde er durch einen Appeaser ausgetauscht). Auf politischer Ebene gibt es gegenwärtig in Großbritannien kein ernstzunehmendes Konzept mehr, dem »Holzhammer deutscher Investitionen« etwas entgegenzusetzen. Der Labour Partei ist das Modell BRD und deren Sozialdemokratie bereits seit einigen Jahren die fast ausschließliche Quelle programmatischer Inspiration und Allheilmittel der eigenen Misere. Deutschlandkritisches äußern zwar noch die europakritischen Parteilinken, diese sind allerdings marginalisiert und zeichnen sich traditionell - wie die britische Linke insgesamt - durch den weitgehenden Verzicht auf außenpolitisches Engagement aus, sieht man einmal von Solidaritäts-Spektakeln im Wembley-Stadion ab.

Eine paradoxe Situation: Die Sprachlosigkeit der britischen Politik angesichts des »Powerhouse of the New Europe« steht in Kontrast zu einem Deutschlandbild, das mehr und mehr die alten düsteren und häßlichen Konturen aufweist. Bereits die in den britischen Medien aufmerksam verfolgten und breit dokumentierten rassistischen Ausschreitungen Ende letzten Jahres wurden als Symptom der Wiederkehr eines aggressiven deutschen Nationalismus gewertet, der das »neue« Deutschland insgesamt anfälliger für faschistische Ideologien und Bewegungen mache als die übrigen westeuropäischen Länder.

Insbesondere aber der deutsche Alleingang bei der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, das Engagement der deutschen Wirtschaft in Osteuropa und die permanente Koketterie mit dem gewachsenen weltpolitischen Gewicht rufen heute Erinnerungen an das alte deutsche Großmachtstreben wach. Das wiedervereinigte Deutschland, so meinen britische Medien, bedeutet nicht mehr nur Vorsprung durch Technik, sondern abermals »grossdeutsch dreams« (»New Statesman & Society«) und Drang nach Osten: »Während die westlichen Metropolen angesichts der Forderung des deutschen Giganten nach europäischer Vormachtstellung eine Gänsehaut bekommen, haben sich die Osteuropäer mit der Realität abzufinden, zur deutschen ‘Einflußsphäre’ zu gehören« (»Guardian«, 1.2.92). Allein die Mittel, nicht die Ziele des deutschen Expansionsstrebens haben sich geändert: »Im Unterschied zu früheren Versuchen Deutschlands, seine Vormachtstellung in Europa zu behaupten, hat es weder die Mittel noch die Intention, dies mit Waffengewalt zu erreichen. Das ist auch gar nicht notwendig. Sein bevorzugtes Instrument ist die ökonomische Expansion« (»New Statesman & Society«, 20.12.91).

Eckhard Voss schrieb in KONKRET 1/92 über die Erfolge rassistischer Bewegungen in Europa

Konkret 03/92, S. 13

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste« V

Mittwoch, 15.1.92

In Frankfurt/Oder werden drei Ausländer von einer Gruppe Skins mit Messern bedroht und verletzt.

Freitag, 17.1.

Ein 19jähriger polnischer Tourist wird in Berlin-Moabit von drei Skinheads überfallen. Sie zerren das Opfer in eine Grünanlage, stechen ihm eine Betäubungsspritze in die Zunge und schneiden sie zu etwa einem Drittel mit einer Schere ab.

Samstag, 18.1.

Brandanschlag auf eine Aussiedlerwohnung in Speyer.

Samstag/Sonntag, 18./19.1.

In Saalfeld/Thüringen schießt ein 50jähriger Mann mit einer Pistole auf Angehörige der ehemaligen Sowjetarmee. Als drei Soldaten versuchen, ihn zu stellen, fährt er mit einem Auto in die Gruppe. Zwei Soldaten werden schwer und einer leicht verletzt.

In Jena schlagen Skinheads einen 20jährigen Chilenen mit einem Baseballschläger zusammen. Der Mann muß in ein Krankenhaus gebracht werden.

In Eisenach verfolgen Rechtsradikale einen 31jährigen Kubaner und prügeln so stark auf ihn ein, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden muß.

In Erfurt werden einem Asylbewerber aus Vietnam unter Waffendrohung seine Ersparnisse geraubt.

In Weimar wird ein Chilene mit Knüppelschlägen an Arm und Kopf schwer verletzt.

Montag, 20.1.

Auf der Autobahn Berlin-Frankfurt/Oder wird im Kreis Fürstenwalde ein polnisches Auto, das wegen einer Panne angehalten hatte, überfallen. Einer der Insassen wird mit einem Knüppel zusammengeschlagen und muß ambulant behandelt werden.

Dienstag, 28.1.

In Kassel/Hessen überfallen drei junge Männer ein iranisches Lokal. Die Wirtin wird mißhandelt und beraubt, das Lokal angezündet. Die Frau wird in die Intensivstation eingeliefert.

Mittwoch, 29.1.

Ein 37jähriger Rumäne wird in Berlin-Pankow in unmittelbarer Nähe eines Wohnheims für Asylbewerber niedergestochen. Er wird bewußtlos ins Krankenhaus gebracht.

Freitag, 31.1.

Bei einem Brand in einem Wohnheim für Asylbewerber in Lampertheim/Hessen kommt eine Familie (ein Ehepaar mit einem Kleinkind) aus Sri Lanka ums Leben.

Dienstag, 4.2.

In Senftenberg/Brandenburg wird viermal auf ein Kebab-Haus geschossen. Bereits in der Nacht zuvor war einmal auf den Laden geschossen worden.

Samstag, 8.2.

In Norderstedt/Schleswig-Holstein beginnen fünfzehn Asylbewerber, die sich seit drei Monaten in der Schalomkirche aufhalten, einen Hungerstreik. Sie fordern Bleiberecht in Schleswig-Holstein, keine Asylschnellverfahren und keine weiteren Abschiebungen.

Sonntag, 9.2.

Brandanschlag auf ein als Asylbewerberunterkunft genutztes Landgasthaus in Taufkirchen/Bayern. Drei Albaner werden leicht verletzt.

Mittwoch, 12.2.

Brandstiftung in einem Asylantenheim im mittelfränkischen Spalt. Ein rumänisches Ehepaar und dessen vier Kinder erleiden Rauchvergiftungen.

Das Archiv für Sozialpolitik erstellt diese Chronik für KONKRET seit Dezember (91

Konkret 03/92, S. 13

Dorothee Piermont

Augen zu und durch? »Faschismus ist möglich«

Reichsneugründung, Hohn, Spott und Drohungen für die Sieger des 2. Weltkriegs, Unterstützung völkisch-separatistischer Bewegungen im ehemaligen Ostblock, Pogrome gegen Ausländer, Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, rücksichtslose Ausnutzung ökonomischer Vorherrschaft - im Laufe nur zweier Jahre hat die Bundesrepublik dem Rest der Welt demonstriert, was in ihr steckt. Wie reagiert das Ausland darauf? Berichte aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der CSFR, den Niederlanden und Schweden

»Die Weltgeschichte ist nicht dazu da, uns Vergnügen zu machen. Dem deutschen Nationalismus wird aller Voraussicht nach volle Genugtuung werden. Das ‘Mitleid` mit Deutschland ist durchaus politischer Natur, das springt in die Augen. Man wird es aufrichten und aufrüsten, und in knapp 50 Jahren, wenn das nicht zu hoch gerechnet ist, wird es trotz allem das nicht-russische Europa in der Tasche haben, - wie ja schon Hitler, wenn er etwas weniger unmöglich gewesen wäre, alles hätte haben können. Um die machtpolitische Zukunft Deutschlands brauchen wir uns also keine Sorge zu machen, - wenn sie unsere Sorge ist.«
Thomas Mann an Herbert Eulenberg,26. 7. 1947

Als Morgengabe zur Reichsgründung stellte die Oktober-Ausgabe 1990 von »Le Monde diplomatique«unter dem Titel »Europa aus dem Gleichgewicht. Macht ohne Beschränkung für Großdeutschland?« die Frage: »Welches Spiel wird Deutschland von nun an spielen? Nach Osten schielend sein eigenes, unterstützt von der beeindruckenden Macht seiner D-Mark, oder das der europäischen Einheit?«

Damit sind bereits die wichtigsten Punkte genannt, die in Frankreich Zweifel, Irritationen, ja Ängste vor den politischen und ökonomischen Ambitionen der wiedervereinigten Deutschen auslösen. Besonders ihr geschichtsblindes Insistieren auf dem Status einer »mitteleuropäischen Macht« mit einer sich nach Osteuropa erstreckenden Einflußzone veranlaßt französische Kommentatoren immer wieder dazu, an den Nationalsozialismus zu erinnern. So hat etwa A. Gisselbrecht, Professor an der Sorbonne, in »Le Monde diplomatique« auf das Wiederaufleben der »Theorie des Totalitarismus« und eine daraus resultierende leichtfertige Gleichsetzung des politischen Systems der DDR mit dem Nazideutschlands hingewiesen. Gegenüber der DDR ergebe sich daraus ein »Geist der Rache und der Zerstörung durch ‘tabula rasa’«. Mit dem Wüten gegen »jede Folge des Sozialismus« korrespondiere ein »Abrutschen nach Osten«, das Ergebnis weniger einer der deutschen Geographie angemessenen Politik als vielmehr Konsequenz des Interesses sei, die deutschen »Einflußzonen in Zentral- und Osteuropa zurückzuerobern«.

Diese Einschätzung entspringt keineswegs einer Paranoia, wie Brigitte Seebacher-Brandt in deutsch-nationaler Borniertheit in einem am 28. Januar dieses Jahres in »Le Monde« erschienenen Artikel unterstellt, wenn sie fragt: »Aber wie sollten wir uns von vorgetäuschten Ängsten anderer Staaten beunruhigen lassen, wenn ernsthafte Aufgaben uns erwarten?« Sie beruht vielmehr auf Fakten, die in Frankreich sehr wohl wahrgenommen werden. Beispiel Tschechoslowakei: Der Automobilkonzern Renault wurde bei dem Versuch, die tschechischen Unternehmen Skoda und BAZ zu übernehmen, durch Volkswagen ausgestochen. Mittlerweile steckt in 546 tschechischen Joint Ventures deutsches und österreichisches Kapital, französisches nur in 23 - was französische Medien veranlaßte, an geschichtliche Erfahrungen zu erinnern. »Le Figaro« konstatierte einen »Blitzkrieg der deutschen Industrie«. Renault-Chef Raymond Lévy warnte: »Es ist gar nicht nötig, ein neues Deutsches Reich zu schaffen.« Und »Le Monde« leitartikelte: »Aber im Ganzen gesehen bleibt unser deutscher Nachbar der große Gewinner bei der Öffnung der tschechischen Wirtschaft, indem er mit diesem ehemaligen Ostblockstaat umspringt wie mit einem sechsten neuen Bundesland des wiedervereinigten Deutschland.«

Generell befürchten französische Kommentatoren, nach der Auflösung des COMECON und der UdSSR könnte »Deutschland versuchen, sich an die Stelle der UdSSR als Herrschaftspol in Mitteleuropa zu setzen«. Aber nicht nur D-Mark und Wirtschaftsmacht beunruhigen sie dabei, sondern auch das blut- und bodenträchtige, auf Abstammung beruhende deutsche Nationalitätenrecht. In zweifacher Hinsicht erscheint es ihnen als bewußt eingesetzter Macht- und Bedrohungsfaktor: Zum einen weil es die Staaten destabilisiert, in denen deutsche Minderheiten leben und mit bundesrepublikanischer Unterstützung Sonderprivilegien für sich zu gewinnen trachten. So warnte ein Leser in »Le Monde diplomatique« davor, die Region von Kaliningrad »zu einer ‘autonomen Republik der Deutschen in der (Ex-)UdSSR’ werden zu lassen und damit zu einem potentiellen deutschen Flugzeugträger gegen Osteuropa«, während ein Spitzenbeamter des Außenministeriums die pro-kroatische Politik der Bundesrepublik zu stoppen wünschte, »weil (die Deutschen) sonst als nächstes die Selbstbestimmung für Schlesien und das Elsaß verlangen«. Zum anderen führt das Theorem von der »Volkszugehörigkeit« der Auslandsdeutschen nach Meinung beispielsweise des Pariser Politikwissenschaftlers Rovan zu einer selektierenden Behandlung unterschiedlicher Einwanderungsgruppen, was - so

befürchten viele Franzosen - die Brutalität, mit der die Deutschen zur Zeit gegen »Volksfremde« vorgehen, noch steigern wird.

So mißtrauisch wie die französischen Medien die Möglichkeit eines neuerlichen deutschen »Sonderwegs« zwischen Ost und West ausloten, so argwöhnisch beobachten sie, ob die Bundesrepublik etwa eine eigenständige Rolle im Trio USA-Japan-Deutschland der Führungsrolle innerhalb der EG vorzieht. Der parallele Aufstieg der im 2. Weltkrieg scheinbar endgültig Besiegten zu Weltmächten nährt solche Überlegungen ebenso wie die zahlreichen Bündnisse zwischen deutschen und japanischen Konzernen, allen voran die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Rüstungsgiganten Daimler - der so groß ist wie Renault, Aérospatiale, Dassault, Thomson und SNECMA zusammen - und dem Riesen Mitsubishi, Nummer eins der japanischen Luftfahrt und Rüstungsindustrie.

Nach einhelliger französischer Meinung haben die Deutschen ihre Vormachtstellungen beim Aufbau der Wirtschafts- und Währungsunion und im Bereich der Geld- und Finanzpolitik in letzter Zeit mit besonderer Arroganz ausgespielt. Die Position der DM als »Ankerwährung« im europäischen Währungssystem ist Frankreich schon lange ein Dorn im Auge. Muß es sich doch den Zinserhöhungs-Beschlüssen der deutschen Bundesbank anpassen, ohne auf diese Entscheidungen selbst Einfluß nehmen zu können, selbst dann, wenn diese der eigenen Wirtschaft schaden. Um sich dem Diktat der DM zu entziehen und eigene Interessen wirkungsvoller vertreten zu können, drängt Frankreich daher auf eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit nur mehr einer Währung und einer Europäischen Zentralbank. Die wird, wie die Franzosen befürchten, jedoch nur zu deutschen Bedingungen zu haben sein: »Wenn ich Deutscher wäre, hätte ich wenig Lust, meine Währung einem Franzosen oder, noch schlimmer, einem Italiener anzuvertrauen. Oder aber ich würde Garantien fordern. So wurde es auch gemacht. ... Unglücklicherweise gehen diese Bedingungen über jedes vernünftige Maß hinaus« (C. Wyplosz), u.a. weil sie von den Staaten den Verzicht auf die souveräne Handhabung der beiden einzigen Instrumente fordern, mit denen sie die Volkswirtschaft beeinflussen können, nämlich die Finanz- und die Haushaltspolitik.

Die ökonomischen Auswirkungen der Beschlüsse von Maastricht, die nach Meinung der Franzosen nicht etwa zu einem Europa »à la francaise«, sondern zu einem »à l'allemande« führen werden, sind jedoch nur eine Seite der Medaille, deren andere auf die geopolitischen Interessen des wiedervereinigten Deutschland verweist. So empörte sich »Le Monde« vor einigen Monaten: Das beinahe inflationsfreie Frankreich »sieht seine Tugend schlecht belohnt. Seine sowieso lahmende Wirtschaft... muß bremsen, weil sie sich den hohen deutschen Kampfzinsen anpassen muß... Müssen wir unsere kleinen und mittleren Betriebe bestrafen und voller Verzweiflung unsere Arbeitslosenrate in die Höhe klettern lassen, nur um dem neuen Großdeutschland zu ermöglichen, in drei Jahren noch mächtiger als je zu werden, mit der wenig erfreulichen Perspektive, das Gravitationszentrum Europas sich unwiderstehlich nach Osten verlagern zu sehen?«

Hier wird erkennbar, was die französischen Reaktionen auf das 4. Reich von denen anderer westeuropäischer Länder unterscheidet: die Sorge, im veränderten Europa nur mehr eine untergeordnete Rolle spielen zu können, die letztlich auch durch die Verfügung über Atomwaffen nicht wesentlich aufgewertet wird. Zwar meinte schon Pompidou: »Am Tage, an dem Deutschland wiedervereinigt ist, werden wir sehr froh sein, unser Atombömbchen zu haben« - was Frankreich ja immerhin dazu verhilft, weiterhin ständiges, über Vetorecht verfügendes Mitglied des UNO-Sicherheitsrates zu sein, dessen Erweiterung es mit Blick auf seinen östlichen Nachbarn strikt ablehnt. Doch wie der ehemalige Minister und Mitterrand-Freund Maurice Faure bereits im Dezember 1990 feststellte: »Die Deutschen haben immer noch die D-Mark... Wir haben immer noch die Bombe... (Aber) die hat - symbolisch und real gesehen - eine höhere Wertminderung hinnehmen müssen als die D-Mark.«

Die gewachsene Macht der Bundesrepublik läßt in Frankreich nicht nur die Befürchtung aufkommen, das Vergangene sei gar nicht vergangen, sondern auch die Ahnung, in naher Zukunft selbst nicht mehr zu den Großen der Welt zu gehören, trotz Atombombe, Sitz im Sicherheitsrat und Beibehaltung einiger kolonialer Mitbringsel des »Empire francais«. Nach Meinung des Malers und Schriftstellers Guy Leclerc-Gayrau ist jetzt jedoch nicht Trauer über den Verlust der eigenen Größe, sondern Widerstand von Nöten: »Der Geist von München ist nicht tot, da ... man sich dem 'leadership' eines Deutschland resignierend unterwirft, das immer noch dem Traum von einem Mitteleuropa nachhängt, das zwischen Ostsee und Adria, zwischen Rhein und Donau die vereinigte Macht des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und des alten österreich-ungarischen Reiches wiederfindet...' Der Faschismus ist immer möglich', schrieb Georges Pompidou... Die Faschismen sind immer das Ergebnis der Unordnungen, die aus unseren Feigheiten entstehen.«

Dorothee Piermont schrieb inKONKRET 12/90 über die deutsche Vorherrschaft in Europa

Konkret 03/92, S. 14

Praha Vonderka

Augen zu und durch?
Bekannte Bestrebungen

Reichsneugründung, Hohn, Spott und Drohungen für die Sieger des 2. Weltkriegs, Unterstützung völkisch-separatistischer Bewegungen im ehemaligen Ostblock, Pogrome gegen Ausländer, Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, rücksichtslose Ausnutzung ökonomischer Vorherrschaft - im Laufe nur zweier Jahre hat die Bundesrepublik dem Rest der Welt demonstriert, was in ihr steckt. Wie reagiert das Ausland darauf? Berichte aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der CSFR, den Niederlanden und Schweden

»Die Weltgeschichte ist nicht dazu da, uns Vergnügen zu machen. Dem deutschen Nationalismus wird aller Voraussicht nach volle Genugtuung werden. Das ‘Mitleid` mit Deutschland ist durchaus politischer Natur, das springt in die Augen. Man wird es aufrichten und aufrüsten, und in knapp 50 Jahren, wenn das nicht zu hoch gerechnet ist, wird es trotz allem das nicht-russische Europa in der Tasche haben, - wie ja schon Hitler, wenn er etwas weniger unmöglich gewesen wäre, alles hätte haben können. Um die machtpolitische Zukunft Deutschlands brauchen wir uns also keine Sorge zu machen, - wenn sie unsere Sorge ist.«
Thomas Mann an Herbert Eulenberg, 26. 7. 1947

Emotionen sind kein guter Ratgeber bei der Gestaltung einer realistischen Politik, sie können sie dennoch sehrstark beeinflussen. Einen Beweis dafür lieferte jetzt die tschechoslowakische Diskussion über den Nachbarschaftsvertrag mit der Bundesrepublik. Er sollte nach dem Wunsch seiner Schöpfer einen dicken Schlußstrich unter die so unterschiedliche gemeinsame Geschichte der beiden Staaten ziehen und eine Grundlage für eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit bilden. Wird er das tun?

»Verrat verdient nur Verachtung«, mit dieser Überschrift sprach unlängst die größte tschechische Boulevardzeitung »YSpigl« ihre Leser an. Aus dem dazugehörigen Artikel erfuhren sie, daß der Vertrag mit der Bundesrepublik nicht nur »eine Beleidigung und Erniedrigung für uns alle« sei, sondern mit stiller Zustimmung »unserer Politiker ausschließlich deutsche Interessen« durchsetze. Dadurch sei der Republik das Urteil gesprochen und die leidvollen Erfahrungen ihrer Vergangenheit geleugnet worden. Auch das Organ der orthodoxen Kommunisten, »Haló noviny«, malte die Zukunft der CSFR in düsteren Farben. Der Vertrag beinhalte »unklare und zweideutige« Formulierungen, die die deutsche Seite begünstigten und die uns »angesichts der bekannten deutschen Bestrebungen in punkto Osten sehr teuer zu stehen kommen könnten«.

Anlaß der Kritik ist vor allem das Wort »Vertreibung« in der Vertragspräambel: »Damit wurde den Deutschen praktisch die Möglichkeit geschenkt, später eine Entschädigung für das nach dem Krieg beschlagnahmte sudetendeutsche Eigentum zu verlangen.« Auch die Tatsache, daß das Münchner Abkommen von 1938 nicht als »von Anfang an« für ungültig (»null und nichtig«) erklärt wird, hat in der CSFR Empörung ausgelöst. Die in dem Vertrag verwendete Formulierung, so heißt es, ließe die Annahme zu, das Münchner Diktat sei zumindest bis zum 15. März 1939, als Hitler es mit dem Einmarsch in die Resttschechoslowakei selbst erledigte, gültig gewesen...

Sehr kritisch bewertete »Haló noviny« auch die Tatsache, daß die tschechoslowakischen Vertreter dem Wunsch Bonns nachgaben und zuließen, daß in der deutschen Fassung des Vertrages die Bezeichnung »bestehende Grenzen« anstelle der geläufigen Formulierung »Staatsgrenzen« verwendet worden ist, was angeblich der deutschen Praxis entspräche. »Haló noviny« schrieb, die Formulierung »bestehende Grenzen« erwecke den Verdacht, die Deutschen spielten immer noch mit dem Gedanken, in der Zukunft könne es doch noch möglich sein, »zumindest tschechische Grenzgebiete in das deutsche Staatsgebilde einzugliedern«.

Kritik an dem Vertragswerk kommt jedoch nicht nur aus den Reihen der KP, die die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen zu einem ihrer wichtigsten Wahlkampfthemen gemacht hat und dabei die Ängste vor den Deutschen anspricht. Auch einige sozialdemokratische Abgeordnete haben bereits angekündigt, daß sie im Parlament dem Vertrag ihre Zustimmung verweigern werden. Der parteilose Abgeordnete Miloslav Jansta erklärte, das Verhalten der deutschen Diplomatie in den Verhandlungen beweise, daß die Bundesregierung nicht im Sinne habe, der Geste Vaclav Havels, der sich für die Abschiebung der Sudetendeutschen nach dem Krieg entschuldigt hatte, mit ähnlicher Großzügigkeit zu begegnen. Es habe sich gezeigt, so der Parlamentarier, daß es den Deutschen, vor allem den Regierungsparteien CDU/CSU, am Willen fehle, sich ihrer Geschichte mit Anstand zu stellen. Der Vertrag sei daher der schlimmste, den die CSFR mit Deutschland habe aushandeln können.

Verbitterung über die deutsche Verhandlungsführung ist inzwischen auch in Regierungskreisen spürbar. Die regierungsnahe Zeitung »Lidové noviny« warf Helmut Kohl vor, keine Rücksicht auf den Wunsch Prags zu nehmen, den Vertrag noch vor dem Beginn des Wahlkampfs in der CSFR zu unterzeichnen. Statt dessen habe Kohl Zugeständnisse an die bayerische

Schwesterpartei und ihre sudetendeutschen Wähler gemacht: »Sehr oft sah es so aus, als ob der Vertrag zwischen Bonn und München ausgehandelt würde, wobei Prag zur Rolle eines wartenden Beobachters verurteilt wurde.« Überhaupt erwecke die deutsche Außenpolitik in der letzten Zeit den Eindruck, als ob sie jedes Augenmaß verloren habe. Sie laufe damit Gefahr, den Kredit zu verlieren, den die alte BRD in einem langwierigen Prozeß auch in der Tschechoslowakei gewonnen hat. Zwar würden der Vertrag und die peinlichen Umstände, unter denen er zustande kam, keine Schlagzeilen in der westlichen Presse machen, schrieb »Lidové noviny«, weil es sich hier nur um ein Ereignis am Rande der Weltpolitik handele. Seine Umsetzung jedoch werde zeigen, in welcher Richtung sich die deutsche Politik bewegt: »Sie wird Aufschluß darüber geben, ob eine überhebliche Haltung gegenüber kleineren Nachbarn nur einen ungewollten und irrtümlichen Kurzschluß darstellt oder ob es sich um einen neuen Bestandteil der zukünftigen deutschen Politik handelt.«

Der Schlußstrich unter die Vergangenheit steht bis jetzt nur auf dem Papier, in den Köpfen der Menschen ist sie noch immer präsent. Und es kommen neue Ängste hinzu, die sich gegenwärtig etwa in der Befürchtung äußern, der relativ hohe Anteil deutschen Kapitals an den ausländischen Investitionen (ca. 80 Prozent), die bereits in den Transformationsprozeß der Volkswirtschaft geflossen sind, könne zu einer »ökonomischen Germanisierung« der CSFR führen. Der stellvertretende Ministerpräsident der Tschechischen Republik, Jan Strásky, schloß eine derartige Entwicklung aus und versuchte die irritierte Öffentlichkeit mit dem Hinweis zu beruhigen, die Tschechoslowakei wolle doch nach Europa und keinesfalls nach Deutschland.

Praha Vonderka ist außenpolitischer Redakteur der Wochenzeitung »Signál« und lebt in Prag

Konkret 03/92, S. 15

Arne Gillert; Levien Rouw, Martin Randt

Augen zu und durch?
Auf Gedeih und Verderb

Reichsneugründung, Hohn, Spott und Drohungen für die Sieger des 2. Weltkriegs, Unterstützung völkisch-separatistischer Bewegungen im ehemaligen Ostblock, Pogrome gegen Ausländer, Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, rücksichtslose Ausnutzung ökonomischer Vorherrschaft - im Laufe nur zweier Jahre hat die Bundesrepublik dem Rest der Welt demonstriert, was in ihr steckt. Wie reagiert das Ausland darauf? Berichte aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der CSFR, den Niederlanden und Schweden

»Die Weltgeschichte ist nicht dazu da, uns Vergnügen zu machen. Dem deutschen Nationalismus wird aller Voraussicht nach volle Genugtuung werden. Das ‘Mitleid` mit Deutschland ist durchaus politischer Natur, das springt in die Augen. Man wird es aufrichten und aufrüsten, und in knapp 50 Jahren, wenn das nicht zu hoch gerechnet ist, wird es trotz allem das nicht-russische Europa in der Tasche haben, - wie ja schon Hitler, wenn er etwas weniger unmöglich gewesen wäre, alles hätte haben können. Um die machtpolitische Zukunft Deutschlands brauchen wir uns also keine Sorge zu machen, - wenn sie unsere Sorge ist.«
Thomas Mann an Herbert Eulenberg, 26. 7. 1947

Der Vorschlag der niederländischen Grafikerin, die das Plakat für eine Veranstaltungsreihe des Amsterdamer Goethe-Instituts unter dem Titel »Deutschland in Europa« entwerfen sollte, ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Zum zentralen Gegenstand ihres Kunstwerks wählte sie einen Mercedes der S-Klasse, in den Niederlanden das Symbol für die wirtschaftlichen Kräfte des wiedervereinigten Deutschland. Die Angstvision der Künstlerin aber ging noch weiter. In ihrer Darstellung hatte das Auto ein russisches Nummernschild, und sein Steuer war auf englische Weise rechts montiert.

Bringt diese Komposition die Gefühle der Niederländer gegenüber ihren deutschen Nachbarn zum Ausdruck? Sind sie wirklich davon überzeugt, daß der deutsche Expansionsdrang so weit geht, daß es zukünftig von der britischen Insel bis zum Ural nur noch Produkte »made in Germany« zu kaufen geben wird?

Die Niederlande jedenfalls sind sich in den letzten zwei Jahren besonders klar darüber geworden, daß sie weder ökonomisch noch politisch viel zu melden haben. Vom einen auf den anderen Tag sahen sie sich mit einer Bundesrepublik konfrontiert, die nicht allein 16 Millionen Einwohner dazubekam, sondern auch selbstbewußt ihre gewachsene politische Macht im neuen Europa auszuspielen begann. Hatte es zunächst noch danach ausgesehen, als ob die Deutschen so viel Energie beim Ausradieren von 40 Jahren DDR verausgaben würden, daß sie auf internationaler Ebene jedenfalls vorläufig noch würden kürzer treten müssen, so zeigte der Streit um die Anerkennung Kroatiens jedoch bald, daß sie keineswegs daran dachten, sich außenpolitisch zurückzuhalten. Die Niederlande durften, kaum hatten sie den EG-Vorsitz übernommen, einer eigensinnigen Großmacht in die Augen sehen, die das Auseinanderfallen Jugoslawiens begrüßte, ohne sich mit den übrigen europäischen Staaten abzustimmen. Die Torpedierung des niederländischen Vorschlags für eine weitergehende europäische Zusammenarbeit bereitet dem Haager Außenminister van den Broek bis heute schlaflose Nächte.

Abgesehen von den vernünftigen aktuellen Gründen, die gegen den deutschen Versuch sprachen, im jugoslawischen Bürgerkrieg eigene Interessen zu verfolgen, nahm ein Großteil der hiesigen öffentlichen Meinung den Streit zum Anlaß, um Deutschland an seine Vergangenheit zu erinnern. Das allerdings ist kein neues Phänomen. Jedes außenpolitische Vorpreschen der Bundesrepublik, der neuen wie der alten, wurde und wird hierzulande früher oder später mit dem 2. Weltkrieg in Verbindung gebracht. Dabei war auffällig, daß die Politik der DDR und das individuelle Verhalten ihrer Bürger durchweg an anderen Maßstäben gemessen wurden. Der östliche Teil Deutschlands wird in den niederländischen Medien weitgehend von der Verantwortung für die Nazizeit und ihre Folgen freigesprochen.

Im Licht der deutschen Geschichte ist es verständlich, daß die Aktivitäten der vergrößerten Bundesrepublik im In- und Ausland besonders kritisch beobachtet werden. In Deutschland selbst scheint man sich dessen oft nicht bewußt zu sein. Die niederländischen Medien berichteten ausführlich über jene Ereignisse, die nur zu eindeutig zu bestätigen schienen, daß die wiedervereinigten Deutschen die Gelegenheit nutzen wollen, mit der NS-Vergangenheit endgültig abzuschließen. Großes Unverständnis riefen beispielsweise die Pläne hervor, auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Ravensbrück einen Supermarkt zu bauen. Auch das Zögern der örtlichen Autoritäten, sich auf Alternativ-Vorschläge einzulassen, wurde sehr wohl vermerkt.

Anet Bleich, Tochter eines deutsch-jüdischen Emigranten und bekannt für ihre kritische Beurteilung der deutschen Politik, meinte im Dezember einen »Mangel historischen Bewußtseins« im wiedervereinigten Deutschland zu erkennen, der zum »Ursprung neuer Katastrophen und Fehler« werden könne. Sie bezog sich dabei auf die Zunahme der Gewalttätigkeiten gegen Ausländer, die in Hoyerswerda ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. In der niederländischen Presse wird jedoch des öfteren darauf hingewiesen, daß derartige Übergriffe in Deutschland kaum aus dem europäischen Rahmen fallen

würden. Willem Beusekamp, deutscher Korrespondent für die überregionale Tageszeitung »de Volkskrant« bezeichnete die rassistischen Ausschreitungen in Deutschland lediglich als »Kinderspiel« im Vergleich zu den Rassenunruhen in England und Frankreich.

Die vermeintlichen Ungeschicklichkeiten deutscher Politiker - etwa ihre Forderung, Deutsch in der EG-Bürokratie denselben Status wie Englisch und Französisch zuzuerkennen - werden, so scheint es mitunter, von den niederländischen Medien bereitwillig aufgegriffen, um die antideutschen Vorbehalte zu unterstützen, die vor allem bei Jugendlichen weit verbreitet sind. Karikaturen in den großen Tageszeitungen und gehässige Bemerkungen mancher Fernsehmoderatoren lassen da an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Bis in die Kreise der intellektuellen Elite gehört es zum guten Ton, kein Blatt vor den Mund zu nehmen, wenn es um Deutsche geht. So berichtete der »Volkskrant«-Kolumnist Jan Blokker vor kurzem von seinem Enkel, der auf der Autobahn beim Anblick eines deutschen Autos schrie: »Guck mal, Opa, ein Nazischwein«: »Meine Brust schwoll vor Stolz.«

Die Angst vor einem deutschen Europa ist in den Niederlanden allgemein. Nur selten findet sich jemand, der - wie Willem Wansink, Kommentator der konservativen Zeitschrift »Elsevler«, am 18. Januar - sie als unbegründet zurückweist: »Die Angst vor einem wiedererwachenden Deutschland ist unbegründet und ungesund. Angst kann niemals eine Antriebskraft für Fortschritt sein. Der deutsche Militarismus scheint für immer begraben - man schaue nur auf die deutschen Reaktionen während des Golfkrieges ... Der Pazifismus blüht wie nie zuvor.« Wansink räumte jedoch ein, daß die niederländische Wirtschaft schon seit Jahren auf Gedeih und Verderb vom deutschen Nachbarn abhängig ist. Paul Scheffer vom wissenschaftlichen Referat der sozialdemokratischen ‘PvdA’ vertritt - übrigens keineswegs betrübt - die Ansicht, daß die Niederlande faktisch schon seit Jahren als deutsches Bundesland fungieren. Sie hätten davon bis heute vor allem profitiert. Schließlich gehe ein Drittel ihres Exports in die Bundesrepublik und erhalte die niederländische Industrie mit der ehemaligen DDR ohne nennenswerte Investitionen einen zusätzlichen Absatzmarkt.

Arne Gillert und Levien Rouw sind freie Journalisten, Martin Randt ist Übersetzer. Sie leben in Amsterdam

Konkret 03/92, S. 16

Ernst Fidel Fürntratt-Kloep

Augen zu und durch? Respekt vor dem Kanzler

Reichsneugründung, Hohn, Spott und Drohungen für die Sieger des 2. Weltkriegs, Unterstützung völkisch-separatistischer Bewegungen im ehemaligen Ostblock, Pogrome gegen Ausländer, Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, rücksichtslose Ausnutzung ökonomischer Vorherrschaft - im Laufe nur zweier Jahre hat die Bundesrepublik dem Rest der Welt demonstriert, was in ihr steckt. Wie reagiert das Ausland darauf? Berichte aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der CSFR, den Niederlanden und Schweden

»Die Weltgeschichte ist nicht dazu da, uns Vergnügen zu machen. Dem deutschen Nationalismus wird aller Voraussicht nach volle Genugtuung werden. Das ‘Mitleid` mit Deutschland ist durchaus politischer Natur, das springt in die Augen. Man wird es aufrichten und aufrüsten, und in knapp 50 Jahren, wenn das nicht zu hoch gerechnet ist, wird es trotz allem das nicht-russische Europa in der Tasche haben, - wie ja schon Hitler, wenn er etwas weniger unmöglich gewesen wäre, alles hätte haben können. Um die machtpolitische Zukunft Deutschlands brauchen wir uns also keine Sorge zu machen, - wenn sie unsere Sorge ist.«
Thomas Mann an Herbert Eulenberg,26. 7. 1947

Wer die Einstellung der schwedischen Öffentlichkeit zu den politischen Aktivitäten der Bundesrepublik beurtei-len will, darf die ganze peinliche Vorgeschichte und Geschichte der schwedischen Nazikollaboration nicht vergessen: den in Schweden kaum weniger als im Deutschen Reich verbreiteten Arier- und Herrenmenschendünkel samt Bolschewikenhaß; die Vorreiterrolle Schwedens in Sachen »Rassenbiologie« und »-hygiene« (das erste »Institut für Rassenbiologie« der Welt wurde 1922 in Upsala gegründet, und die nachmaligen Nobelpreisträger Alva und Gunnar Myrdal kämpften synchron mit den Nazis erfolgreich für ein »Eugenikgesetz«, auf dessen Grundlage zwischen 1935 und 1975 (!) mehr als 60.000 Menschen zwangssterilisiert wurden); die Nazisympathien des schwedischen Königshauses; die schwedische Mitverantwortung für die »J«-Stempelung der Pässe deutscher Juden und - ab 1938 - die systematische Abschiebung jüdischer Flüchtlinge; und während des Krieges dann: die präventive Internierung schwedischer Antifaschisten, die Schikanen gegen antifaschistische Presseorgane, die Zusammenarbeit der schwedischen Geheimpolizei (»Svestapo«) mit der Gestapo gegen Widerstandskämpfer und antideutsche Agenten, die schwedischen Eisenerzlieferungen, die bis weit ins Jahr 1944 hinein etwa 30 Prozent des deutschen Bedarfs deckten, die Transitierung von zwei Millionen deutscher Soldaten und hunderten von Waffen- und Munitionszügen durch Schweden, die Teilnahme schwedischer Marineoffiziere an deutschen Stabskonferenzen, die Eskortierung deutscher Flotteneinheiten durch schwedische Gewässer, die Assistenz bei der Verminung von Teilen der Ostsee und beim Auftanken deutscher U-Boote sowie die fast zwei Jahre anhaltende Untätigkeit der schwedischen Regierung nach Eintreffen der ersten Meldungen über die Vernichtungslager der Nazis im August 1942.

An dem Grundmuster schwedischer Politik gegenüber Deutschland, das hier erkennbar wird, hat sich bis heute wenig geändert. Nach wie vor geht das Bürgertum im Mäntelchen des Humanismus und der Neutralität geschickt und skrupellos seinen Geschäften nach, und mehr denn je blickt es bewundernd auf die tüchtigen Vettern im Süden, mit denen es nicht nur die Liebe zum Militär, zum Geld und zur Technik teilt, sondern auch den verengten Demokratiebegriff, den Antikommunismus und nicht zuletzt die Arroganz des arischen Übermenschen samt dazugehöriger imperialistischer Allüren.

Nach wie vor auch pflegt man freilich einen anderen Stil: Man hält’s mit dem Notar Bolamus, verabscheut marschierende Horden und rohe Agitation, überläßt Gewaltanwendung lieber anderen und gibt seiner Verachtung für Schwächere (heute speziell gegenüber Völkern der Dritten Welt) auf zivilisierte Weise Ausdruck. (Die gewalttätigen rassistischen Ausschreitungen der letzten Monate - nach deutschem Muster - stellen ein Novum und eine »Abnormität« dar.)

In der gegenwärtigen politischen Konjunktur sieht dieses Bürgertum, neuerdings auch formell in Regierungsverantwortung, die einmalige Chance, durch Einglie-derung in die EG und Entwicklung einer Juniorpartnerschaft mit der EG-Zentralmacht Deutschland, unwiderruflich alle (sozial-)staatlichen Beschränkungen seiner Handlungsfreiheit loszuwerden. Dazu hat es unter anderem sämtliche ihm gehorchenden Medien eingespannt, und das sind, was die EG-Propaganda angeht, die allermeisten.

Entsprechend sieht die - insgesamt spärliche - Deutschland-Berichterstattung in der Presse aus. Allgemein atmet sie Respekt vor der neuen Großmacht (»Mitterand und Kohl übernehmen das Kommando«, »Dagens Nyheter«, »DN«, 17.10.91; »Erste deutsche EG-Offensive«, »DN«, 19.12.; »Deutscher Einfluß in der EG nimmt zu«, »Svenska Dagbladet«, »SvD«, 16.1.92) mitsamt ihrem starken Kanzler, »der Deutschland mit D-Mark und politischem Willen wiedervereinigt hat« (»SvD«, 3.10.) und augenscheinlich als der photogenste aller ausländischen Politiker gilt.

Gelegentlich scheint sich mit diesem Respekt ein leises Gruseln zu verbinden. So berichtet »DN« - »Serbische Wut auf Deutschland« (12.1.) - über eine antideutsche Manifestation in Belgrad; »Arbetet« - »Ein Sieg für Deutschland?« (16.1.) - diskutiert kritisch die deutsche Kroatienpolitik, und »Sydsvenska Dagbladet« referiert unter der Überschrift »Neuer Freund Deutschland wieder Feind« (19.1.) französische Deutschlandkritik: »Der Fehler mit den Deutschen ist, in französischer Sicht, daß sie zu viele, zu reich, zu wohlorganisiert und seit dem Fall der Berliner Mauer allzu selbstbewußt sind...«

»DN« zitiert dieselbe Kritik (»'Deutschland geht vor wie ein Bulldozer'«, 16.1.), freilich nur, um zu beschwichtigen und die deutschen Machtansprüche als quasi naturgesetzlich legitimiert hinzustellen. Das entspricht der vorherrschenden Tendenz: Nicht weniger als vier der sieben größten Tageszeitungen referieren wohlwollend eine Kohl-Pressekonferenz vom 10. Januar (z.B. »'Bonn steht zu den Zielsetzungen der EG'«, »SvD«; »Kohl verteidigt Deutschlands Stärke«, »Göteborgs Posten«), ausführlich berichtet »SvD« über »Drastische Kürzungen im Rüstungsbereich« (13. und 14.1.), »DN« läßt Björn Engholm von seinem »gedämpften Patriotismus« erzählen und überschreibt einen Leitartikel, witzelnd, mit »Die Reflexangst vor Deutschland«.

Ohnehin beschäftigt man sich lieber und ausführlicher als mit der neuen Großmacht mit der schrecklichen alten DDR, wobei freilich die Zerschlagung ihrer Wirtschaft und die daraus resultierenden Zustände kein Thema sind, allenfalls so: »Zukunftshoffnungen in Leipzig« (»DN«, 24.12.). Ansonsten figuriert Deutschland ohne spezifische Akzentuierungen unvermeidlich in allen überwiegend EG-freundlichen Artikeln: »Ein großer Schritt nach vorn« (»DN«, 12.12.); »EG-Bürger in Maastricht geboren« (»DN«, 14.12.); »Billigere Autos in der EG« (»DN«, 14.1.) etc. pp.

Beträchtliche Aufmerksamkeit, fast glaubwürdiges Erschauern und eine vergleichsweise seriöse Auseinandersetzung mit dem Thema und seinem Kontext erregten dagegen die einfach nicht zu übersehenden rassistischen Ausschreitungen zur Feier des Jahrestags der Wiedervereinigung. Diese Aufmerksamkeit hielt einige Tage an, seit Mitte Oktober aber ist es, der etablierten schwedischen Presse nach zu urteilen, an dieser Front ruhig.

Im Januar 1992 - einem Monat freilich, in den nicht weniger als fünf der seit Oktober zehn einheimischen Mordanschläge auf Ausländer fielen - brachten die sieben größten Tageszeitungen des Landes insgesamt genau zwei einschlägige Notizen (über die Bilanz ausländerfeindlicher Ausschreitungen 1991 - »DN«, 17.1., 8 Zeilen - und über die Antisemitismus-Umfrage des »Spiegel« - »SvD«, 19.1., 7 Zeilen) sowie - mehrfach bemerkenswert - eine längere und ausgezeichnet plazierte Analyse von Peter Schneider (»Wir grölen, also sind wir«, »Expressen«, 18.1.). Gleichzeitig handelten etwa 30 der knapp 80 »Deutschland«-Meldungen und -Artikel von Honecker, Stasi, Mauerschützen und dergleichen.

Für die deutsche Ausländerpolitik, die der schwedischen nicht unähnlich ist, hat man hierzulande Sympathien: »Deutsche Einwanderung hat abgenommen« (»Sydsvenska Dagbladet«, 3.1.); »250.000 suchten Asyl in Deutschland« (»DN«, 7.1.); oder - voller Verständnis vorgetragen und unausgesprochen zur Nachahmung empfohlen - »Deutsche Asylpolitik wird verschärft« (»Sydsvenska Dagbladet«, 25.1.). Differenzierte Informationen über die Bundesrepublik bringt für ein breiteres Publikum allein das staatliche Fernsehen, obwohl auch hier BRD-Bewunderung, DDR-Bewältigung und EG-Propaganda vorherrschen - sehr im Unterschied zum Nachbarn Norwegen, wo die andersartigen Erfahrungen, die das während des 2. Weltkriegs von den Nazis besetzte Land mit Deutschland gemacht hat, sich deutlich in der Berichterstattung der dortigen Presse über die aktuelle Entwicklung der deutschen Politik wiederspiegeln. In »Aftenposten« und »Adresseavisen« jedenfalls - unabhängig konservativ bzw. rechts, der Auflage nach Nr. 1 bzw. 4 im Land - findet man keine Deutschenbewunderung, kein Bagatellisieren oder Verschweigen von neonazistischen Erscheinungen, kein verdecktes Sympathisieren mit Rassisten. Der Antifaschismus erscheint dort, anders als in Schweden, weniger rituell und rhetorisch, der Antikommunismus weniger gehässig und das Thema »DDR« weniger überwertig.

Ernst Fidel Fürntratt-Kloep schrieb in KONKRET 1/92 über die Erfolge der kubanischen Revolution. Er lebt in Hackas/Schweden

Konkret 03/92, S. 18

Wolfgang Pohrt

»Von der Leine gelassen«

Seit die Wiedervereinigung mit Billigung sämtlicher Nationen zustande kam, lenkt besonderer Argwohn gegen Deutschland von der allgemeinen Entwicklung ab, welche den Nachfolgestaat des Dritten Reiches wieder an die Macht brachte

Waren die Landsleute bislang die Kinder ihrer Eltern, so werden sie nun zu Kindern ihrer Zeit. Nicht aus der Vergangenheit, sondern aus der Gegenwart sind die politischen Triumphe zu erklären, die sie derzeit feiern. Keiner avanciert, weil seine Eltern Nazis waren, sondern er steigt auf, wenn das Naturell gefragt ist, das er in der Kinderstube mitbekam. Wird dem Schurken der Hof gemacht, so steht nicht *seine* moralische Integrität, sondern die seiner Bewunderer zur Debatte. Recht hat der Kanzler, wenn er seine Kritiker auf die internationale Wertschätzung verweist, derer sich Deutschland in wachsendem Maße erfreut.

Statt ihre frühere Abneigung gegen die eigene Nation nun auf deren Kompagnons zu übertragen, feiern die hiesigen Linken mit allen zusammen den Untergang des Sowjetkommunismus als Sieg der Freiheit und der Gerechtigkeit. Zwanzig Jahre lang waren sie über Berufsverbote, BKA, Verfassungsschutz, politische Justiz, staatliche Repression, Isolationsfolter und Nazigrößen in Führungspositionen beleidigt, jetzt reagieren sie den aufgestauten Frust am Stasi ab, der in der DDR ungefähr die sozialtherapeutische Rolle eines Kummertelefons gespielt haben muß, wo Eheleute und andere im Streitfall anrufen und einander verpetzen konnten. Erleichtert darüber, vom Kommunismus enttäuscht sein zu dürfen, dem sie Stalin verziehen, aber nicht den Machtverlust, schützen sie moralischen Rigorismus und Prinzipienfestigkeit vor, um sich vom Verlierer abzusetzen. Durch die nachgeschobene Verurteilung des zerfallenen Ostblocks erklären sie ihr Einverständnis mit der Entwicklung, die Deutschland zur Dominanz in Europa verhalf. Zu verstehen geben sie damit, daß sie zwar von Auschwitz sprachen, aber Stalingrad meinten, wenn von Deutschlands historischer Schuld die Rede war. Nicht das Verbrechen, sondern die Niederlage trugen sie den Eltern nach, antifaschistisch wurden sie, weil die Nazis den Krieg verloren hatten. Nun, da die Fahne vom Kreml geholt worden ist, welche die Rote Armee über dem Reichstag hißte, sind die einstigen Antiimperialisten mit der eigenen Nation und mit der freien Welt versöhnt. Daß Kapitalismus zum Faschismus führe, war ihre Demonstrationsparole nur solange, wie die Tatsachen die Parole zu widerlegen schienen. Programmatisch, nicht anklagend, war der Spruch gemeint. Hinter der Forderung, daß der Kapitalismus zum Faschismus führen möge, verbarg sich der Wunsch nach Entlastung von besonderer Schuld. Der Wunsch ist in Erfüllung gegangen, die Deutschen sind Erste unter Gleichen geworden, die alle dasselbe wollen.

War die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch die EG am 15. Januar auch unter deutschem Druck zustandegekommen, so lag sie doch nur in der Tradition der diesmal sich zierenden westlichen Demokratien. Stets haben sie, wenn irgendwo die Kapitalverwertung durch kommunistische Umtriebe ernsthaft gefährdet schien, sich zur Unterstützung völkischer, faschistischer oder militaristischer Regimes entschieden. Überall wurden von den imperialistischen Mächten die Rivalitäten zwischen Stämmen und Völkern in den designierten Kolonialgebieten geschürt, meist um den Preis der sozialen Verwüstung ganzer Kontinente, die man am Ende dem angerichteten Elend und dem Terror überließ. Afrika auf den Weg der freien Marktwirtschaft führen hieß, Figuren wie Idi Amin, Bokassa und Mobuto als Machthaber zu installieren. Mit jeder Form von staatlich organisierter Bestialität haben die Freisinnigen sich arrangieren können, nur nicht mit einer Gewalt, die Menschen vor dem Zwang bewahrt, verhungern zu müssen. Nicht die Unterdrückung im Ostblock empörte sie, sondern das in der Unterdrückung enthaltene Moment von Freiheit. Nicht, weil er den Menschen zu wenig Wohlstand gab, waren sie statt vom brasilianischen oder vom indischen ausgerechnet vom sowjetischen Produktionsapparat schockiert. In der gespielten Bestürzung über das wahre Ausmaß kommunistischer Mißwirtschaft schwingt echte Fassungslosigkeit mit, Fassungslosigkeit über Verhältnisse nämlich, die trotz allgemeiner Armut den Hunger überwanden. Rätselhaft und bedrohlich zugleich müssen solche Verhältnisse einer Zivilisation erscheinen, deren Leistungsfähigkeit bis heute auf der archaischen Angst vorm Verhungern basiert, unter welcher der Top-Manager mehr als der Bettler leidet, weshalb es am kalten Buffet gerade die Reichen und die Vornehmen sind, die zugreifen, als ob jede Mahlzeit ihre letzte wäre.

Die Blitzkarriere der Deutschen, ihr Aufstieg zur europäischen Großmacht zeigt, daß sie nicht anders als die Anderen sind, sondern wie sie, dies nur ein bißchen mehr. Ihre Stärke besteht darin, das Resultat zu wollen und ebenso das zu seiner Herbeiführung erforderliche Mittel. Sie kennen den Zwiespalt nicht, der sich ausdrückt in der Haltung, einen Pinochet zwar als Werkzeug im Kampf gegen den Sozialismus zu benutzen, den Verbrecher aber deshalb noch lange nicht in Washington zu empfangen. Weil den Deutschen die Entstehung faschistoider Regimes im Osten nicht als Schönheitsfehler gilt, weil ein ausgewiesener Antisemit wie Tudjman sogar ihrem Geschmack entspricht, brauchen sie die Folgen nicht zu fürchten. Weil sie die Folgen nicht fürchten, können sie konsequenter als die Übrigen sein. Weil sie konsequenter und hemmungsloser tun können, was alle wollen, fällt ihnen die Führungsrolle zu. Murrend gestehen die Anderen durch ihr Verhalten ein, daß ihnen die Skrupellosigkeit an der Spitze zwar nicht lieb, aber willkommen ist. Keiner, der unten war, kommt nach oben, wenn die

Anderen strikt dagegen sind. Keineswegs besaßen die Deutschen die Macht, die EG zur Anerkennung Kroatiens und Sloweniens zu zwingen. Trotz allen Propagandadonners ist sogar die serbische Regierung um ein gutes Verhältnis zu Deutschland auf eine fast speichelleckerische Weise bemüht. Fast meint man, auch bei ihr eine gewisse Erleichterung zu spüren, da man nun beides bekommen hat, den Stammes-Staat, den mehr oder weniger alle Häuptlinge und Bandenchefs wollen, und einen Verantwortlichen für das unvermeidliche Desaster obendrein. Kommen in Belgrad die richtigen Figuren an die Macht, könnte der deutsch-serbische Konflikt sich noch als Beginn einer wunderbaren Freundschaft erweisen.

Unter diesen Bedingungen über die Ellenbogenpolitik der Deutschen zu klagen, über ihre brutale Art, über ihre Rücksichtslosigkeit und ihr Großmachtstreben, ist absurd und heuchlerisch obendrein. Recht hat der Kanzler, wenn er den ausländischen Kritikern unterstellt, daß sie die Deutschen nur um ihren Erfolg beneiden. Hämisch hinzufügen könnte er noch, daß die Neider die gleichen sind, die den Erfolg ermöglichen halfen. Genscher auf der Washingtoner GUS-Konferenz am 22. Januar den Ehrenplatz neben Baker einzuräumen heißt, daß man im Rebellen den Kumpanen wittert. Wenn die Deutschen zur Auffassung kommen, daß über Auschwitz nun genug Gras gewachsen sei, ist das nicht mehr ihre Schuld. Wenn sie das Dritte Reich für ein Unternehmen halten, das bloß wegen eines schief gegangenen Versuchs nicht gleich aufgegeben werden soll, ziehen sie die logische Konsequenz aus weltweit akzeptierten Fakten. Wo man bislang nur den Verbrecher sah, sieht man plötzlich den tragischen Helden. Abermals sollen die Deutschen den Spätkapitalismus retten, weil diese Aufgabe keine Zimperlichkeit verträgt, sondern man zupacken können muß wie damals.

Damals hatte die Wehrmacht sechs Jahre lang halb Europa verwüstet und Millionen Menschen umgebracht. Scheußlich war das, aber objektiv und vom Resultat her betrachtet der Preis für fünfundvierzig Jahre Wohlstand und Frieden danach in den privilegierten kapitalistischen Ländern - bis zum Kriegseintritt lag die Arbeitslosenquote in den USA trotz New Deal bei 17 Prozent. Wer den freien Westen als Sachwalter von Demokratie und Menschenrechten pries, konnte den Deutschen nicht ernstlich böse sein, welche die Bedingungen dafür schufen, daß er stark und einig wurde. Nur zu gerecht war es daher, daß man die Hauptverursacher einer glücklichen Zeit an deren Segnungen teilhaben ließ. Die Förderung der Bundesrepublik durch die Alliierten hieß, daß man sich trotz aller Abscheu vor den Naziverbrechen den Tätern auch verpflichtet wußte, und vielleicht war ferner schlechtes Gewissen der Grund. Denn Tatsache ist, daß die Nazis sich zu ihrer Politik durch die Reaktionen des Auslands förmlich ermuntert fühlen durften.

Nachträglich erscheinen Hitlers anfängliche außenpolitische Streiche, die man heute Alleingänge hieße, wie der fortgesetzte Appell, man möge ihm rechtzeitig das Handwerk legen. Statt die stumme Bitte zu erhören, rühmte die »New York Times« die Nürnberger Reichsparteitage im gleichen Ton, mit dem Kohl von amerikanischen Magazinen als Mann des Jahres gefeiert wurde. Je unverschämter die Deutschen gegen internationale Abmachungen verstießen, auf desto mehr Nachgiebigkeit trafen sie, was sie nicht besänftigen, sondern nur ihre Wut steigern konnte. Sie wollten an die Kandare genommen, sie wollten zurechtgewiesen werden, am liebsten gleich entmündigt und als Nation aufgelöst. Sie wollten das im wohlverstandenen eigenen Interesse, da schließlich auch Deutsche nebenbei Leute sind, denen der Verzicht auf die Nation lieber als der Untergang mit ihr sein müßte. Aber sie erreichten ihr Ziel nicht, obgleich sie die fabrikmäßige Menschenvernichtung erfanden und sechs Millionen Juden umbrachten.

Werden sie trotzdem kein halbes Jahrhundert später schon wieder von der Leine gelassen, so kann dies nur heißen, daß in den perspektivlos gewordenen kapitalistischen Ländern eine schwer faßbare und den Akteuren unbewußte Sehnsucht nach weiteren fünfundvierzig Jahren Wirtschaftswachstum die politischen Entscheidungen lenkt. Fraglich bleibt allerdings, ob der Preis noch der gleiche ist und die Rechnung beim nächsten Mal wieder aufgehen wird. In den unbewußten Wunsch, noch einmal die alte Partie zu spielen, scheint sich die unbewußte Ahnung zu mischen, daß das Spiel einen anderen Verlauf nehmen kann, weil die Mitspieler Atomwaffen besitzen. Auch für den Kapitalismus könnte die Zeit gekommen sein, wo nicht jedes Ende einen grandioseren Anfang bedeutet.

Vielleicht weil diesmal kein Wiederaufbauboom winkt, sind die Leute, anders als in den 30er Jahren, nicht mit der rechten Lust bei der Sache. Vielleicht aber kommt die Teilnahmslosigkeit auch daher, daß unter dem Kapital materielle Dinge mit geistigen Potenzen ausgestattet werden und gleichzeitig der seinen eigenen geistigen Potenzen entfremdete lebendige Mensch zu einer materiellen Kraft verdummt. Jedenfalls wirken die handelnden Personen willenlos wie ferngesteuerte Roboter, Marionetten, Aufziehpuppen, weshalb das in der Sowjetunion kursierende Gerücht von der zionistischen Weltverschwörung genau ins Bild paßt. Die Paranoia ist Erklärungsersatz für die Tatsache, daß alle gemeinsam tun oder geschehen lassen, was keiner richtig will, denn wider Erwarten ist das Massenbewußtsein, wenn man darunter ein massenhaft verbreitetes Bewußtsein der Einzelnen versteht, nicht die Triebkraft der augenblicklichen Entwicklung. Den wichtigen Entscheidungen - deutsche Wiedervereinigung, Auflösung Jugoslawiens und der UdSSR - haben die Massen zwar zugestimmt, doch weder wurden diese Entscheidungen unter dem Druck der Straße getroffen, noch lösten sie großen Jubel aus. Stets wirkten die Bilder von Menschenansammlungen kümmerlich neben solchen, wie man sie vom Kriegsausbruch 1914 oder aus der Nazizeit kennt. Statt selber zu handeln, hat die Bevölkerung applaudierend danebengestanden, und der Beifall blieb weit hinter der Begeisterung für eine gute Rock-Gruppe zurück. Das hervorstechende Merkmal der Massen ist Fatalismus, Apathie, Skepsis, Unentschlossenheit, Untätigkeit, Lustlosigkeit. Was hingegen fehlt, sind Glaube, Hoffnung, Heilserwartung, Ideale, Opferbereitschaft, Kampfeslust, Fanatismus.

Sogar im jugoslawischen Bürgerkrieg dürfte die Zahl der Deserteure auf beiden Seiten die der Freiwilligen weit übertroffen haben. Der vermeintliche Krieg der Völker sieht wie eine Mischung aus Volkskrieg und Kabinettskrieg mit vertauschten Rollen aus. Während landesfremde Söldnertruppen, nämlich rechtsradikale internationale Brigaden, den Kampf aus reiner Überzeugung führen, wird von der ortsansässigen Bevölkerung die Wehrpflicht nicht als heroischer Dienst am Vaterland und an den Ideen, für die es steht, empfunden. Die Kombattanten schonen sich, als wären sie nicht im Krieg, sondern bei der Lohnarbeit, statt Infanterie setzen sie Artillerie ein, sie riskieren wenig, ihre militärischen Leistungen sind erbärmlich, die Verluste auf beiden Seiten sind geradezu unglaublich gering, immer wieder ist in den Nachrichten von *schweren Gefechten* die Rede, die schon *mindestens zwei Tote* gefordert hätten. Gemessen an den Grausamkeiten, die man aus richtigen Volks- oder Religionskriegen kennt, halten auch die Verluste unter der Zivilbevölkerung und die Zahl der Massaker sich in bescheidenen Grenzen, der Krieg ist bislang hauptsächlich Sachbeschädigung.

So wenig der Krieg aber die Menschen gegeneinander aufhetzt, so wenig bringt er sie auch zusammen, an der Front und weit weg von ihr herrscht dieselbe gespenstische Gleichgültigkeit. Der Mangel an Haß, der einstweilen noch die Kämpfe mildert, könnte sich auf die Dauer wie im Deutschland der Nazizeit als Mangel an Widerstandskraft gegen das lustlose Töten und als Unfähigkeit zu seiner Begrenzung entpuppen, wenn es nur besser organisiert wird. Als habe das Kapital seine Drohung wahr gemacht, jeden vorgefundenen gesellschaftlichen Zusammenhang zu zerschlagen, scheint den Einzelnen die Empfindung dafür zu fehlen, daß sie als Menschen soziale Wesen sind. Sie verhalten sich wie Asoziale in dem Sinn, daß sie keine Präferenzen mehr kennen. Vom Wunsch, den Feind zu besiegen, sind sie ebenso wenig beseelt, wie der Tod nebenan sie ungerührt läßt. Wenn sie trotzdem kämpfen, so heißt dies, daß sie es grundlos tun. Das Fatale an grundlos ausgeübten Tätigkeiten ist, daß man auch keinen Grund zu ihrer Beendigung findet, weil der zur ihrer Fortsetzung nötige Grund nicht entfallen kann.

Neu an der gegenwärtigen Entwicklung ist, daß der völkische Krieg die atavistischen Gemeinwesen nicht wirklich hervorbringt, auf die er sich stützen müßte. Hatte bislang die Gewalt in der Geschichte die Rolle einer Geburtshelferin bei der Entstehung neuer Gesellschaftsformationen gespielt, so erscheint sie nun, wenn sie überhaupt erscheint, als reine Totengräberin. Nicht Sieg oder Niederlage sind ihr Resultat, sondern allumfassende soziale Verwüstung. Keineswegs erwecken Serben, Kroaten, Esten oder Russen den Eindruck, als wären sie durch die Feindschaft gegen andere auch nur für einen Moment zum ‘Volk’ zusammengeschweißt. Bis in die Familien hinein sind sie einander fremder denn je, obgleich herausragende nationale Ereignisse wie Kriegseintritt, Unabhängigkeit, Einheit normalerweise ein starkes Kollektivbewußtsein bilden: Leute, die unter Normalbedingungen nur die eigenen privaten Interessen sehen, begreifen sich plötzlich als Mitglieder einer Gemeinschaft; für einen Moment gehen dann die Kriminalitäts- und Selbstmordraten rapide zurück, alle werden vom Altruismus überwältigt, der Börsenhai kauft wider jede Vernunft Kriegsanleihen, Kleinbürger rücken zur Unterstützung der Front das Familiensilber raus, der Taschendieb kriegt Gewissensbisse, einen Landsmann zu beklauen. Verrat und Bestechlichkeit werden Delikte mit Seltenheitswert, denn das Gefühl, sich selber die große gemeinsame Sache zu eigen zu machen, bereitet dem Einzelnen einen unbezahlbaren Genuß, eben den, kein Einzelner mehr, sondern Teil des Gemeinwesens zu sein.

Genau das umgekehrte Phänomen trat im gesamten Ostblock, aber auch in Südafrika ein, wo ordinäre Raubmorde einstweilen mehr Opfer fordern als die bewaffnete Konfrontation zwischen politischen Gegnern. Statt vom Nationalismus oder Tribalismus zu einer großen Bande vereint zu werden, zerfällt die Gesellschaft in zahllose kleine Banden, unter denen kein Recht als das des Stärkeren und keine Beziehung als die der mörderischen Konkurrenz und der wechselseitigen Feindschaft gilt. Die Stammeskämpfe - jener der Georgier gegen die Osseten etwa, aber auch der Kampf zwischen Schwarzen und Weißen in Südafrika oder der völkische Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten - gehen unmittelbar über in den Krieg der Sippen und Cliquen. Gleichsam im Zeitraffer und ohne massive Einwirkung äußerer Gewalt scheint sich der Prozeß der modernen Kolonisierung zu wiederholen, wenn man darunter das historische Novum versteht, daß alle vorgefundenen sozialen Zusammenhänge zerschlagen werden von einer Macht, die weder willens noch fähig ist, das gesellschaftliche Leben der Unterworfenen nach ihrem Gusto zu organisieren.

Hatten vorkapitalistische Reiche entweder die eroberten Gemeinwesen zwecks Bekehrung und Assimilierung der Bevölkerung aufgelöst oder aber die unterworfenen Gemeinwesen als bloß tributpflichtig im vorgefundenen Zustand belassen, so zeichnet der Imperialismus sich dadurch aus, daß seine Opfer stets ihre alte soziale Identität verlieren und nie eine neue dafür bekommen. Die Unterworfenen dürfen nicht bleiben, was sie sind - Hereros oder Bantus zum Beispiel , mit der Auflage freilich, einen Teil des von ihnen produzierten Reichtums regelmäßig dem Sieger zu geben. Doch noch viel weniger wird ihnen erlaubt, wie die Bevölkerung des erobernden Reiches zu werden. Ökonomische Verhältnisse entstehen daraus, in denen weder die Naturalwirtschaft noch die Warenproduktion funktioniert; politische Gebilde, die weder Stämmen noch Nationen ähneln; und Personen, die weder als Angehörige eines Stammesverbandes, noch als Arbeiter, als Kapitalisten oder überhaupt als Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft zu definieren sind: Massen überflüssiger Menschen, die im System keinen Platz haben und daher ständig hin- und hergeworfen werden, vor nichts anderem auf der Flucht als vor dem Hunger. Die Tendenz des Kapitals, alle vorgefundenen sozialen Bindungen zu zerschlagen, scheint über die Herstellung des vogelfreien Lohnarbeiters hinaus fortzuwirken. Es zeigt sich, daß das Wort vom freien Individuum kein

leeres Versprechen war. Die Menschen sind wirklich frei geworden wie nie zuvor - als Asoziale und Deklassierte ohne Beruf, Stand, Nationalität. Virtuell sind sie damit schon die Menschheit, im gegenwärtigen Chaos schimmert auch die Möglichkeit auf, daß einmal die naturwüchsige Trennung in Stämme und Völker überwunden sein könnte, die der Kommunismus im Widerspruch zu seiner Idee konservieren half. Der Vorwurf, die Sowjetunion und Jugoslawien seien Völkergefängnissegewesen, ist berechtigt in dem Sinn, daß sie Völker-Zoos, Reservate waren, wo die barbarischen Gebilde der Vorgeschichte nicht aufge-löst und humanisiert, sondern unter Artenschutz gestellt worden waren.

Zur schlafwandlerischen Haltung, mit der die Menschen es hinnehmen, daß der notwendige historische Prozeß, nämlich die Auflösung naturwüchsiger Gemeinwesen, wieder einen katastrophischen Verlauf nimmt und aufs Gegenteil dessen zu zielen scheint, was er wirklich hervorbringt, paßt der Umstand, daß man an der Spitze der Staaten und separatistischen Bewegungen keine charismatischen Führer, keine glänzenden Redner, keine großen Demagogen findet, keine Figuren, die zumindest den Anschein von Selbstsicherheit, Entschlossenheit, Zielbewußtheit erwecken - niemand, der die Massen mitreißen kann und sie begeistern für Zwecke, die jenseits der privaten und partikularen Existenz Vereinzelter liegen. Keiner hat eine richtige Ideologie, ein Programm, eine Vision, eine Strategie, alle wursteln sich irgendwie durch, putschistischer Aktionismus wechselt ab mit langen Phasen des Zauderns und Zögerns. Raffen sie sich zu Taten auf, so sind es fast immer Verzweiflungstaten nach der Devise ‘Augen zu und durch’.

Was Kohl und Jelzin miteinander verbindet, ist eine Politik, welche sich von Verantwortung im konventionellen Sinn frei weiß. Sie meint, sich um die Folgen der zu treffenden Entscheidungen nicht kümmern zu müssen, weil die Entscheidungen unter dem Druck von Umständen fallen, die keine Wahl lassen. Die Führer betrachten sich als Gefangene des Schicksals. Mit der deutschen Einheit verband Kohl soviel wie Jelzin mit der freien Marktwirtschaft, nämlich nichts. Keinem der beiden ging es um die Verwirklichung eines lange gehegten Wunsches, einer tief empfundenen Überzeugung, dennoch haben beide den Kopfsprung in ein Gewässer von unbekannter Tiefe riskiert. Kohls Währungsunion und Jelzins Preisreform waren Wagnisse, die normalerweise nur eingeht, wer überzeugt davon ist, daß die Sache jedes Opfer lohnt. Weder Kohl noch Jelzin besaßen diese Überzeugung, beide zeichneten sich vielmehr durch ein Bewußtsein aus, welches das Wort vom abgefahrenen Zug auf eine prägnante Formel bringt. Auch die Führer sind nicht Überzeugungstäter, sondern Fatalisten, und die Frage bleibt, was Fatalismus unter den gegebenen Bedingungen bedeutet. Das wäre die Frage nach einer objektiven, vom bewußten Wollen der Einzelnen unabhängigen gesellschaftlichen Triebdynamik, in welcher die Lust an der Selbstzerstörung jedenfalls keine geringe Rolle spielt. Man möchte meinen, die Destruktivität des Kapitals, das sich durch Krisen, Zusammenbrüche und Katastrophen erhält, sei den Menschen zur zweiten Natur geworden. Die Fortdauer seiner Herrschaft weit über seinen unmittelbaren Einflußbereich hinaus könnte die Deutschen um das bringen, was sie mit perversem Stolz und auf eine feige Weise verschämt zugleich, nicht ihre Einzigartigkeit, sondern ihre Singularität nennen.

Wolfgang Pohrt kommentierte in KONKRET 2/92 die Erklärung der Revolutionären Zellen zum Tod von Gerd Albartus

Konkret 03/92, S. 22

Georg Fülberth

Gesellschafts-Ersatz

Der Staatssicherheitsapparat der DDR war kein Geheimdienst wie andere auch, nicht nur Ausforschungs- und Repressionsorgan, sondern gleichermaßen Ökonomie- und Öffentlichkeits-Ersatz. Daß er alles allein machen mußte, hat ihn schließlich überfordert

1. Kleine Repressionskunde

Wenn ein Staat gleichsam über Nacht durch einen anderen übernommen wird, geraten seine unappetitlichsten Innereien in die Hand des Siegers. Dies sind die Kenntnisse über seine Repressionsorgane, insbesondere den Geheimdienst. Wäre die BRD zwischen November 1989 und Oktober 1990 an die DDR angeschlossen worden, könnten wir jetzt wahre und schreckliche Geschichten über das Bundesamt für Verfassungsschutz, die entsprechenden Landesämter, den BND und den MAD lesen.

Einen Staat ohne Geheimdienste und Repressionsorgane gibt es nicht. Diese kommen niemals ohne einen Grundbestand an Sadisten und Zynikern aus. Nichts rechtfertigt die Notwendigkeit, für gesellschaftliche Zustände einzutreten, in denen der Staat überflüssig wird (»abstirbt«), mehr als diese Tatsache.

Dabei sind Art und Grad der Repression verschieden. Verbindet sich Herrschaft der Wenigen mit dem Elend der Vielen, wird gefoltert und massakriert. Dies wird in der Regel nicht durch Wohlverhalten der Unterworfenen vermieden oder gemildert, sondern dadurch, daß sie Gegenpositionen errichten, die vom Staatsapparat nicht zerstört werden können. Um ihr Entstehen zu verhindern, wird er seine Repression verstärken. Die Anfänge der Gegenwehr - nicht deren Verfestigung, vielleicht sogar Institutionalisierung - werden die aktuelle Brutalität der Herrschenden noch verstärken. Entscheidend ist dann, ob es gelingt, diese in Schranken zu weisen.

In üppigeren Gesellschaften mit einer relativen Streuung des Nationalreichtums (der häufig anderen Völkern abgepreßt wurde), kann sich politische Herrschaft auf ein vergleichsweise hohes Maß an Konsens stützen. Sie wird in der Regel rechtsstaatliche und parlamentarische oder präsidial-demokratische Formen annehmen, niemals aber auf die Bereitstellung von Repressionsorganen verzichten. Werden sie gebraucht, dann werden sie auch angewandt.

Auf dieser Repressions-Skala, welche weltweit gilt, nahm die DDR einen mittleren Rang ein. Sie war ökonomisch ein verhältnismäßig gut ausgestattetes Land, doch die Legitimierung der Regierung durch das Staatsvolk blieb schwach. Dieses, deutsch und feig, hatte zwar kaum Lust auf Widerstand, hielt sich aber in der Regel mehr an die Bonner Herrschaft als an die der DDR. 1977 haben viele dieser Menschen mit großer Sympathie in ARD und ZDF beobachtet, wie zahlreiche Brüder und Schwestern im Westen den BRD-Organen bei der Jagd nach Terroristen behilflich waren. Allerdings hatten die evangelischen Bischöfe erklärt, ihnen, den Einwohnern der DDR, sei nun einmal von Gott eine andere Obrigkeit gesetzt. Für die haben dann eben viele gespitzelt, eine Beschäftigung, die aus Blockwart-Zeiten vor 1945 vertraut war.

Ein hohes Maß an Fügsamkeit konnte also erwartet werden. Doch hüteten sich die DDR-Behörden je länger desto mehr vor allzu eklatanter individueller Repression: Die westdeutsche Regierung machte immer wieder einmal wirtschaftliche Zugeständnisse von einem Entgegenkommen in der Frage der »Menschenrechte« abhängig. Gegenüber Folterstaaten wie der Türkei wurde weit weniger nachhaltig gedrängt als gegenüber der DDR. Deren Regierung neigte in den letzten Jahren zu einer Art Gehorsam gegenüber der BRD, welche sie offensichtlich mittlerweile auch als ihren eigenen Patron akzeptiert hatte.

Dieses hier beschriebene Kräfteverhältnis bestimmte Ausmaß und Charakter der Repression, und in ihm haben sich viele eingerichtet. Auch die Dissidenz jener Intellektuellen, die sich jetzt mit Enthüllungen und Erklärungen in den Haaren liegen, war meist Teilnahme an einem Gesellschaftsspiel, in dem die Einheit Deutschlands bereits vor dem 9. November 1989 wiederhergestellt war.

2. Wo blieb Felix Dserschinski?

Der Stab des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) berief sich bei feierlichen Anlässen gern auf die Tscheka. Dies war die von dem Bolschewiken Felix Dserschinski gegründete Polizei des revolutionären Rußland. Sie hatte die Aufgabe, die innere Konterrevolution in dem 1917 entstandenen neuen Staat zu brechen. Daß derlei notwendig sein werde, hatten die Klassiker des Marxismus - nicht erst Lenin, sondern schon Marx und Engels - früh formuliert. Unmittelbar nach der Revolution werde ein Staat, die »Diktatur des Proletariats«, notwendig sein, dessen zentraler Zweck seine eigene Abschaffung sei: durch Beseitigung des Privateigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln, Durchsetzung des Leistungsprinzips bei der Verteilung, aber auch durch Niederhaltung derer, die von der alten Ordnung profitiert hatten. Diese Übergangszeit sollte sehr kurz sein, die Repression vergleichsweise gemäßigt, da sie erstmals in der Geschichte nicht

mehr zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft einer Mehrheit über eine Minderheit eingesetzt werde, sondern gerade zur Beseitigung dieser alten Unterdrückung, die auf riesige Apparate nicht habe verzichten können. Weil es sich aber immer noch um Staat handelte, war das Ganze keineswegs idyllisch gedacht. Schon daß Marx für den proletarischen Staat den Begriff »Diktatur« wählte, belegt, daß er sich keine Illusionen machte. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß er mit diesem rabiaten Wort alle Formen von Klassen-Herrschaft bezeichnete, unabhängig von ihrer konkreten Form.

Diese historischen Rückgriffe zeigen, daß die Wirklichkeit der Geheimpolizei in den Ländern des realen Sozialismus mit jenen Vorstellungen von einer kurzen Diktatur nichts mehr gemeinsam hatte. Es handelte sich nicht um eine Übergangs-Repression, sondern um ein permanentes Notstandsregime, das seinerseits nicht etwa aus der Paranoia von Funktionären resultierte, sondern aus der hoffnungslosen Situation, in welche der Sozialismus nach dem Ausbleiben der Revolution im Westen - also schon in den zwanziger Jahren - geraten war. Der Geheimdienst der UdSSR war nun ein Gewaltinstrument im traditionellen Sinne geworden. Seine Besonderheit in der Stalinperiode bestand darin, daß die präventive Einschüchterung, welche zu den Aufgaben aller solcher Institutionen (auch in den bürgerlichen Staaten) gehört, aus der Latenz, in der sie langfristig am besten wirkt, heraustrat: von 1936 bis 1939 als sich zeitweise ständig steigernder aktueller terreur. Er blieb in den Folgejahren in stärker systematisierter, eher bürokratischer Form erhalten und erreichte zwischen 1950 und 1953 noch einmal einen Höhepunkt.

Diese Praxis ist nach 1945 auch auf die sowjetische Besatzungszone und die DDR übertragen worden. Treibende Kraft war das NKWD, dem nach 1949 die ostdeutschen Behörden der »Staatssicherheit« längere Zeit untergeordnet blieben. Deutlich zeigt sich dies an der Art der Verfolgung von deutschen Kommunisten im Umkreis der Noel H. Field-Affäre 1950 ff., welche die Schauprozesse gegen Rajk, Kostoff und Slansky in Ungarn, Bulgarien und der CSSR auslöste. Wahrscheinlich ist das NKWD damals auf Spielmaterial der CIA hereingefallen, möglicherweise ist dieses aber auch nur als Vorwand für eine ohnehin geplante »Säuberung« benutzt worden. Der DDR-Geheimdienst verhaftete in diesem Zusammenhang Funktionäre der KPD (Leo Bauer, Kurt Müller, Willi Prinz, Fritz Sperling) und der SED (z.B. Paul Merker). In der Regel wurden diese anschließend dem NKWD überstellt, und dieses erpreßte häufig die entscheidenden Geständnisse unter Anwendung körperlicher Folter. Auf deutscher Seite taucht in den Berichten als Schlüsselfigur Erich Mielke auf. Die Behandlung, welcher seine Opfer ausgesetzt waren (tagelanges Stehen in knöchelhohem Wasser, Schlafentzug, nächtliche Verhöre, Verweigerung von Krankenbehandlung auch bei akuten Schmerzen), erfüllt ebenfalls den Tatbestand der Folter, wobei ihm eine unmittelbare Kenntnis der Einzelheiten heute kaum noch zu beweisen sein dürfte. (Wohl deshalb spielen diese Dinge im gegenwärtigen Strafverfahren gegen ihn keine Rolle.) Erzwingung von angeblichen Geständnissen durch Prügel ist damals offensichtlich vor allem eine Methode der sowjetischen Vernehmer gewesen.

Zweifellos ist Mielke der Mann einer aus der Stalin-Periode bis in die Schlußphase der DDR reichenden Kontinuität, welche nicht verharmlost werden darf. Hierher gehört auch seine Rolle in den Prozessen gegen Harich, Janka und andere, die voll in die Verantwortung der ostdeutschen Seite fallen. Andererseits hat sich bereits vor dem Bau der Mauer die Geheimdienstpraxis der DDR auf jenen mittleren Stand der Repressions-Skala zurückgebildet, auf dem sie gegenüber zahlreichen Ländern des westlichen Einflußbereiches eher gut dasteht. Die Massenflucht vor 1961 nötigte zu vorsichtigem Verhalten der Staatsorgane, auch nach der Schließung der Grenze kam es nicht zu einer Verschärfung. 1967 errechnete der US-amerikanische Ökonom Apel, daß es in der DDR - gemessen an der großen Zahl der Unzufriedenen - weniger politische Gefangene gab als in der BRD. Unmittelbare körperliche Gewalt ist dort damals - und bis zum Ende - wahrscheinlich nicht häufiger angewandt worden als heute noch tagtäglich, wenn niemand hinsieht, auf den westdeutschen Polizeirevieren. Die staatskriminelle Zwangspsychiatrisierung, auf welche gegenwärtig im Fall des heutigen sächsischen Innenministers hingewiesen wird, gab und gibt es, wenngleich ohne politischen Hintergrund, immer wieder ebenfalls in der BRD.

Auch auf dem Feld der Repression ist die DDR in den letzten Jahrzehnten ein ziemlich normaler Staat geworden. Das soll kein Lob sein. Felix Dserschinski war in Wirklichkeit längst ebenso vergessen wie der einstige revolutionäre Staatszweck der Sowjetunion.

3. Öffentlichkeits-Ersatz

Dem Fußballer Thomas Doll, früher Dynamo Berlin, jetzt Lazio Rom, hat sein Kollege Kretzschmar, Hannover 96, vorgeworfen, Informant des Ministeriums für Staatssicherheit gewesen zu sein. Dem »Corriere della Sera« war das einen Leitartikel wert. Zunächst macht das Blatt eine knappe Andeutung über die vermutliche Spielstärke des Anklägers. Es handele sich um »un certo Joerg Kretzschmar, calciatore dell'Hannover (Serie B)« - einen gewissen Jörg Kretzschmar, Fußballer von Hannover, Zweite Liga. Dann wendet es sich wieder Thomas Doll zu und fragt: »Welche Informationen hätte denn in diesem Fall das fußballspielende Jüngelchen weitergeben können? Vielleicht etwas über die Stimmung in der Südkurve.«

Das ist nicht nur ein Witz. Tatsächlich war die Stasi in der DDR insofern kein Geheimdienst wie jeder andere auch, weil sie sich in einem dem Fernstehenden zunächst absurd erscheinenden Umfang um Nachrichten bemühte, die andernorts

tagtäglich aus den Zeitungen, den elektronischen Medien, aus Wahlergebnissen, Versammlungs- und Parlamentsreden sowie regelmäßig publizierten Meinungsumfragen zu haben sind. Es handelte sich um »Öffentlichkeit«, und die gab es in dieser Form in der DDR nicht.

Ob man aus der Geschichte etwas lernen kann, weiß ich nicht. Stalin, Ulbricht und Honecker haben es versucht und sind zu dem Ergebnis gekommen, es sei gut, mit einem System Schluß zu machen, das zwei Weltkriege und den Faschismus hervorgebracht hatte. Mit Demokratie war das nicht zu machen, denn es war eine harte Kur. Damit waren aber auch alle Institutionen ausgeschaltet, die in komplexen Industriegesellschaften den Regierenden notwendige Informationen liefern. Diese Arbeit übernahm der Geheimdienst, und dafür benutzte er eine enorme Bürokratie und ein ausuferndes Spitzelheer. Sie waren weniger effektiv als die Provinzpresse und das Vereinswesen in der BRD.

Professor Habermas lehrt uns, daß ungenierte Öffentlichkeit ein unverzichtbares Element der Emanzipation sei. Sie ist zugleich ein hocheffektives Herrschaftsinstrument. Über dem Lesen der Dossiers und dem Verfassen von Dienstanweisungen hat Erich Mielke doch glatt vergessen, die »Theorie des kommunikativen Handelns« (zwei Bände) gründlich zu studieren. Er hätte sie anschließend wohl verboten. Denn Öffentlichkeit ist nicht nur ein Informationsmittel, sondern sie kann auch ein Sprengstoff sein, dessen Kraft allerdings gerade mal ausreicht, um eine gegebene Form von Herrschaft aufzubrechen und durch eine andere zu ersetzen. Diese Gefahr zu vermeiden, gehörte zu den Aufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit, und nachdem es sich die zwar gefährliche, aber auch billigste und zuverlässigste Quelle verstopft hatte, mußte es anschließend alles alleine machen. Damit war es überfordert.

Vielleicht hat die Stasi nur den Teil der Realität wahrgenommen, über den sie schriftliche Berichte vorliegen hatte. Das war insofern viel, als sie ihr Informantennetz immer weiter ausdehnte und Teile der Wirklichkeit selbst produzierte. Aber die Entwicklungen, welche die DDR schließlich zerstörten, hatten eine im Verhältnis zum Wollen und Laufen des MfS autonome Struktur und waren durch dieses nicht beeinflußbar.

4. Ökonomie-Ersatz

Der reale Sozialismus ist letztlich daran gescheitert, daß die Prinzipien seiner Politischen Ökonomie zwar zukunftsweisend gewesen sind, nach einer Phase des aufholenden Wachstums aber noch nicht ausreichten, ungenügend ausgearbeitet waren und schon deshalb nicht konsequent genug angewandt werden konnten. Man griff deshalb nach Surrogaten, zum Beispiel Markt-Experimenten. Als auch diese nichts brachten, war das System am Ende. Dieses wurde seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre noch etwas hinausgezögert durch den Selbst-Ausverkauf: alles verscheuern, was nicht niet- und nagelfest war, wenig importieren, Valuten sammeln.

Auch diese Aufgabe übernahm ein Teil des Geheimdienstes, denn es handelte sich ja um eine Maßnahme der Staatssicherheit. Allerdings nahm damit die Repression wieder ein wenig zu: Die Exportstrategie weckte Ärger, denn es wurde ausgeführt, was den Leuten im Lande selbst fehlte.

Offensichtlich ist die Frage, welchen Sinn das Ganze noch habe, in einigen Amtsstuben des Ministeriums für Staatssicherheit relativ früh gestellt worden. Von dort aus wurde dann auch noch der Übergang mitorganisiert, wahrscheinlich mit fraktionell voneinander abweichenden Zielen (»andere« DDR versus Dämpfung des Aufpralls beim Anschluß). So erklärt sich, daß einige der Oppositions-Häupter (Schnur, Böhme) Gewährsleute des MfS waren.

Wir sehen: Mielkes Behörde war tatsächlich nicht nur ein Ausforschungs- und Repressionsorgan. Sie hatte einige zusätzliche Aufgaben, die in bürgerlichen (aber auch in künftigen gut funktionierenden sozialistischen) Staaten arbeitsteilig von anderen Organen wahrgenommen werden. Westliche Geheimdienste sind weit stärker auf ausschließlich Fieses spezialisiert.

Der Gemischtwaren-Charakter der Staatssicherheits-Behörde spiegelt sich auch in der Vielfalt ihres Personals: Neben den branchenüblichen Quälern und Denunzianten steht der clevere Ökonom, welcher sich des MfS bediente, vielleicht auch der eine oder andere Oppositionelle, der die Stasi als Fürstenspiegel benutzen wollte. Diese hat eben nicht nur Spitzel rekrutiert, sondern auch Kader. Damit versuchte sie, von ihr für wichtig gehaltene Positionen in Staat, Wissenschaft, Ökonomie, Sport, Medien, »Bürgerbewegungen« unter ihrer Kontrolle zu halten. Die in der Verfassung hierfür vorgesehenen Institutionen hielt sie wohl für Saftläden (vielleicht zu Recht). Hätte Erich Mielke seine Spione auch in die Seminare von Professor Luhmann geschickt, dann wüßte er allerdings, daß sich moderne Gesellschaften nicht in solcher Weise hyperzentral steuern lassen. So entstand Kurzschluß.

5. Kleine Frage

Die Rolle des kollektiven Organisators hätte laut Verfassung der DDR und der anderen sozialistischen Länder ja eine ganz andere Instanz wahrnehmen sollen: die Kommunistische Partei. Wo war sie die ganze Zeit über, und wo ist sie geblieben?

Vielleicht unterhalten wir uns darüber ein andermal, doch kann diese Erörterung nach Lage der Dinge sehr kurz sein.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 2/92 über die Versuche der BRD, Honeckers habhaft zu werden

Konkret 03/92, S. 28

Inge Viett

»Wahr bleibt ...«

1990 wurde sie in der DDR verhaftet, seit Ende November 1991 wird vor dem Staatsschutzsenat des OLG Koblenz gegen sie verhandelt: Inge Viett, ehemaliges Mitglied der Bewegung 2. Juni und der RAF, nimmt Stellung zum Gerede von der »RAF-Stasi-Connection« und ihrer Rolle darin

Ich kann mich aus dem Gefängnis gegen dieses Buch nur schwer wehren, ich glaube, daß die beiden Autorengerade dies bei ihrer Publikation ausnutzen. Trotzdem möchte ich ein paar Dinge richtigstellen.

Es geht mir dabei nicht so sehr darum, daß die beiden Autoren sich eines billigen, kolportagehaften Illustriertenstils bedienen, und es geht mir auch nicht darum, daß sie behaupten, zwei Jahre recherchiert zu haben, obwohl sie nur beim BKA Akten studieren durften, um daran ihre zwielichtigen Spekulationen zu knüpfen. Ich möchte nur ein paar Tatsachen gegen diese Spekulationen stellen.

Den ersten - unfreiwilligen - Kontakt zum MfS hatte ich 1978 als Mitglied der Bewegung 2. Juni bei einem Grenzübertritt nach West-Berlin. Seinerzeit hatte ich ein ca. zweistündiges Gespräch mit einem Oberst des MfS, aus dem ich den Eindruck mitnahm, daß wir in Zukunft relativ sicher die Grenzen zur DDR passieren könnten. Ich habe auch gefragt, ohne ihm eine konkrete Aktion anzukündigen, ob wir in nächster Zeit die Grenze wieder passieren könnten, was bejaht wurde.

Aus der Einschätzung dieses Gesprächs heraus haben wir nach der Befreiungsaktion in Berlin-Moabit den Fluchtweg durch die DDR gewählt. Bei der Zollkontrolle in der Friedrichstraße wurde eine Waffe gefunden. Um Aufsehen zu vermeiden, hab ich dann gebeten, diesen MfS-Oberst zu informieren, was zur Folge hatte, daß wir die Waffen zurückbekamen und weiterreisen durften.

Die Tatsache, daß einige Mitglieder der Bewegung 2. Juni in Bulgarien festgenommen wurden, beruht, wie wir später analysiert haben, auf unserer eigenen Leichtfertigkeit in bestimmten Punkten. Daß nicht alle Mitglieder festgenommen wurden, hatte schlicht damit zu tun, daß nicht alle zum Zeitpunkt der Festnahme zusammen waren. Ich führe das im übrigen auch auf Widersprüche im bulgarischen Sicherheitsapparat zurück, der den Deutschen nur ein Zugriffsrecht für diejenigen 2. Juni-Mitglieder gewährt hatte, die sich in der Umgebung des Flughafens befanden.

Am Tag nach der Festnahme entschieden wir uns, zur Polizei zu gehen, um unsere Lage zu klären und herauszufinden, ob wir das Land verlassen können. Wir hatten gar keine andere Chance, weil völlig eindeutig war, daß die bulgarische Staatssicherheit wußte, daß wir dort waren, und wir bereits beschattet wurden. Wir durften ausreisen. Aus Sicherheitsgründen flogen wir nicht von dort aus in den Nahen Osten, sondern wollten Prag dazwischen schalten. In Prag wurden wir festgenommen, und die ganze Geschichte begann von vorn: wieder stellte sich die Frage, ob wir ausgeliefert würden oder nicht. In dieser Situation hab ich nach einigen Tagen die Initiative ergriffen und den CSSR-Behörden gesagt, wenn sie uns schon ausliefern wollten, dann bitte an das sozialistische Deutschland und nicht an das kapitalistische. Sie möchten bei den entsprechenden Behörden der DDR diesen Wunsch vortragen. Am nächsten Tag wurden wir vom MfS aus dem Prager Gefängnis geholt und in ein Erholungsobjekt in der DDR gebracht, wo wir uns ausruhen konnten.

Wir waren uns damals sehr wohl bewußt, daß die fatale Dynamik der Umstände uns plötzlich ganz eng an die Interessenbereiche der sozialistischen Geheimdienste gedrängt hatte, und wir wollten ganz schnell wieder heraus aus dieser Klemme. Die Mitarbeiter des MfS waren klug genug, unsere Lage nicht erpresserisch auszunutzen, obwohl sie natürlich was wissen wollten über unser politisches Verständnis, unsere personellen und logistischen Strukturen, aber sie respektierten unsere Zurückhaltung bei diesen Fragen und zeigten sich eher interessiert an einem langsamen Verbindungsaufbau, um unser Vertrauen zu gewinnen. Nach ca. 14 Tagen haben wir die DDR in Richtung Naher Osten verlassen. Seitdem gab es keine Kontakte, bis ich im Juni 1980 aus den bereits bekannten Gründen die Kontakte mit dem MfS neu knüpfte.

In unserem politischen Verständnis damals gab es überhaupt keine Notwendigkeit, verbindliche Beziehungen zum MfS einzugehen. Wir hatten kein Interesse und befürchteten überdies, die Balance auf Dauer nicht halten zu können zwischen unserer Selbstbestimmung/Autonomie und den Interessen/Abhängigkeiten des sozialistischen Sicherheitsapparates. Darum beschlossen wir, die DDR nicht mehr als Transitstrecke zu benutzen, um Kontaktmöglichkeiten aus dem Wege zu gehen.

Als wir 1978 die DDR verließen, wußte noch niemand - nicht mal wir selber , daß wir in Paris eine Logistik aufbauen würden. Es ist deshalb schierer Unsinn, daß das MfS irgendetwas mit den Verhaftungen in der Rue Flatters zu tun habe. Erst diese Verhaftungen in Paris im Mai 1980 haben die Notwendigkeit so dringend gemacht, für die Aussteigewilligen acht Mitglieder eine Lösung zu finden, die ihnen das Los der gerade Verhafteten ersparte. Aus dieser Situation heraus entwickelte sich der Gedanke, in die DDR zu fahren, um dort Möglichkeiten der Hilfestellung zu prüfen. Natürlich entwickelte sich dieser Gedanke auf der Grundlage meiner allgemein positiven, wenn auch ambivalenten Erfahrung von 1978. Auf dieser Grundlage wurde auch entschieden, daß ich den Kontakt herstelle. Wir dachten allerdings damals daran,

daß uns die DDR helfen könnte, die Leute in Afrika unterzubringen. Ich fuhr nach Berlin und hatte keine andere Anlaufstelle als die öffentliche Telefonnummer des Ministeriums für Staatssicherheit. Darüber stellte ich dann die Verbindung zur Abteilung 22 her.

Mit der Lösung des »Aussteiger-Problems« endete die Signifikanz meiner Funktion in der Verbindung RAF und MfS. Ich habe keine »zentrale Rolle« in der weiteren Entwicklung dieser Beziehung gespielt.

Da ich allerdings die wesentlichen Gespräche um die Aufnahme der Leute geführt habe, will ich hier nochmal wiederholen, was ich im Gerichtssaal bereits gesagt habe: Es hat keinen »Deal« gegeben. Die Leute wurden bedingungslos aufgenommen. Der immer wieder aufs Tapet gebrachte angebliche »Deal« zwischen RAF und MfS ist eine Medien-Projektion.

Vielleicht muß ich nochmal an die antifaschistische Tradition der DDR erinnern und daran, daß sie seit ihrem Bestehen ein Asylland für verfolgte Kommunisten aus vielen Staaten der Welt war: Griechenland, Chile, Irak, Iran, Süd-Afrika. Sicher, daran heute zu erinnern, ist nicht besonders populär, wahr bleibt es dennoch.

Das MfS war zunächst weniger daran interessiert, die Kontakte zu aktiven RAF-Mitgliedern auszuweiten und zu vertiefen. Sie sollten aus Sicherheitsgründen auf meine Person beschränkt bleiben. Ich hatte den Eindruck, daß sie die Brisanz ihrer Entscheidung zur Aufnahme der acht Leute erstmal verdauen und eine weitere Entwicklung konzeptionell durchdenken wollten.

Da ich zu dem Zeitpunkt schon Probleme in der Gruppe hatte, war mir klar, daß eine Begrenzung auf mich als alleinige Kontaktperson nicht möglich und für mich auch nicht wünschenswert war. Ich kündigte deshalb zwei weitere RAF-Mitglieder für den nächsten Besuch an, was zunächst nur widerstrebend vom MfS akzeptiert wurde.

Die Dynamisierung der Beziehungen ging nach meiner Erinnerung in den Anfängen eher von der RAF aus. Die Überraschung über die umstands- und bedingungslose Aufnahme der ausgestiegenen Mitglieder weckte das politische und materielle Interesse der RAF. Sie begann, eine Zusammenarbeit anzustreben, von der sie hoffte, daß sie einerseits nicht ihre Unabhängigkeit einengen würde, und die ihr andererseits eine qualitativ hohe Unterstützung sichern sollte. Das MfS war demgegenüber an einem Höchstmaß an Informationen und politischem Einfluß auf die RAF interessiert. Dabei war die Haltung der MfS-Mitarbeiter zur RAF gespalten. Einerseits fanden sie die terroristische Praxis falsch und schädlich, andererseits respektierten sie die revolutionäre Moral der RAF und ihre antiimperialistische Überzeugung. Die politische Lage 80/81: Raketenbeschlüsse, atomare Aufrüstung, die Erstschlagsstrategie des Westens, wurden als gemeinsame existenzielle Bedrohung empfunden, und das war trotz der Ablehnung der terroristischen Praxis seitens des MfS die Basis für eine Zusammenarbeit gegen den gemeinsamen Feind, die Nato-Militärmacht. Dennoch war immer deutlich, daß das Verständnis von revolutionärer Praxis auf beiden Seiten stark differierte, was die Beziehungen alsbald politisch impotent machte und die Zusammenarbeit dann auch zum Erliegen brachte.

Die Behauptung, daß das MfS schließlich die RAF verraten habe, halte ich für baren Unsinn. Jede Verhaftung von RAF-Mitgliedern löste im MfS Verunsicherung aus, weil die Sorge herrschte, daß einer der Verhafteten im Gefängnis aussagen könnte, und das würde unweigerlich zu einem politischen Eklat für die DDR werden. Zum anderen wäre zu erwarten gewesen, daß Neiber und andere, wenn sie tatsächlich die RAF verraten hätten, diesen Sachverhalt in ihrem eigenen Ermittlungsverfahren, als sie in Haft waren, mitgeteilt hätten, um ihre antiterroristische Gesinnung zu demonstrieren. Daß das nicht geschehen ist, spricht gegen die Spekulation von Müller und Kanonenberg.

Zu der »schönen Frau« bei Müller und Kanonenberg kann ich nur eines sagen: Es ist natürlich leicht, eine Kunstfigur (»schöne Frau«) zu erfinden und ihr alle möglichen Geschichten anzudichten, weil man hofft, daß sich ohne Nennung des bürgerlichen Namens auch keiner gegen die Behauptungen wehren kann. Nachdem jedoch der »Spiegel« die ‘Identität’ der »schönen Frau« mit Monika Haas ‘gelüftet` hat, konnte sie selbst zu Wort kommen und dagegen einschreiten.

Die diffamierenden Spekulationen über mich als trojanisches Pferd etc. mögen ja sehr marktgerecht und verkaufsfördernd sein für Müller und Kanonenberg, mit meiner tatsächlichen Geschichte haben sie allerdings rein gar nichts zu tun.

Inge Viett, lebt zur Zeit in der JVA Koblenz

Anmerkungen:

Dieses Buch: Michael Müller/Andreas Kanonenberg: Die RAF-Stasi-Connection, Rowohlt-Berlin, 1992.

Befreiungsaktion in Berlin-Moabit: Am 27. Mai 1978 wird Till Meyer, Mitglied der Bewegung 2. Juni, aus der Haftanstalt Berlin-Moabit befreit.

Festnahmen in Bulgarien: Am 21. Juni werden Till Meyer, Gudrun Stürmer, Angelika Goder und Gabriele Rollnick von einem Zivilfahndungskommando des BKA in Bulgarien verhaftet.

Verhaftungen in der Rue Flatters: Am 5. Mai 1980 werden Sieglinde Hofmann, Ingrid Barabaß, Karin Kamp-Münnichow, Karola Magg und Regina Nicolai, Mitglieder der Bewegung 2. Juni bzw. der RAF, in Paris verhaftet.

Konkret 03/92, S. 30

Oliver Tolmein

Buch des Monats: Vernichtung von Feinden

Terroristen und Richter, Bd. 1: Heinrich Hannover, Terroristenprozesse - Erfahrungen und Erkenntnisse eines Strafverteidigers, 260 Seiten, 39,80 Mark; Bd. 2: Rolf Gössner, Das Anti-Terror-System - Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat, 418 Seiten, 49,80 Mark; Bd. 3: Margot Overath, Drachenzähne - Gespräche, Dokumente und Recherchen aus der Wirklichkeit der Hochsicherheitsjustiz, 288 Seiten, 39,80 Mark. VSA-Verlag, Hamburg 1991

Für das öffentliche Gerede sind die Rote Armee Fraktion, ihre Geschichte, ihre tatsächlichen und vermeintlichen Taten, immer wieder gut - die Auseinandersetzung um das Buch über die »Stasi-RAF«-Connection liefert dafür das passende blöde Beispiel. Wie wenig ernsthaft das Interesse des allgemeinen Räsonnements ist, wie, im staatlicherseits vorgegebenen Rahmen, beliebig austauschbar Tendenz und Orientierung der veröffentlichten Meinung, wurde Anfang des Jahres deutlich, als innerhalb nur weniger Wochen das Gebrabbel über die Zivilität der Bundesrepublik wegen der möglicherweise bevorstehenden Haftentlassung einiger Gefangener aus der RAF übergangslos zum erst freudig erregten Palaver, dann plötzlich bitter empörten Gezeter sich wandelte: Fahndungserfolg, Kronzeuge, Fahndungspannen und dann auch noch ein RAF-Dementi.

Um die politische Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Kampf in der BRD - dessen Ursachen, dessen Folgen, dessen Zielen und Praxis heute - ist es weitaus schlechter bestellt. Auf die Anschläge erfolgen allseits routinierte Reaktionen, auf die Kritik an der Praxis der RAF folgt nichts, die Prozesse laufen weiter wie geschmiert, die Initiativen zur Verbesserung der Haftsituation der Gefangenen aus der RAF, vor allem die Vorstöße zur Haftenentlassung der haftunfähigen Gefangenen, laufen ins Leere - und etliche derjenigen, die sich noch beim Hungerstreik 1989 für die Gefangenen, ihre Zusammenlegung oder Entlassung eingesetzt haben, schweigen mittlerweile, haben resigniert, privatisieren. Warum also der Rechtsanwalt Heinrich Hannover, die Journalistin Margot Overath und der Publizist Rolf Gössner ihrer dreibändigen Untersuchung mit dem nicht besonders geglückten Gesamttitel »Terroristen und Richter« eine hoffungsvolle Vorbemerkung - »dieser historische Einschnitt (Wiedervereinigung, O.T.) könnte die Chance bieten, auch in der Bundesrepublik eine kritische Rückbesinnung in die Wege zu leiten und dabei auch den Staatsschutz und die politische Justiz in ihrem Anti-Terror-Kampf nicht zu verschonen« - voranschicken, bleibt rätselhaft.

In dem Band »Terroristenprozesse« resümiert Heinrich Hannover seine Erfahrungen als Strafverteidiger von Mitgliedern der RAF und kontrastiert sie mit Beobachtungen, die er in Prozessen gegen Rechtsterroristen wie Manfred Roeder und als Vertreter der Nebenklage gegen den ehemaligen SS-Stabsscharführer Wolfgang Otto, dem der Mord am KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann zur Last gelegt wurde, machen mußte. »Im politischen Prozeß geht es nicht um Wahrheitsfindung, sondern um Vernichtung von Feinden und die Rehabilitierung von Freunden«, ist seine These, die die Praxis der Rechtssprechung in drei Deutschen Reichen und einer Bundesrepublik charakterisiert, und es fällt ihm nicht schwer, sie zu belegen. Kritisch und materialreich analysiert er die Problematik der Kronzeugenregelung. Er zeigt, wie Strafverteidiger mit einer »Medienkampagne..., der Goebbelssches Format bescheinigt werden muß«, Anfang der 70er Jahre selbst als angebliche Organisatoren des vermeintlichen Zusammenwirkens von Inhaftierten und noch aktiven RAF-Mitgliedern ins Fadenkreuz der politischen Justiz gerückt wurden. Und er weist überzeugend nach, daß die »gerichtsbekannte Kollektivität der RAF«, Voraussetzung für die meisten Urteilssprüche, Ergebnis eines manipulierten Verhörs der damals nach einem Schußwechsel verletzt im Krankenhaus liegenden Angelika Speitel ist.

»Solange in diesem Land der Geist herrscht, in dem Feindprozesse gegen Kommunisten und ‘Terroristen` des linken Spektrums betrieben worden sind, während sich makrokriminelle Staatsfreunde und Kollaborateure ... ihre Freisprüche und Pro-forma-Urteile abholen können, wird die politische Strafjustiz keinen ernstzunehmenden Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten, aus denen Kriminalität entsteht...« - Warum tun Autoren, die die Traditionslinien politischer Justiz in Deutschland überzeugend durch die Jahrzehnte und die politischen Systeme hindurch sichtbar machen, so, als gebe es einen anderen, einen eigentlichen Sinn der politischen Strafjustiz - einen, der ganz abstrakt auf die »Lösung gesellschaftlicher Probleme, aus denen Kriminalität entsteht«, zielen könnte? Da ist der Heinrich Hannover, der in der Einleitung eine Untersuchung Fritz Bauers zitiert, klüger: »Verbrechen ist... ein Verhalten, das von einer Gruppe, welche die erforderliche Macht besitzt, ihre Anschauungen durchzusetzen, für besonders sozialschädlich gehalten wird.«

Wie Hannover die Justiz gern hätte, wird in seinen detaillierten Ausführungen über den Prozeß gegen Peter-Jürgen Boock, an dem er als Verteidiger beteiligt war, deutlich: Die Richter und der Generalbundesanwalt hätten sich mit Boocks Abkehr von der Politik der RAF begnügen und nicht auf seiner offenen Kollaboration als Kronzeuge bestehen sollen - diese kluge »Durchbrechung des Feindprozesses«, die, Hannover zufolge, auch den Wünschen des damaligen Innenministers Baum entsprochen hätte, hätte eine juristische Befriedung zur Folge haben können: »Das Fehlurteil gegen Boock dürfte dazu beigetragen haben, daß seither keiner mehr aus der Gruppe zurückgekehrt ist... Es ist daher auch eine Forderung der politischen Vernunft, eine breitere Öffentlichkeit dafür zu interessieren, unter welchen Bedingungen in Stammheim Recht gesprochen worden ist.«

Über politische Vernunft kann man sich streiten - unter der Gürtellinie politischer Moral allerdings agiert Hannover, ganz entgegen seinem sonstigen Stil, in dem Kapitel »Keine Gnade für Terroristen?« (ob es nun »Terroristen« oder Terroristen sind, hätte einmal entschieden werden sollen): Die Schuld an der Nicht-Entlassung Boocks verteilt Hannover gleichermaßen auf die »RAF« und ihren »Bundesgenossen Rebmann«. Eine sehr eigenwillige und durch keinerlei Fakten gestützte Interpretation eines Textes von Gefangenen aus der RAF über Peter-Jürgen Boocks Rolle innerhalb der Gruppe (siehe KONKRET 10/1988) als Drohung, ihn zu belasten, falls er begnadigt werden sollte, führt diese Diffamierung weiter und zeigt den Strafverteidiger in einer wenig gelungenen Rolle als Ankläger der Gefangenen, die nicht abgeschworen haben und sich gegen Boock, der, ob willentlich oder nicht, in der staatlichen Agitation gegen sie zweifelsohne eine herausragende Rolle gespielt hat, mit den geringen Mitteln, die sie haben, wehren.

Rolf Gössner leistet sich in seiner Untersuchung »Das Anti-Terror-System - Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat« solche Tiefschläge nicht. Sie ist im Gegensatz zu den streckenweise persönlich und biographisch gefärbten Texten von Hannover und Overath in einem nüchternen Jargon geschrieben, trägt allerhand Fakten zusammen und ist bisweilen recht mühselig zu lesen. Wer andere Texte und Bücher von Gössner kennt, wird schnell ermüden, weil dieser offensichtlich gern mit Textbausteinen arbeitet: Weite Strecken des Buches sind nur eine Variation der entsprechenden Kapitel in »Widerstand gegen die Staatsgewalt« (Konkret Literatur Verlag), vieles andere, z.B. statistische Vergleiche von Verfahren gegen Linksradikale und Rechtsextremisten, hat er bereits in Zeitschriften veröffentlicht. Auch in seiner Analyse tritt Gössner, der den 129a vor allem für einen Paragraphen hält, der die Ausforschung der linken Szene erleichtert, auf der Stelle.

Das Dilemma seiner Arbeit wird an der Wahl seines zentralen Begriffes deutlich: Was denn ein »präventiver Sicherheitsstaat« ist - darüber erfahren wir nichts. Der Begriff, von Gössner nicht definiert, geistert seit Anfang der 80er Jahre durch die Polizei-Staats-Debatte. Er sollte, etwa in der KB-Zeitung »Arbeiterkampf«, den Begriff der »Faschisierung« ersetzen und darauf hinweisen, daß die Bundesrepublik sich über die Jahre zu einem ganz »normalen« westlichen Staat entwickelt habe - ein Befund, der mit guten Gründen bezweifelt werden kann und konnte. Die Karriere ahistorischer, alles und nichts meinender Begriffe verläuft oft steil, und so ist dem »präventiven Sicherheitsstaat« ein ähnlicher Erfolg beschieden wie der von Ulrich Beck erfundenen »Risikogesellschaft« - und tatsächlich bezieht sich Gössner zustimmend auf Becks Arbeit, wenn er schreibt: »Diese Produktion von existentieller Unsicherheit, die in der Bevölkerung Ängste und Verunsicherung verbreitete, versuchte man durch immer aufwendigere Sicherheitsmaßnahmen zu kompensieren - die jedoch in erster Linie dazu benutzt wurden, die wachsende außerparlamentarische Opposition gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen zu kriminalisieren und in Schach zu halten. Die Risikogesellschaft, die immer verletzlicher werdende hochtechnisierte Industriegesellschaft, so stellte sich sehr bald heraus, bedingt den präventiven Sicherheitsstaat, ohne daß dieser auch nur ansatzweise wirkliche Sicherheit schaffen kann.«

Die Kritik an Becks einebnendem, soziale und politische Interessengegensätze verkleisternden Begriff der »Risikogesellschaft« trifft letztlich auch Gössners Begriff des »präventiven Sicherheitsstaates«, in dem Anti-AKW-Gegenerinnen und -Gegner, Revolutionäre Zellen, RAF, Bürgerinitiativen zur Verkehrsberuhigung oder Volkszählungsboykott-Gruppen unterschiedslos als Opfer der Staatsgewalt gezeichnet werden. Nicht eine gleichförmige Repression gegen alle aber macht die bedrohliche Wirksamkeit der modernen Konzepte zur Kriminalitätsbekämpfung aus - sie zielen nicht präventiv auf die Niederhaltung der gesamten, als potentiell staatsfeindlich angesehenen Bevölkerung. Sie zielen im Gegenteil darauf, möglichst effizient aus der Masse der staatsloyalen und prinzipiell kollaborationsbereiten Bürger die wenigen »kriminellen Elemente« zu selektieren.

Ihre bedrohliche Effizienz wird verstärkt (nicht begründet) durch eine präzise Auswahl der Mittel, die Möglichkeit der Wahl zwischen »low intensity«-Maßnahmen und härtesten Methoden, wie der Isolationsfolter oder gar der Tötung von politischen Gefangenen, die seit dem Deutschen Herbst, wenn sie dort nicht schon Praxis war, zumindest vorstellbar ist. Die von Gössner skizzierten Szenarien, in denen »massenorientierte Vorfelderfassung«, »Risikoprofile«, »Massenkontrollen« und »Schleppnetzfahndung« das Wesentliche der modernen Repressionspolitik zu sein scheinen, erweisen sich heute als obsolet: Es bedarf leider keiner »präventiven Sicherheitskonzepte«, um die Bewohnerinnen und Bewohner der »Risikogesellschaft« in Schach zu halten - der Staat, zumal der deutsche, kann sich auf die Loyalität seiner Bürgerinnen und Bürger verlassen, und seine Repräsentanten wissen das.

An diesem Punkt wird die Schwäche einer Untersuchung des »Anti-Terror-Systems« deutlich, die meint, ihren Gegenstand von den allgemeinen politischen Verhältnissen und Entwicklungen weitgehend isolieren zu können: Zu untersuchen wäre dabei gerade das Aufeinanderwirken von Öffentlichkeit, Opposition und Herrschaft - wer kollaboriert mit wem, bis zu welchem Punkt sind Bündnisse möglich, wo sind sie gescheitert und warum? Warum und inwiefern verlief die Solidaritätsarbeit während des Prozesses gegen Ingrid Strobl ganz anders als z.B.im Startbahn-Verfahren, das über weite Strecken parallel stattfand? Und welchen Effekt hatte das auf den Ablauf der Prozesse und die Urteile? Was ist von der Kritik der Revolutionären Zellen (siehe in diesem Heft S. 32 ff.) zu halten, daß Repression nicht durch Anti-Repressionsarbeit, sondern durch Verankerung des Widerstands zu bekämpfen sei? Abschließende Antworten waren sicher

auch von Rolf Gössner nicht zu erwarten - wenigstens auf ein paar Überlegungen dazu, auf ein paar Hinweise und fallbezogene Analysen hatte man aber denn doch schon hoffen dürfen.

In dem Band »Drachenzähne« setzt sich Margot Overath mit sieben politischen Prozessen auseinander, darunter die gegen das Sozialistische Patientenkollektiv, Klaus Jünschke und Peter-Jürgen Boock. Sie hat, behindert durch Gesprächsverbote der Justizministerien, aber auch durch (verständliche) politische Vorbehalte der Inhaftierten, versucht, mit Gefangenen in Kontakt zu treten, um mit ihnen gemeinsam die Prozesse aufzuarbeiten. Das Ergebnis liest sich spannend und ist informativ - daß die Kriterien, nach denen die Autorin die Verfahren auswählte, unklar bleiben, schmälert allerdings den Gebrauchswert des Buches. Das nach dem Deutschen Herbst eingeleitete Verfahren gegen die einzige Überlebende der Stammheimer Todesnacht, Irmgard Möller, die seit mehr als zwanzig Jahren hinter Gittern sitzt, hätte unbedingt aufgenommen werden müssen (merkwürdigerweise zeigen sich alle drei Autoren am herausragenden Ereignis des deutschen »Anti-Terror-Kampfes«, an der Stammheimer Todesnacht, ihren Umständen und ihrer Bedeutung auffallend desinteressiert). Auch daß weder eines der Verfahren gegen RZ-Mitglieder noch einer der zahlreichen 129a-Prozesse gegen Leute aus dem »Widerstand« gründlich untersucht wurde, ist ein Manko. Dafür wäre das Interview mit den Braunmühl-Geschwistern angesichts des Themas, das ja nicht lautet: Wie wäre die RAF am besten zum Aufgeben zu bringen?, entbehrlich gewesen. Wo der Interviewerin in diesem Fall wenig mehr einfällt als Fragen wie »Sind Sie eine besondere Familie?«, »Gab es ein auslösendes Moment für die Entscheidung, den offenen Brief zu schreiben?« oder »Ihr Brief hat ein Tabu verletzt... Haben Sie das bedacht?« kann man meist auch auf die Antworten verzichten.

Trotz aller dieser Einwände lohnen die drei Bände »Terroristen und Richter« die Lektüre - mehr jedenfalls als viele andere Bücher zum Thema. Hannovers Bericht ist gut geschrieben und eignet sich als Einführung in die komplexe Materie, Rolf Gössners Band ist ein zuverlässiges, mit Zahlen und Zitaten vollgestopftes Nachschlagewerk, das die verstreut über die Jahre erschienenen Einzelveröffentlichungen des Autors versammelt, und Margot Overath ist eine Aufbereitung von Verfahren gelungen, die in dieser Ausführlichkeit und Präzision sonst nirgendwo beschrieben sind. Ein Standardwerk, vergleichbar der Arbeit »Stammheim« von Piet Bakker Schut, ist »Terroristen und Richter« allerdings nicht geworden - und wer sich für die Vielschichtigkeit der aktuellen linken Auseinandersetzung um den Paragraphen 129a interessiert, ist mit einer anderen Veröffentlichung (Aufruhr - Widerstand gegen Repression und 129a, Edition ID-Archiv, Berlin) besser bedient.

Oliver Tolmein porträtierte in KONKRET 2/92 den CDU-Politiker Wolfgang Schäuble

Konkret 03/92, S. 32

Revolutionäre Zellen

»Das Ende unserer Politik«

»Wir haben ... unsere bisherige Form des militanten Widerstands ... aufgegeben« - erklären Mitglieder einer Gruppe der »Revolutionären Zellen« (RZ) in einem Schreiben, das KONKRET Anfang Februar zuging. Die Begründung ihrer »Selbstauflösung«, die sichdeutlich von den selbstkritischen Überlegungen der RZ-Erklärung zur Ermordung des Gruppenmitglieds Gerd Albartus (s. KONKRET 2/92) unterscheidet, richtet sich gegen die »Fortschreibung des RZ-Mythos« und stellt die Defizite der RZ-Politik in den Kontext der Selbstabdankung der deutschen Linken

»Wir sollten akzeptieren, daß diejenigen, die ihr Terroristen nennt, von sich aus und ohne daß man sie darüber aufklärt, erkennen, daß ihr physisches Dasein und ihre Ideen nur kurze Blitze sein werden in einer Welt undurchdringlicher Prachtentfaltung. Fulminant - Saint-Just wußte um seine Fulminanz, die Black Panther wußten um ihre Brillanz und um ihr Verlöschen, Baader und seine Gefährten sagten den Tod des Schahs von Persien voraus; auch die Fedajin sind Leuchtspurgeschosse, die wissen, daß ihre Flugbahn augenblicklich erlöschen wird.«
Jean Genet, Ein verliebter Gefangener

Unsere Möglichkeiten, genau das auszudrücken, sind schlichter. Hätten wir beizeiten das Gefühl für Leuchtspurgeschosse gehabt, wäre vielleicht der Vorgang der Selbstauflösung unserer Gruppe entschiedener verlaufen.

Wir haben nach unserer Aktion gegen die Düsseldorfer Staatskanzlei und das Sozialministerium im Januar 1991, die erfolglos blieb und von einer Reihe eigener, gravierender Fehler begleitet war, unsere bisherige Form des militanten Widerstands in der Region aufgegeben. Die Januar-Aktion richtete sich, wie unsere meisten Aktionen davor, gegen die staatliche Flüchtlingspolitik und vor allem gegen die unerhörte Behandlung der Roma durch die NRW-Landesregierung.

I

Wir ziehen heute die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß die Form und Struktur unseres Kampfes Ausdruck einer bestimmten Phase der Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche in der BRD nach 1968 war, die unwiderruflich mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und den darauffolgenden Zersetzungsprozessen, der deutschen Wiedervereinigung und der im zweiten Golfkrieg skizzierten »Neuen Weltordnung« ihr Gepräge verändert haben. Mit dem neuen Projekt Großdeutschland sind die sozialen Widersprüche - die hier ständig reproduzierten und die nach außen, in die europäische Peripherie und in die Ausbeutungs- und Hungerzonen der Trikont-Länder verlagerten - bestimmt nicht weniger scharf geworden. Die objektive Analyse dessen, was seit 1989/90 historisch gelaufen ist, der endgültige Sprung Deutschlands zur Weltmacht, die Ausrichtung eines deutschen Europa auch nach Osten hin und die Neue Weltordnung für die 90er Jahre mit ihrer sozialen und militärisch-strategischen Seite, erforderte im Grunde eine ganz andere Stufe der Organisierung des militanten und revolutionären Widerstands. Aber wir können das nur noch als leeren Anspruch formulieren. In Wahrheit sind wir von der Geschichte überrollt worden.

Die Bedingungen linksradikaler Politik in der BRD haben sich innerhalb kürzester Zeit vollkommen verändert. Der Wandlungs- und Auflösungsprozeß der Linken insgesamt wie der politischen Szene, aus der heraus und in Bezug auf die wir in erster Linie operiert haben, ist vielleicht nur ein nebensächliches Produkt dieser Veränderung. Aber unsere Politik war prinzipiell auf diese öffentliche Ebene angewiesen, und wir können nicht stellvertretend für eine historische Tendenz in der BRD seit Anfang der 70er Jahre weitermachen, wenn alles wegbricht. Unsere eigenen Aktionen der letzten Jahre sind im luftleeren Raum verlaufen, waren nicht mehr Bestandteil einer breiteren sozialen Praxis. Unser Koordinatensystem: bewaffnete Opposition - Vermittlung - Verankerung - Vermassung stimmt nicht mehr, der Bezugsrahmen hat sich verschoben, Verhältnisse haben sich aufgelöst. Der Kampf gegen die »Kolonisierung der Köpfe«, den wir auf unsere Fahnen geschrieben haben, wird sich in anderen Formen abspielen müssen, wenn wir den Schluß aus dieser Verschiebung ziehen. Denn wir sind weder bereit, unsere Politik ohne jeden Anspruch auf eine Wechselbeziehung zwischen legalen und illegalen Kampfmethoden fortzuführen, was ja auch heißt: ohne Kontrolle, noch wollen wir für unsere Vorgehensweise eine Gültigkeit unabhängig von jeder konkreten historischen Situation behaupten, nur weil uns außer der einmal getroffenen Entscheidung für diese Politik nichts besseres einfällt. Wenn wir politische Subjekte bleiben wollen, sind wir gezwungen, uns etwas anderes auszudenken.

Das Ende unserer Politik vollzieht sich im Zusammenhang einer Neugestaltung nationaler und internationaler Kontexte und einer Radikalisierung des Imperialismus, deren Ergebnisse wir nicht kennen. Sicher ist nur, daß die weltweiten Migrationen der wichtigste Indikator dieser Entwicklung sind und daß sie die Metropolenländer mehr als bisher unmittelbar berühren und beeinflussen werden. Was in den Metropolen künftig an Revolten oder Anpassungsprozessen entstehen wird und wo die Bruchlinien liegen werden, ist noch weitestgehend unausgemacht. Die Kämpfe und Aneignungsformen im proletarischen Spektrum, in den Subschichten der jugendlichen ImmigrantInnen, der sozial

entrechteten Frauen, der Opfer der Deregulation im Osten, erscheinen uns bisher undurchschaubar, weil wir mit Bildern konfrontiert werden, in denen wir das Wesen der Emanzipation der Klasse nicht erkennen, und weil unser analytisches Instrumentarium nicht ausreicht, um hinter den Erscheinungsformen die Bedeutung der Kämpfe zu entziffern. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als sich dem historischen Prozeß zu stellen, ohne auf die hierarchisch-patriarchalischen, antikkommunistischen Politikmuster und Organisationsmodelle zurückzugreifen und ohne vorschnell neue Ideologien zu produzieren, die der völlig offenen Situation schon wieder ein Korsett anpassen und vorhandene Widersprüche zugunsten einer monokausalen Weltsicht glätten würden.

II

Beginnen wir damit, nachdem unser Versuch, zur Entwicklung einer revolutionären Situation in der BRD beizutragen, obsolet geworden ist, nach einigen Ursachen zu fragen, die das Ende unseres Bemühens markieren. Vielleicht erhalten wir auf diese Weise, wenn wir die Phasen und Wendepunkte in unserer Politik rückwärts betrachten, einen Schlüssel für eine neuerliche Partizipation an gesellschaftlichen Konflikten.

In den 80er Jahren haben wir in der Region eine militante Politik zu vertreten und zu entfalten versucht, die immer auf dem Prinzip der Verankerung und Vermassung aufgebaut war - Verankerung in einem aktiven linksradikalen Umfeld und womöglich in sozialen Konflikten, die über diese linksradikale Szene hinausgingen. Die mit unseren Aktionen und Erklärungen verbundenen thematischen Vorschläge: eine konsequent antirassistische und internationalistische Orientierung zur Unterstützung des schwarzen Befreiungskampfs in Südafrika, dann verstärkt unsere Kampagne gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik und ihre staatlich-administrativen Durchsetzungsorgane - diese Vorschläge sollten politisch orientierend wirken, ohne uns in eine avantgardistische Position gegenüber dem legalen Teil des Widerstands zu bringen.

Spätestens am Ende der Flüchtlingskampagne, nach dem 18.12.1987, und bei der Wiederaufnahme unserer Angriffe zur Unterstützung der Roma ab 1989 wurden wir uns unserer Isolierung bewußt. Die fehlende Verankerung in unserem politischen Umfeld ließ sich nicht länger mit vereinzelten Zustimmungsritualen aus der Szene kaschieren. Der 18.12.1987 - zur Erinnerung: der Schlag des BKA gegen Zusammenhänge, in denen die auch von der Roten Zora und uns aufgegriffenen »anschlagsrelevanten Themen« wie Gentechnologie und Flüchtlingspolitik bearbeitet wurden - hat uns gezeigt, wie weit dieser »Beziehungsverlust« fortgeschritten und wie dünn unsere Decke damals bereits war. Obwohl dem Staat der Angriff reichlich mißlang in Bezug auf konkrete, unmittelbare Erfolge, tat die Androhung der Kriminalisierung »anschlagsrelevanter« Themen doch ihre Wirkung. Die öffentliche Linke war nicht dazu bereit (und wir hatten zu diesem Zeitpunkt ebenfalls darauf verzichtet), die inkriminierten Themen offensiv weiterzuführen und damit unseren Anteil an den Kampagnen gegen Gentechnologie und Flüchtlingspolitik zu verteidigen. Stattdessen bezog sich die zeitweilig breite Unterstützung fast ausschließlich auf die Repressionsopfer, nicht auf unsere Politik. Die Orientierung auch der linksradikalen Szene weg von der thematischen Arbeit auf den unmittelbaren Repressionsaspekt trug zum weitgehenden Zusammenbruch der bestehenden legalen politischen Strukturen bei, auf die wir angewiesen waren. Bei uns selbst wurde die Beschäftigung mit dem 18.12. ebenfalls zum Politikersatz, und dies führte schließlich zu einer fast vollständigen inneren Paralyse der gesamten RZ. Um es noch einmal klar zu sagen: Wir sind uns heute sicher, daß nicht die Repressionswelle des 18.12. unserer Politik das Genick gebrochen hat, sondern daß das BKA zu einem Zeitpunkt eingegriffen hat, in dem die Vermittlung unserer illegalen Aktionen jedenfalls im Bereich der Flüchtlingspolitik in eine breitere linke bis linksradikale Öffentlichkeit zunehmend zum Problem wurde.

Die letzten drei Jahre, als wir versuchten, thematisch an die Flüchtlingskampagne anzuknüpfen und in die Auseinandersetzung zwischen den NRW-Behörden und den von rassistischer Sonderbehandlung und Abschiebung bedrohten Roma einzugreifen, wurden wir nur noch von der Frustration heimgesucht, daß unsere Aktionen von den öffentlichen Solidaritätsgruppen entweder nicht zur Kenntnis genommen oder in der politischen Auseinandersetzung mit der Landesregierung nicht verwertet wurden. So blieb u.a. unsere auf krimineller Beschaffung beruhende Publikation der »Zigeunerakten« der Kölner Anlauf- und Beratungsstelle nahezu ohne Resonanz, obwohl sie genau zu dem Zeitpunkt erfolgte, an dem der Konflikt zwischen den Roma bzw. ihren UnterstützerInnen und der Rau-Heinemann-Schnoor-Administration eskalierte.

Es war das eingetreten, was wir unbedingt vermeiden wollten: Wir waren allein, ohne Austauschmöglichkeiten, so daß sich die Motivation für die bewaffnete Intervention nur noch aus dem reinsten Subjektivismus zu speisen begann. Ein Zustand, den wir als Tod von Politik begreifen und als Einfallstor für Beliebigkeit und Terrorismus.

Die Schwäche unseres Engagements im Roma-Konflikt wurde vollends offensichtlich, als es uns nicht gelang, andere Gruppen aus unserem Zusammenhang auf eine gemeinsame Stoßrichtung zu verpflichten. Mit dem Vorschlag, angesichts der nationalistischen Neuformierung Deutschlands der im Bündnis zwischen Staat und Mob organisierten Hetze gegen »Ausländer« und der sozialtechnischen Inszenierung von »Flüchtlings-« und »Zigeunerproblemen« im Jahr 1990 alle Kräfte der RZ auf die Ingangsetzung einer breiten, antirassistischen und internationalistischen Kampagne zu lenken, sind

wir nicht durchgekommen. Teile des Zusammenhangs der RZ waren und sind der Ansicht, mit einer neuen, antipatriarchalen Orientierung das politische Defizit füllen und die RZ über eine Durststrecke bringen zu können, ohne sie grundsätzlich in Frage stellen zu müssen. Unsere Gruppe konnte und wollte umgekehrt die Ausrichtung der gesamten Politik auf das Thema »Antipatriarchalismus« nicht hinnehmen. Obwohl wir uns über die absolute Notwendigkeit dieser Diskussion im klaren sind, erschien uns der Stand der Auseinandersetzung nicht ausreichend, die Theorielücken waren zu groß, die denkbaren Beziehungen zwischen legalen und illegalen Kampfformen zu unausgegoren, als daß wir daraus eine bewaffnete Politik hätten ableiten können. (Das einzige Papier, das in diesem Zusammenhang veröffentlicht wurde - »Was ist das Patriarchat?« - fiel internen Spannungen zum Opfer und reichte nicht als Ausgangspunkt für eine weiterführende Klärung in unseren Reihen.) Historisch gesehen, hätten wir vielleicht einen emanzipatorischen Beitrag zur Patriarchatsdiskussion leisten können, wenn es uns gelungen wäre, mit den Frauen der Roten Zora eine gemeinsame Politik zu entwickeln, anstatt ihnen durch unsere Ansichten und unser Verhalten die Trennung von uns nahe zu legen. Aber das ist eine andere Geschichte.

Kurzum: In der bisherigen Entwicklung der RZ-internen Patriarchats-Diskussion, an deren männlichem Elend wir mitverantwortlich sind, erkennen wir keinen politikfähigen Ansatz. Wenn dann noch der »Mann als Täter« in den Vordergrund rückt, Kontemplation Politik ersetzt und im »Verzicht auf männliche Definitionsmacht« politische Enthaltsamkeit geübt wird, begreifen wir die ganze Richtung eher als Selbstentmündigung und Entpolitisierung, denn als Beitrag zur Neubestimmung sozialrevolutionärer Politik. Jedenfalls hilft der Antipatriarchalismus nicht über das dringlichste Problem, über die fehlende Bedingung hinweg, daß der militante Widerstand und der bewaffnete Kampf, so wie wir ihn zu entwickeln versucht haben, eine Angelegen-heit von immer weniger Leuten geworden ist und keine soziale Basis mehr zu haben scheint.

Den politischen Rest bekamen wir, als die Linke in der BRD/DDR sich außerstande sah, auf den Wiedervereinigungsprozeß und seine Folgen zu reagieren. Mit diesem Nichtverhalten, mit dem Verzicht auf die Formulierung von Alternativen und der totalen Unfähigkeit, dem aufkeimenden Nationalismus auch nur theoretisch eine internationalistische Perspektive entgegenzusetzen, trat die Linke als innenpolitischer Faktor ab. Aber auch die RZ haben sich durch anhaltende Passivität endgültig aus dem historischen Prozeß hinauskatapultiert. Zu den entscheidenden Ereignissen, die, wie es scheint, die 90er Jahre prägen werden, zur deutschen Hegemonie in Europa, zum Golfkrieg (einschließlich der damit in diesem Land verbundenen politischen Debatte und der Veränderung der Koordinaten der Linken) und zum Zerfall des Realsozialismus konnten wir keine klärende Position finden. Auch die von uns benutzten antiimperialistischen odersozialrevolutionären Erklärungsmuster haben gegenüber dem historischen Wandel versagt.

Wir sind in den Strudel der Auflösung linker Utopien und kommunistischer Systeme geraten, obwohl wir aus unserer politischen Geschichte heraus meilenweit von dem entfernt waren, was jetzt als Realsozialismus zurecht Bankrott gegangen ist. Daß die bolschewistisch verstaatlichte Form des Kommunismus eben nichts als eine Herrschaftsform war, haben wir immer gesagt, und unsere eigene Praxis zielte perspektivisch nie auf irgendeine Machtfrage, sondern auf die Entwicklung und Verbreiterung sozialer Selbstbestimmungsrechte von unten her. Trotzdem fällt uns dieser Bankrott auf die Füße, wir können nicht so tun, als gingen uns die Perversionen des zur Macht gekommenen Kommunismus nichts an. Eine Perspektive auf soziale Befreiung, zumal eine revolutionäre Perspektive in den europäischen Metropolenländern, wird künftig verdammt schwer zu begründen sein. Dafür reicht der abstrakte Bezug auf den auch nach dem globalen Sieg des Imperialismus fortexistierenden Widerspruch der millionenfachen Verarmung und Verelendung nicht aus. Erst wenn sich erwiesen hat, daß die albanischen Flüchtlinge in Italien 1991 nur die Vorboten einer Unterminierung der Festung Europa gewesen sind, werden auch hier die Verhältnisse wieder zu tanzen beginnen. Im Moment sehen wir jedenfalls nicht, wie die Fortsetzung von bewaffneten Aktionen ein Ersatz für eine fehlende politische Perspektive der Verbreiterung und Vermassung revolutionärer Politik in der BRD sein kann. Die Form und das Mittel des bewaffneten Kampfs, das wissen wir selbst ziemlich genau, wird leicht zum Selbstzweck, zum Ersatz für politische Strategien.

III

Heute vermuten wir, daß bereits mit der Entscheidung für die Flüchtlingskampagne Mitte der 80er Jahre und mit dem Versuch einer Annäherung an die sogenannte »Soziale Frage« unsere Abkapselung in ein irreversibles Stadium eingetreten war - obwohl wir das Gegenteil hatten erreichen wollen. Wir hofften damals, mit der Thematisierung der neuen Klassenzusammensetzung und der Ausgrenzung des unteren Armutsdrittels einenWeg gefunden zu haben, uns einem möglichen revolutionären Subjekt annähern und seine Kämpfe vorwegnehmen zu können. So sollte die Reduzierung und Orientierung auf die Teilbereichsbewegungen (AKW, Häuserkampf) überwunden werden, in denen wir uns zusammen mit der autonomen Linken seit Ende der 70er Jahre engagiert hatten. Wir waren mit unserer Fixierung auf diese Teilbereichskämpfe in eine Krise geraten, denn die Hoffnung, sie als Keimformen einer allgemeinen sozialen Umwälzung interpretieren zu können, hatte sich als Fehleinschätzung erwiesen.

Hinzu kam der Versuch, mit der Formulierung eines »konkreten Antiimperialismus« die Verkrustungen und die Eindimensionalität des vorherrschenden linken Internationalismus jener Jahre aufzubrechen. Wir haben in der Verbindung von sozialer Thematik und Flüchtlingskampagne Möglichkeiten gesehen, einen neuen Handlungsspielraum für internationale Solidarität in der Metropole selbst zu eröffnen.

Was wir damals nicht richtig begriffen oder wofür wir jedenfalls keine Lösung parat hatten, war die in dieser Kampagne zum ersten Mal in aller Schärfe auftretende Trennung zwischen Thema (Flüchtlinge) und Adressat unserer Propaganda (linksradikale Szene). In den Flüchtlingen sahen wir die in die Metropolen reichende Verlängerung eines weltweiten Aneignungskampfs, VertreterInnen eines Weltproletariats, gegen die die staatlichen Ausländer- und Sozialbehörden exemplarisch Sondermaßnahmen ergreifen, die auch für Teile der metropolitanen Klasse bestimmt sind. Zwar hatten wir nicht die Hoffnung, daß sich rasche Verbindungslinien zwischen Flüchtlingen und hiesigen proletarisierten Schichten ergeben würden, die eine rassistische Spaltung überwinden könnten. Aber wir phantasierten den Willen der Flüchtlinge, in den Metropolen ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum und an existentieller Sicherheit einzuklagen, als direkten antiimperialistischen Kampf, verbunden mit trikontinentaler Widerstandserfahrung - und damit als ein mögliches Terrain unserer eigenen Politik. Als die Kämpfe in dieser Form ausblieben, auf die wir hätten Bezug nehmen wollen (wobei wir die vielen »reformistischen« Forderungen von Asylsuchenden leicht übersahen), kompensierten wir dies mit der Analyse der staatlichen Flüchtlingspolitik und mit Angriffen auf deren zugängliche Agenturen. Wir machten die Sache der Flüchtlinge zu der unsrigen, ohne auf ihre Subjektivität und Erwartungen Rücksicht zu nehmen, ja ohne sie zu kennen. Diese »Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge« ergab sich scheinbar notwendig, sie entsprang unseren Erfahrungen aus der öffentlichen Flüchtlingsarbeit und sie war theoretisch begründet in der Einschätzung der Rolle des Staats gegenüber der Migration. Aber wir vergaben uns damit die Chance eines wirklichen Zugangs zur »Sozialen Frage«, vielleicht weil wir ahnten, mit den Problemen, die ein solcher Schritt nach sich ziehen würde, als illegale Gruppe überfordert zu sein, und weil es damals keinen Transmissionsriemen in der Linken zu den Flüchtlingen gab. Die Einbahnstraße entstand also dadurch, daß wir in dem Versuch der Verknüpfung von sozialer und Flüchtlingsthematik die alten Teilbereichsbewegungen verließen, um wieder eine umfassende, auf gesamtgesellschaftliche Umwälzung zielende Perspektive zu gewinnen; daß wir aber weder die eigene Organisationsform noch die bisherigen Methoden und Objekte unserer Angriffe in Frage stellten und vor allem den Adressatenkreis unserer Politik, das linksradikale Milieu, nicht verließen oder ausweiteten.

Inzwischen kann die Linke bzw. das, was von ihr übrig ist, durch die unaufhörliche Verschärfung der staatlichen Flüchtlings- und Ausländerpolitik und die neuerlichen rassistischen Übergriffe die bedrohliche Situation von Flüchtlingen in der BRD nicht weiter verdrängen. Sie hat sich der Notwendigkeit gestellt, zumindest ein Bleiberecht zu verteidigen. Paradoxerweise geschieht das zu einem Zeitpunkt, in dem wir selbst mit unseren Bemühungen in dieser Richtung vollkommen isoliert sind.

IV

Bisher haben wir uns darauf beschränkt, den Verlust unserer Bezüge und das daraus entstandene Mißverhältnis zwischen unserem revolutionären Anspruch und der tatsächlichen politischen Entwicklung als Begründung für unser Aufgeben zu benennen. Das Problem stellt sich grundsätzlicher. Die Frage muß lauten: Kann eine Formation wie die RZ in ihrem Eigenverständnis von Verankerung und Vermassung und mit dem Einsatz bestimmter, eingeschränkter Kampfmittel ihren politischen Zielen auf Dauer gerecht werden?

Die RZ entstand Anfang der 70er Jahre, als die Diskussion über revolutionäre Gewalt noch breit geführt wurde und nicht tabuisiert war. Bewaffneter Widerstand wurde - wenn auch nur von wenigen praktiziert - von vielen als legitimer Kampf begriffen, der weltweit die Dynamik der Klassenauseinandersetzungen bestimmte. Die bewaffneten Gruppen waren in der Selbsteinschätzung der Linken ein Teil des revolutionären Spektrums. In den Fabrikkämpfen Anfang der 70er Jahre, den Häuserkämpfen, der Jugend- und Randgruppenbewegung und besonders bei den sich entwickelnden Kämpfen der Frauenbewegung zeigten sich Ansätze für soziale Umwälzungen in den Metropolen. Die Erfahrungen der lateinamerikanischen Guerilla als notwendiger Bestandteil der Massenbewegungen auf dem Weg zur Revolution hatten auch für die Metropolenkämpfe jener Jahre einen zentralen Stellenwert. Sie wurden nach hierher übertragen, und der »Sturm auf das Hauptquartier« schien im Bereich des Möglichen zu liegen.

Erst die massive staatliche Repression führte zu den bekannten Entsolidarisierungsprozessen. Der Deutsche Herbst 1977, die Anti-AKW-Bewegung und die Orientierung der Spontis - später der Autonomen - auf die Teilbereichsbewegungen beendeten diese Phase. Nach der Repression 1977 gegen unsere Organisation verbanden die RZ ihr politisches Schicksal mit den jeweils aktuellen Konjunkturen der Teilbereichskämpfe, zogen ihnen quasi hinterher, ergänzten sie und sahen in ihnen die neuen Keimformen der Revolte. Sie gingen über die beschränkten Ziele der Teilbereichskämpfe insoweit hinaus, als sie an einer grundsätzlichen revolutionären Orientierung festhielten. In dieser Phase gelang es, mit den Aktionen der RZ die Bereitschaft zum militanten Widerstand in den Teilbereichsbewegungen zu fördern, mit exemplarischen Beispielen die Handlungsgrenzen auszuweiten und die bewaffnete Opposition als Teil der linken politischen Kultur zu verankern. Die

Themen wechselten, sie waren (fast) beliebig und austauschbar (AKW, Startbahn West, Häuserkampf, Friedensbewegung, Gentechnologie und so weiter), das Credo der RZ blieb: Bewaffneter Widerstand ist möglich. Unsere Verankerung, oder was wir dafür hielten, drückte sich in der Propaganda und Vermassung militanter und bewaffneter Widerstandsformen aus; der Spiegel dieser Verankerung schien uns die Akzeptanz und Nachahmung in den Reihen der radikalen Linken zu sein. (Genau aus diesem Grund wurden diverse Handbücher und Bauanleitungen veröffentlicht.) Je breiter und militanter sich der Widerstand gebärdete, desto gewisser waren wir uns der Zustimmung zu unseren Aktionen. Wir legten sie so an, daß sie nicht in Widerspruch zu den Bewegungen gerieten. Deshalb vermieden wir die Ebene reiner »Machtauseinandersetzungen«. Die Parolen »Kampf um die Köpfe und Herzen« und »Schafft viele RZ« standen für dieses Vermassungskonzept.

In den Kämpfen um die Startbahn West, als sich breitester öffentlicher Widerstand mit illegalen Aktionen verband, schlug für die dort agierende RZ eine Sternstunde. Sie hatte es verstanden, in einem regionalen Konflikt eine Rolle zu spielen. Sie brachte zeitweilig die allgemeine Gewaltbereitschaft mit ihren Interventionen in Einklang - für uns ein Beispiel für gelungene Verankerung revolutionärer Politik. (Durch einen einzigen verhängnisvollen Fehler, den Mord an Karry, wurde dieses Konzept von Popularität schlagartig desavouiert.) In einem viel reduzierteren Maße glückte die Verbindung noch einmal in der Fahrpreiskampagne an Rhein und Ruhr mit der massenhaften Verteilung nachgedruckter Fahrkarten in proletarischen Vierteln. Es war ein kleiner Beitrag von uns, die Menschen zu gesetzwidrigem, kostensparendem Handeln zu animieren...

Das Konzept »Schafft viele revolutionäre Zellen« ging nur insofern auf, als eine Parallelität der Kampfmethoden entstand. Es war uns jedoch nicht gelungen, in den Teilbereichsbewegungen Fuß zu fassen oder die Militanten aus ihren Zusammenhängen heraus für eine revolutionäre Perspektive und Organisation zu gewinnen. Der Häuserkampf ist dafür ein Beispiel. Die Militanzbereitschaft war inzwischen gewachsen, der Einsatz ähnlicher Mittel wie der unsrigen war Ausdruck einer breiten politischen Widerstandskultur geworden. Die Vermassung unserer Angriffsformen ließ sich aus jedem Jahresbericht des Verfassungsschutzes belegen. Dennoch wurden wir in diesen Jahren für die autonomen Häuserkämpfer/innen mehr zum »Mythos« als zum Teil ihrer eigenen Kämpfe. Wir hatten kaum Verbindung mehr zu den neuen Generationen der Hausbesetzer/innen und der Jugendbewegungen, außer in der abstrakten Form gelegentlicher bewaffneter Unterstützung.

In der Fixierung auf unsere Kampfmethoden verzichteten wir darauf, eine theoretische politische Orientierung zu entwickeln, die mehr beinhaltete als einzelne Versatzstücke zu bestimmten Konflikten. Unser sozialrevolutionäres Theorieverständnis setzte sich bestenfalls mosaikartig aus der Summe der Kommentare und Analysen zu den einzelnen Widerstandsfeldern zusammen, eine festere Anbindung war so nicht möglich.

Die RAF mit ihrer Imperialismusanalyse (militärisch-industrieller Komplex) und der Ausrichtung auf die Befreiungsbewegungen hatte eine Theorie vorgegeben, die Bestandteil der Propaganda der sie unterstützenden Gruppen war. Mit dem Konzept der Front hatte sie 1982 den organisatorischen und propagandistischen Rahmen für die ideologische Verbreiterung ihrer Politik gegeben. Wir diskutieren hier nicht die Mängel an diesem Konzept, denn es geht nicht darum, uns an ihren Fehlern abzuarbeiten, sondern an unseren. Es bleibt festzuhalten, daß in der Propagierung unserer eigenen Kampfmittel als »Mittel für alle« eher ein Aktionsmodell steckte als eine politische Theorie. (Das Papier »Zwischen Beethoven und MacDonalds« stellte in diesem Zusammenhang klar, wie gründlich die Linke das Selbstverständnis der RZ mißverstanden hatte, als sie Bomben von Rechtsradikalen auf Wohneinrichtungen und Autos der US-Streitkräfte mit uns in Verbindung brachte.) Unser fundamental-revolutionärer Ansatz korrespondierte nicht mit den Zielen der Teilbereichsbewegungen, und der zunehmenden Zersplitterung autonomer Zusammenhänge setzten wir keine vereinheitlichende Perspektive entgegen. Trotzdem lagen unsere Stärke und unser »Mythos« in der Eröffnung und Nachahmung militanter Aktionsformen und in unserer Fähigkeit, gesellschaftliche Konflikte aufzugreifen, die eine gewisse Sprengkraft bargen.

Unsere theoretischen Beiträge befaßten sich also im wesentlichen mit den Konflikten, an denen wir partizipierten. In diesem Sinne trugen wir zur Theoriebildung bei. Erst in der Entwicklung der Flüchtlingskampagne gingen wir in unserem theoretischen Selbstverständnis über die Teilbereichsbewegungen hinaus. Die damit gewonnene Ausweitung der Konfrontationsebenen war objektiv auch ein erster Schritt aus der Selbstreduzierung heraus, die in unseren Methoden angelegt war. Eigentlich hätte diese Kampagne zur einer konsequenten Revision der von uns benutzten Kampfmittel und -formen führen müssen. Aber dies geschah nicht, wir repräsentierten weiterhin die Form einer sozialrevolutionären Guerilla, die ihre Kontinuität in der Durchführung bestimmter bewaffneter Aktionen aufrechterhielt. Ihr herausragendes Merkmal blieb die Symbolik des Bombenanschlags.

Die Dialektik von bewaffnetem Widerstand und Massenkämpfen blieb rein äußerlich. Die eigene, subjektive Entscheidung für grenzüberschreitendes politisches Verhalten, für bewaffnete Anschläge, und die Zustimmung der Linken zu unseren Aktionen legten wir - fälschlicherweise - als systemsprengende revolutionäre Kraft, als erste Schritte eines revolutionären Prozesses aus. Hatten wir wirklich geglaubt, mit einem derartig reduzierten Programm die Komplexität der

gesellschaftlichen Veränderungen in ihren politischen und kulturellen, sozialen und organisatorischen Ausmaßen beeinflussen zu können?

Offensichtlich! Denn über die lange Zeitspanne seit den Anfängen der RZ veränderten wir kaum die Methoden unserer Interventionen. Wir beschränkten uns im wesentlichen auf Sabotageakte und Sachbeschädigungen, deren politische Wirkung auf Gedeih und Verderb auf die Berichterstattung durch die Medien angewiesen war - was im extremsten Fall bedeutete, daß eine Aktion nicht stattgefunden hatte, die nicht in den Schlagzeilen war. Nichts dokumentiert deutlicher die Distanz zu den gesellschaftlichen Prozessen. Kein Thema, das wir diskutierten, keine Analyse, die wir erstellten, eröffnete uns die Perspektive für neue Interventionsformen. Wir reduzierten die von uns und unserer Propaganda antizipierte soziale Befreiung auf den Akt des Angriffs immer gleicher Objekte, als wenn sich in der ständigen Wiederholung des ewig gleichen Einsatzes der ewig gleichen Mittel subjektiv der Beitrag als Revolutionär erschöpfen könnte; als wenn das, was wir erreichen wollten, nämlich Förderer und Teil der revolutionären Kräfte zu sein, sich in dieser Selbsteinschränkung einlösen ließe. Unsere Aktionen blieben kalkulierbar. Das Festhalten an den traditionellen Konfrontationslinien und Angriffsformen in der Flüchtlingskampagne wurde denn auch für uns zum Sargnagel.

Und doch hatte das Beharren auf dem reduzierten Spektrum von Mitteln im revolutionären Kampf einen Grund. Wir haben einerseits unsere Mittel niemals relativiert, weil wir sie nicht wirklich in Bezug gesetzt haben zu Klassenkämpfen, sondern immer nur zur linken Szene. Andererseits gingen wir nicht über diese Mittel hinaus, weil sie perfekt mit unserer Anonymität korrespondierten und das persönliche Risiko einschränkten. Diese Anonymität produzierte (glücklicherweise) keine HeldInnen. Niemand konnte zur Verantwortung gezogen werden, alle konnten es gewesen sein.

Hierin lag gleichsam der Verzicht, Menschen als Träger von Ideen und Propaganda zu präsentieren, identifizierbar zu machen. Ohne bekannte Mitglieder, ohne Gefangene als PropagandistInnen existierten die RZ nur als abstrakte Idee. In dieser Abstraktion lagen zugleich die Stärken und die Schwächen der Zellen. Sie waren stark genug, weil ganz unabhängig von ihren Militanten die Idee des bewaffneten Widerstands überleben konnte und weil die Solidarisierung sich nicht auf Personen, sondern aufAktionen bezog. Diese Abstraktion und Anonymität verhinderte aber gleichzeitig die Ausweitung von Propaganda und verengte die politischen Perspektiven und Interventionsfelder. Die Konfrontations- und Angriffsmöglichkeiten blieben beschränkt. In genau dieser Logik lag die Verselbständigung der Mittel begründet, genauso wie das Auslaufen einer Kampagne aus Mangel an geeigneten Angriffszielen. In ihr war die Isolierung unserer Politik angelegt.

Heute, zu einem Zeitpunkt rassistisch motivierter Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, verbietet sich der Gebrauch von Feuer und Flamme als Mittel revolutionärer Politik in diesem Bereich von selbst. Aber die Frage, warum unsere Kampfmittel nicht nur von den Herrschenden als »terroristisch« empfunden werden, stand angesichts von Sprengsätzen in Flugzeugen, Kaufhäusern und Synagogen mit Hunderten von Toten schon eher an. Zu glauben, daß es nur davon abhängt, wer diese Mittel in welchem Maßstab und mit welchen Zielen anwendet, ist eine gefährliche Vereinfachung. Der Diskreditierung des Widerstands- und Befreiungskampfs durch die globale Ausbreitung eines dreckigen, geheimdienstlich durchsetzten Terrorismus konnten wir praktisch kaum etwas entgegensetzen. Für den Einsatz revolutionärer Gewaltmittel ist dies zu einem entscheidenden Problem geworden.

V

Der letzte Aspekt unserer Reflexion betrifft unser Verhältnis zum sogenannten »Internationalen Terrorismus«. Durch die Offenlegung der Stasi-Akten, durch Presseberichte über Carlos und Co. und vor allem durch die Ermordung von Gerd Albartus sind wir mit dem Teil unserer Geschichte konfrontiert, den die meisten von uns gar nicht kennen, den die anderen am liebsten verdrängt hätten.

Seit Entebbe und der OPEC-Aktion kann sich jede/r vorstellen, daß die Geschichte der RZ nicht erst mit dem Einstieg in die Teilbereichsbewegungen begonnen hat. Die damals üblichen internationalen Kontakte wurden aber schon vor 1977 wegen politischer Differenzen abgebrochen, so daß die neuen Mitglieder der RZ in ihrem sozialrevolutionären Verständnis von Politik davon unberührt blieben. Diejenigen, die von den alten Zusammenhängen wußten, sahen sich nicht veranlaßt, die faktische Neugründung der RZ mit der alten Geschichte zu verbinden. Das war ein Fehler, weil sich heute niemand von uns mehr der politischen Verantwortung entziehen kann, auch diesen Teil der Geschichte und seine Folgen im internationalen Terrorismus zur Kenntnis zu nehmen und ihn als einen historischen Ursprungsort der RZ zu akzeptieren.

Der Umgang mit diesem Komplex zeigt einerseits die Blauäugigkeit, mit der die Militanten der RZ die eigene Politik durch Zuordnung zur linksradikalen und autonomen Szene definiert haben, als wenn eine neue Orientierung allein schon bedeuten würde, daß die alte Geschichte gegessen sei. Andererseits läßt er bei denjenigen, die etwas von den früheren Bezügen und internationalen Kontakten ahnten oder wußten, auf eine Art zustimmenden Gehorsams zu den terroristischen Auswirkungen dieser Geschichte schließen. Beide Verhaltensweisen dokumentieren die Schwäche politischer Moral. Die politische Verantwortung bleibt davon unberührt.

***

Wir wollen mit diesem Papier nicht der Selbstaufgabe revolutionärer Politik das Wort reden. Wir können auch nicht für den gesamten Zusammenhang der RZ sprechen, von dem wir nur ein Teil sind. Offenbar aber reichen die von einer ganzen Generation seit Anfang der 70er Jahre in der BRD gemachten Erfahrungen mit dem militanten Widerstand und dem bewaffneten Kampf noch nicht einmal mehr aus, um die gegenwärtige Krise zu bestimmen und nüchtern zu analysieren, geschweige denn, um einen offensiven Ausweg daraus zu finden. Wir meinen, daß mit der Fortschreibung des RZ-Mythos nichts gewonnen ist, sondern daß es im Gegenteil darauf ankommt, eine historische Etappe abzuschließen, verkrustete Strukturen und Kampfmittel aufzugeben, um überhaupt wieder eine Chance zu bekommen, als politische Subjekte in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozeß eingreifen zu können. Die politische Öffnung der RZ scheint uns dafür der einzig richtige Schritt.

Revolutionäre Zellen, Januar 1992

Konkret 03/92, S. 37

Oliver Tolmein

Mehr als nur Symbolik

Anmerkungen zur neuen Erklärung der »Revolutionären Zellen«

»Anschlagstätigkeit 'Revolutionärer Zellen' weiterhin gering«, konstatierte das Bundesamt für Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht 1990 beruhigt – und lag damit auf einer Linie mit dem BKA, das bislang noch jede Gelegenheit nutzte, um zu behaupten, mit der Großrazzia und den Verhaftungen vom 18. Dezember 1987 sei der »große Schlag« gegen die RZ gelungen. Unter anderem dazu äußern sich nun »Revolutionäre Zellen« selbst in einem Text, der KONKRET zugegangen ist (s. Seite 32-36). Es ist die dritte Erklärung einer Gruppe aus dem Zusammenhang der RZ. Zwar gibt es nach wie vor Anschläge, die von RZ Mitgliedern ausgeführt werden, eine Zäsur ist dennoch festzustellen: Der erste Text, »This is not a lovesong«, im Juli 1991 von »einer Gruppe aus dem Traditionszusammenhang der Revolutionären Zellen« unterschrieben, kritisierte anläßlich eines Anschlages der RZ auf die Siegessäule in Berlin und des von unbekannten, möglicherweise aus dem linken Spektrum stammenden Tätern ausgeführten Mordes am Berliner Baustadtrat Klein die »verhängnisvolle Tendenz zum Militarismus« und den »verantwortungslosen Aktionismus, der die militante Aktion selbst zum Fetisch macht«. Der zweite, dokumentiert in KONKRET 2/92, gibt die Ermordung des RZ-Mitglieds Gerd Albartus durch eine palästinensische Gruppe bekannt und setzt sich mit dem Antisemitismus deutscher Linker auseinander. Der hier dokumentierte dritte, offensichtlich von einer anderen Gruppe der RZ verfaßt, konstatiert, »daß wir von der Geschichte überrollt worden (sind)«, und plädiert für eine radikale Neuorientierung militanter Politik – theoretisch und praktisch: »Wir können nicht stellvertretend für eine historische Tendenz in der BRD seit Anfang der 70er Jahre weitermachen, wenn alles wegbricht.«

Überraschenderweise nimmt die Gruppe, die das dritte Papier formuliert hat, ausgerechnet ihre antirassistischen Aktionen zum Anlaß, das Scheitern ihres politischen Ansatzes zu erklären. Einige ihrer diesbezüglichen Anschläge hatten mehr als nur symbolische Wirkung und Bedeutung: Brandanschläge auf das Ausländerzentralregister in Köln, auf die Dortmunder Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung von Asylbewerbern in Zirndorf und auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin 1987 zielten immer auch auf die Vernichtung von Akten. »Sie sollen den Flüchtlingen eine Atempause verschaffen und ein Beitrag dazu sein, das faktische Aufenthaltsrecht durchzusetzen.« Die Erklärungen zu den Anschlägen stellten zumeist ein Stück militanter Aufklärungs- und Analysearbeit dar. In dem Bekennerschreiben zum Anschlag auf das Lufthansaverwaltungsgebäude in Köln (wegen angeblicher Beihilfe zu diesem Anschlag wurde Ingrid Strobl der Prozeß gemacht) setzten sich die RZ mit der Geschäftspolitik dieses »deutschen Traditionsunternehmens« auseinander, dessen Maschinen Guernica bombardiert hatten und das heute u.a. an der Abschiebung von Flüchtlingen verdient. Nach dem Anschlag auf die Fachdirektion 624 der Hamburger Polizei, »die für Razzien in den Lagern, für Festnahmen und Abschiebungen verantwortlich zeichnet«, thematisierten die RZ bereits 1987 als »neue Qualität«, daß sich mittlerweile »behördlich kalkulierte Diskriminierung mit offen rassistischer Mobilisierung (verbindet)«. Im Rahmen der 1986/1987 durchgeführten Kampagne »Freies Fluten« verübten RZ-Mitglieder, für sie eher ungewöhnlich, auch Attentate: Dem Chef der Westberliner Ausländerpolizei, Hollenberg, wurde in die Knie geschossen, der Präsident des Berliner Roten Kreuzes, Schmidt, und der für die Unterbringung von Flüchtlingen verantwortliche Rot-Kreuz-Abteilungsleiter Meisner wurden leicht verletzt.

Eine zweite Phase der Auseinandersetzungen leiteten die RZ mit dem Anschlag auf das Oberverwaltungsgericht in Münster und das Verwaltungsgericht in Düsseldorf am 9. Mai 1989 während des Prozesses gegen Ingrid Strobl ein. Im dazugehörigen Bekennerschreiben (KONKRET 6/89) griffen sie erstmals das Zusammenwirken von Sexismus und Rassismus auf: »Der weitaus größte Teil der zwangsmobilisierten Flüchtlinge sind Frauen. Die meisten von denen, die es trotz Abschottung der Metropolen überhaupt schaffen hierherzukommen, sind Männer... so charakterisiert das Oberverwaltungsgericht Münster in einer Grundsatzentscheidung sexistische Gewalt gegen Frauen als allgemeine Verfolgungsmaßnahme, die nicht gegen Frauen als Geschlecht gerichtet sei... (und) eine Vergewaltigung als ganz normale Erscheinung in Bürgerkriegssituationen, (die) kein individuell einklagbares Recht auf Asyl begründen würde.«

Angesichts dieser Feststellungen wirft der in der neuen RZ-Erklärung beschriebene Dissens zwischen den Befürwortern (und Befürworterinnen?) der antirassistischen und internationalistischen Kampagne und denjenigen, die eine antipatriarchale Ausrichtung des politischen Kampfes forderten, Fragen nach dem Verständnis von »Antirassismus« bzw. »antipatriarchalem Kampf« auf.

Im November 1989 verübten die RZ einen Anschlag auf die »Anlauf- und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten«, die dem Kölner Ordnungsamt unterstellt ist. Schon 1919 hätten bewaffnete Anhänger der Münchner Räterepublik zusammen mit tausenden von Akten der politischen Polizei auch sämtliche »Zigeuner«-Personalakten vernichtet, berichtete das Bekennerschreiben und wies auf die Kontinuität von späterer NS»Zigeuner«-Forschung und bundesdeutscher Erfassung der Sinti und Roma hin: »Im Wissen um die Langlebigkeit einmal erhobener Daten (NS-Akten wurden noch in den 80er

Jahren EDVisiert) haben wir uns in den Besitz von Aktenbeständen der Kölner 'A und B'-Stelle gebracht. Wir haben gleichzeitig der Forderung der Roma und ihrer Unterstützer nach Schließung der Projekte des 'Kölner Modells' Nachdruck verliehen, indem wir die Räumlichkeiten und das zurückgebliebene Material in Flammen gesetzt haben.« Anders als bei einer vergleichbaren Aktion der »Roten Zora« gegen das humangenetische Institut an der Universität Münster 1986 wurden die geklauten Akten diesmal allerdings von den entsprechenden Unterstützergruppen oder Initiativen nicht genutzt.

Auch die fehlgeschlagenen Brandanschläge auf die Düsseldorfer Staatskanzlei und das Sozialministerium im Januar 1991 richteten sich gegen das »Deportationsprogramm« und das Rückführungsprojekt nach Jugoslawien: »Im Sommer waren es die Sozialverwaltungen der Städte, die aktiv als 'kämpfende Verwaltungen' das Instrumentarium zur Vertreibung der Roma erprobten. Streichung von Sozialhilfe, Zelt- und Containerlager, Naturalienzuweisung waren die Mittel, mit denen die 'Zigeunerfrage' sozialtechnisch inszeniert wurde..., mit der verhetzte Bürger und bezahlte Schlägertrupps gegen die Roma mobilisiert wurden... Eine Linke, die ihre gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit durchbrechen will, muß in einer umfassenden antirassistischen Mobilisierung den Widerstand von Flüchtlingen und ImmigrantInnen aufgreifen und unterstützen... Die Verankerung antirassistischer Initiativen ist eine Voraussetzung für eine Widerstandsperspektive gegen das imperialistische Großdeutschland.«

Dem militanten Widerstand ist diese Verankerung nicht gelungen – die Gruppen, die sich legaler Mittel bedienen, können derzeit allerdings kaum eine erfreulichere Bilanz ziehen. Im Gegenteil: Ein Text, der vergleichbar rücksichtslos und offen die Schwäche der Unterstützer- und Unterstützerinnenarbeit im legalen Bereich behandelt, fehlt derzeit noch. Insofern muß die neue Erklärung der RZ als Anfangsstatement einer Diskussion (die wir gerne führen wollen) begriffen werden, die sich nicht in einer Methoden-Debatte erschöpfen darf, sondern thematisieren muß, was überhaupt noch unter emanzipatorischer, revolutionärer Politik verstanden werden kann. Als wesentliches Problem wird sich dabei erweisen, daß auf die »Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge« nicht eine »Grundsatzdebatte ohne Politik« folgen darf, die Unterstützungsarbeit vielmehr forciert werden müßte – so vehement entwickelt sich die gegen Flüchtlinge, Immigranten und Immigrantinnen gerichtete gesellschaftliche Aggression.

Konkret 03/92, S. 38

Michael Hahn

Vote for Duke CreateaFuehrer

Bis vor kurzem feierte er noch regelmäßig Hitlers Geburtstag. Nach zwei Schönheitsoperationen, einer an seinem Gesicht und einer an seinem politischen Programm, kandidiert er jetzt als »konservativer Republikaner« in den US-Präsidentschaftswahlen. David Duke aus Louisiana ist der unangefochtene Wortführer der faschistischen Rechten in den USA

»Die nicht-weiße Bevölkerungsexplosion wickelt die ehemals weißen Nationen in einen dunklen menschlichen Kokon. Wird daraus ein Schmetterling schlüpfen oder die Bestie, die alle großen weißen Zivilisationen verfolgt hat, die sich Einwanderung und Rassenvermischung unterwarfen?«
David Duke in seiner Zeitschrift »NAAWP News«, 1983

»Die Juden haben es wahrscheinlich verdient, im Ascheneimer der Geschichte zu landen.«
David Duke in einer Tonbandaufnahme, 1986

»Angst vor Kriminalität hat unsere Städte erfaßt. Diese Kriminalität kommt von einer permanenten, wachsenden, parasitären Unterklasse, die durch ein Wohlfahrtsprogramm geschaffen wurde, das Verantwortungslosigkeit belohnt.«
David Duke in einem Fernseh-Wahlspot, 1991

Die Stichwahlen am 16. November 1991 für das Amt des Gouverneurs im US-Südstaat Louisiana brachten ein klares Ergebnis. Edwin Edwards, 63, Kandidat der Demokraten und früherer Gouverneur, gewann 61 Prozent der abgegebenen Stimmen. Sein Gegenkandidat, der 41-jährige republikanische Landtagsabgeordnete David Duke, erzielte nur 39 Prozent. Normalerweise bedeutet eine solch klare Wahlniederlage das Ende einer politischen Karriere - nicht aber für Duke. Zum dritten Mal hintereinander hatte eine Mehrheit der *weißen* Wähler und Wählerinnen Louisianas für Duke gestimmt, trotz - oder wegen? - seiner allgemein bekannten engen Verbindungen zu rassistischen und neofaschistischen Organisationen. Mit den Gouverneurswahlen gelang Duke der Durchbruch in die nationale Öffentlichkeit. In diesem Frühjahr nun will er in den republikanischen Präsidentschaftsvorwahlen gegen George Bush antreten. Nach landesweiten Umfragen im November haben 27 Prozent der Befragten eine »gute Meinung« von Duke, der das Produkt des von der Reaganschen »Neuen Rechten« eingeleiteten Rechtsrutsches der US-amerikanischen Politik ist, zugleich aber auch für die schleichende Rebellion dagegen steht - von rechtsaußen. Entwickelt sich in den USA eine neofaschistische Massenbewegung?

Vor seinem Eintritt in die bürgerliche Wahlpolitik hatte Duke über zwanzig Jahre enge Verbindungen zu den wichtigsten rechtsextremen Strömungen in den USA geknüpft. Schon als Student an der Louisiana State University hielt er (in SA-Uniform!) ab 1969 faschistische Reden. Er gründete die Studentengruppe *White Youth Alliance*, die sich Anfang der 70er Jahre der *National Socialist Liberation Front* anschloß. 1975 wurde er Anführer (»Grand Wizard«) der *Ritter des Ku-Klux-Klan*, einer der stärksten Gruppen im vielfach zersplitterten rassistischen Geheimbund, für dessen spektakuläre Wiederbelebung in den 70er Jahren Duke verantwortlich gemacht wird.

1977 organisierte Duke eine *Klan Border Watch*, eine Bürgerwehr-Grenzpatrouille an der Grenze zu Mexiko, um gegen illegale Einwanderer vorzugehen und gegen die herrschende, angeblich zu laxe Immigrationspolitik zu demonstrieren. Mit von der Partie war Tom Metzger, der spätere Anführer der berüchtigten Terrororganisation *Weißer Arischer Widerstand* (WAR) in Kalifornien, die ihre Anhänger vor allem unter rechtsradikalen Skinheads rekrutiert und auch über gute Kontakte zur deutschen Neonazi-Szene verfügt. 1981 war Duke an der Planung eines Putschversuchs gegen die Regierung der karibischen Insel Dominica beteiligt. Das FBI vereitelte die Aktion in letzter Minute und verhaftete mehrere schwerbewaffnete Klan-Aktivisten, die zu kurzen Haftstrafen verurteilt wurden. Duke selbst wurde zwar verhört, aber merkwürdigerweise nie angeklagt.

Er hat sich bemüht, das öffentliche Image des KKK aufzupolieren und die Organisation erstmals für Frauen und Katholiken geöffnet. Dem Pornomagazin »Hustler« erklärte er: »Ich war der Hoffnung, wir könnten das Medienimage vom typischen Klanmann verändern: ungebildet, zahnlos, vernarrt in Waffen, haßerfüllt.« Als seine Modernisierungsbestrebungen nicht vorankamen, verließ Duke 1980 den Klan und gründete eine neue Organisation zur »Förderung Weißer«, die *National Association for the Advancement of White People* (NAAWP) - eine Anspielung auf den Namen der ältesten und bekanntesten US-Bürgerrechts-Organisation NAACP. »Mit der NAAWP können die Leute unser Programm akzeptieren, ohne immer gleich den stereotypen Klanmann vor sich zu sehen«, meinte Duke in dem »Hustler«-Interview, das die NAAWP in ihrem Monatsblatt sofort nachdruckte.

Dukes Wechsel zur NAAWP fiel in die Periode einer generellen Reorganisation der verschiedenen, oft miteinander rivalisierenden Strömungen der extremen Rechten in den USA. Diese Reorganisation begann 1979 mit einem gemeinsam von KKK und Neonazis ausgeführten Überfall auf eine antirassistische Demonstration in Greenboro, North Carolina, bei dem fünf Mitglieder der *Communist Workers Party* erschossen wurden. Seither läßt sich eine Intensivierung der

Zusammenarbeit und eine ideologische Annäherung der verschiedenen rechtsradikalen Strömungen beobachten. Gleichzeitig ist die jahrzehntelange Hegemonie des KKK allmählich durch die Dominanz von ausdrücklich faschistischen Organisationen abgelöst worden. Der neue gemeinsame Hauptfeind der extremen Rechten ist eine »internationale jüdische Verschwörung«, die angeblich Schwarze, Latinos und andere rassische Minderheiten in den USA dazu benutzt, die »weiße Rasse« zu vernichten.

Die NAAWP ließ keine Zweifel darüber aufkommen, was mit der »Förderung« der Weißen gemeint war: Sie schlug vor, staatliches Kindergeld und Kredite an (weiße) Elternpaare mit hohem IQ zu vergeben, um sie zu ermuntern, zahlreiche »genetisch hochwertige« Kinder zu zeugen. Gleichzeitig sollten Personen mit einem IQ unter 100 finanzielle Anreize erhalten, um sich sterilisieren zu lassen. Duke propagierte diesen Vorschlag auch später als Landtagsabgeordneter der Republikanischen Partei.

1984 veröffentlichte die NAAWP einen »Vorschlag zur geographischen Neuordnung von Amerikas nichtassimilierbaren Minderheiten« mit einer Landkarte der künftigen »Divided States of America«: Alle Schwarzen sollten nach »New Africa« im US-Südosten zwangsumgesiedelt werden, alle Latinos an die mexikanische Grenze, alle jüdischen Amerikaner nach »West Israel« (Manhattan und Long Island in New York), usw. - während der Großteil der USA der weißen Bevölkerung vorbehalten bleiben sollte. Darüber hinaus bot die NAAWP einschlägige NS-Literatur zum Versand an: englische Übersetzungen von Hitlers »Mein Kampf« und Rosenbergs »Mythus des 20. Jahrhunderts«, Henry Fords vierbändiges antisemitisches Machwerk »The International Jew«, Bücher über die »Auschwitzlüge« und über »jüdische Drahtzieher der kommunistischen Verschwörung in den USA«.

Vorbild der NAAWP, erklärte Duke 1988, sei Le Pens Nationale Front in Frankreich, zu der er enge Kontakte unterhält. Über seine persönlichen Verbindungen mit deutschen Faschisten ist wenig bekannt. Die Wochenzeitung »Village Voice« berichtete im Dezember, daß Duke mit dem Ostberliner Neonazi Ingo Hasselbach im Briefverkehr steht.

1990 gab Duke den Vorsitz der NAAWP auf, unterhält aber weiterhin enge Kontakte zu der Organisation. Den NS-Buchversand betrieb er noch eine Zeitlang von seinem Landtagsabgeordnetenbüro aus, bis er ihn 1990 nach öffentlichen Protesten einstellen mußte. Heute verharmlost er die NAAWP als »Bürgerrechtslobby für Weiße«, die gegen »umgekehrte Diskriminierung« eintrete, da Antidiskriminierungs-Gesetze dazu geführt hätten, daß Weiße gegenüber Schwarzen und Latinos benachteiligt würden, und fordert »Gleichberechtigung für alle Amerikaner - auch für Weiße«.

Von diesem Versuch, ein neofaschistisches Programm als Gleichberechtigungsinitiative zu verkaufen, bis zu Dukes Intervention in bürgerliche Wahlpolitik war es nicht mehr weit. Voraussetzung für ein erfolgreiches Engagement, erklärte Duke 1986 seinen Gesinnungsgenossen, sei allerdings eine neue Verpackung: »Ich schlage vor, daß man nicht viel über Nationalsozialismus redet... Das erschwert nur die Kommunikation mit]neuen Leuten. Das ist leider so... Es kann Jahrzehnte dauern, bis diese Regierung zu Fall gebracht wird.« Man brauche nicht viele Leute, um etwas in Gang zu setzen, auch Hitler habe mit nur sieben Personen angefangen. »Das ist auch hier möglich, wenn wir nur das richtige Paket zusammenstellen!«

Dukes Wechsel in die Wahlarena war Ausdruck einer strategischen Neuorientierung der faschistischen Rechten in den USA. Anfang der 80er Jahre waren mehrere ihrer bewaffneten Untergrundorganisationen in Erscheinung getreten, die im Westen und Mittelwesten der USA militärische Trainingslager einrichteten und für eine Serie von Raubüberfällen (mit mehreren Millionen Dollar Beute), blutigen Schießereien und Mordanschlägen verantwortlich waren. Diese Gruppen (*The Order*, *Silent Brotherhood*, usw.) nennen die US-Regierung »Zionist Occupational Government«, »zionistisches Besatzungsregime«. Ihr Ziel ist es, ein ausschließlich weißes »Heimatland« im Nordwesten der USA einzurichten. Andere Gruppen (*Posse Comitatus*), die sich vor allem im krisengeschüttelten Farmgürtel der USA gebildet haben, lehnen - unter Berufung auf die Verfassung - jegliche über die kommunale Ebene (d.h. den Sheriff) hinausgehende staatliche Autorität grundsätzlich ab. Ihre Anhänger weigern sich, Steuern an die »zionistische« Bundesregierung und die Zentralbank zu zahlen, und horten Waffen und Lebensmittel für den erwarteten Bürgerkrieg.

Solche Aktivitäten gingen über den »herkömmlichen« Terrorismus des Ku-Klux-Klan (der in vielen Gegenden in Polizei und Militär etabliert ist) hinaus und wurden entsprechend vom Staat bekämpft. 1984 und 1985 gelang es dem FBI, mehrere der militärischen faschistischen Banden zu zerschlagen. Der teilweise Verlust ihres »bewaffneten Arms« beschleunigte vermutlich die Umorientierung des nazistischen Lagers auf eine neue Doppelstrategie: verstärkte Rekrutierung »auf der Straße« und »respektable« Wahlpolitik.

Duke selbst fehlte nur noch eine Gesichts-Schönheitsoperation, bevor er zum Wahlkampf antrat. Im Frühjahr 1988 beteiligte er sich zunächst an den Präsidentschaftsvorwahlen der Demokratischen Partei, allerdings ohne großen Widerhall. Bei den Hauptwahlen im November desselben Jahres kandidierte er für die rechtsextreme *Populist Party* und erhielt etwa 45.000 Stimmen, davon die Hälfte in seinem Heimatstaat Louisiana. In einem Fernseh-Wahlspot erklärte er: »Ich kann Ihnen sagen, schon seit langem haben sich die Zionisten George Bush und Michael Dukakis gekauft.«

Die *Populist Party* ist eine lose Ansammlung von Klan-Aktivisten und Neonazis mit organisatorischer Unterstützung der antisemitischen *Liberty Lobby* und ihrer Wochenzeitung »The Spotlight« (Auflage über 100.000). Der Sponsor der millionenschweren *Liberty Lobby*, William Carto, gründete auch das *Institute for Historical Review*, das die These von der »Auschwitzlüge« in den USA verbreitet.

Dukes Wahlkampfmanager 1988 war Ralph Forbes, »Commander« der *American Nazi Party* in den 60er Jahren. 1990 kandidierte Forbes in Louisianas Nachbarstaat Arkansas für das Amt des Vize-Gouverneurs und erhielt 46 Prozent der Stimmen in den republikanischen Vorwahlen, wurde aber in der Stichwahl deutlich geschlagen. Er ist außerdem »Pfarrer« in der antisemitischen *Christian Identity Church*, einer religiösen Sekte, derzufolge die Juden vom Satan abstammen und alle Nichtweißen einer »vormenschlichen« (»prä-adamitischen«) Gattung angehören. Mit schätzungsweise 30.000 Anhängern, vor allem in ländlichen Gebieten, spielen die *Christian Identity Church* und die mit ihr verbundenen *Aryan Nations* eine wichtige Rolle in der faschistischen Rechten. Ihre antisemitische und rassistische Lehre stellt den verschiedenen rechtsextremen Strömungen ein wichtiges ideologisches Bindeglied zur Verfügung.

Im Februar 1989 erzielte Duke seinen ersten Durchbruch, wieder mit logistischer Unterstützung der *Liberty Lobby*. Er ließ sich als Republikaner registrieren und gewann in einem wohlhabenden, fast ausschließlich von Weißen bewohnten Vorortbezirk von New Orleans ein Abgeordetenmandat für den Landtag von Louisiana - gegen den offiziellen republikanischen Kandidaten, der massiv von Reagan und Bush unterstützt wurde.

Im Parlament brachte Duke mehrere Gesetzentwürfe ein, die jedoch alle niedergestimmt wurden: Drogen-Zwangstests für alle Wohlfahrtsempfänger und Sozialwohnungsmieter; Vorschläge zur »Verbrechensbekämpfung«; Prämien für Sozialhilfe-Empfängerinnen, die sich das Sterilisierungsmittel Norplant unter die Haut operieren lassen. Dukes einziger Abstimmungserfolg (der allerdings nicht rechtskräftig wurde): ein Gesetz, das zur Aufhebung aller rassenbezogenen Quotierungen in Louisiana geführt hätte.

Mit seinem Mandat im Rücken begann der Außenseiter langsam aber sicher, die Republikanische Partei in Louisiana von innen her aufzurollen. »Duke errichtet eine politische Basis, die in der Nazi-Herrenrassen-Theorie wurzelt, direkt unter der Nase von nachlässigen Republikanern in Louisiana«, klagte der Journalist Jason Berry, der wie kein anderer Dukes Laufbahn verfolgt hat.

Auf dem Landesparteitag im Juni 1991 war es dann beinahe soweit: Nach tumultartigen Auseinandersetzungen im Saal scheiterte Duke nur knapp mit seinem Versuch, eine Mehrheit der Delegierten hinter sich zu bringen und sich als offizieller republikanischer Kandidat für die Gouverneurswahl nominieren zu lassen. Schon bei der Vorwahl im Oktober glückte ihm jedoch die Revanche: Entgegen allen Umfragen landete er vor dem amtierenden Gouverneur und dem offiziellen republikanischen Kandidaten auf Platz zwei und gelangte so in die Stichwahl gegen den Demokraten Edwards. Am Tag darauf wurde in der Synagoge Beth Israel in New Orleans ein Brandsatz gelegt.

Der folgende vierwöchige Wahlkampf bis zur Stichwahl am 16. November war an Intensität kaum zu überbieten: massive Kundgebungen auf beiden Seiten, anonyme Morddrohungen gegen Duke-Gegner, millionenschwere Fernsehwerbung und US-weite tägliche Berichterstattung in den bürgerlichen Medien. Die Tageszeitung von New Orleans sprach von der »Wahl unseres Lebens«.

Im Wahlkampf spielte Duke seine langjährige Führungstätigkeit im Ku-Klux-Klan und seine enge Zusammenarbeit mit Neofaschisten als »hitzköpfige Jugendsünden« herunter. Er präsentierte sich als christlich geläuterter »konservativer Republikaner«. Seine Wahlstrategie konzentrierte sich auf rechtspopulistische Themen: gegen »Sozialhilfe-Betrug«, gegen Antidiskriminierungs-Gesetze, für Steuerkürzungen, für »Gesetz und Ordnung« und konsequente Drogenbekämpfung, gegen Importe und Investitionen aus Japan, gegen die »liberalen Medien« und die »liberale Elite« in Washington. Immer wieder bemühte er das Bild einer morschen, von innen heraus moralisch verfaulenden Gesellschaft.

Derartige Parolen zielen auf alte Ressentiments, die durch die unterschwellig rassistische Rhetorik - und Praxis - der Reaganschen »Neuen Rechten« hoffähig gemacht worden waren. Dukes Wahlkampfthemen stammen in der Tat zum Großteil aus dem herkömmlichen republikanischen Forderungskatalog. Die Demagogie gegen den »Wohlfahrtsstaat« soll rassistische Assoziationen im weißen Publikum wecken. Begriffewie »Kriminalität«, »Drogen« oder »Sozialhilfe« wirken als Signalwörter für »Schwarze und Latinos«. Rassistische Einstellungen werden mit scheinbar (haut-)farblosen Begriffen verschlüsselt und können auf diese Weise so ungeniert wie unmißverständlich öffentlich vertreten werden. Duke polemisiert gegen den »sozialen Wohlfahrtsstaat, der zu einer steigenden unehelichen Wohlfahrts-Geburtenrate führt«, mit der Absicht, daß sein Publikum übersetzt: »Arme Schwarze kriegen haufenweise Kinder, und *wir* zahlen noch Steuern dafür.«

Aus republikanischer Sicht hat sich die Stimulation rassistischer Ressentiments bewährt. Im Wahlkampf 1988 gab ein Fernseh-Wahlspot für George Bush den Ausschlag, der einen schwarzen Vergewaltiger zeigte und damit den Demokraten Weichlichkeit gegenüber Kriminellen vorhielt. Reagan zog 1980 und 1984 gegen »welfare queens« zu Felde: (schwarze) Frauen, die angeblich trickreich alle möglichen Sozialleistungen anzapfen und so ein Vermögen anhäufen. Warum sollten

sich (schwarze) Arbeitslose mit Essensgutscheinen vom Sozialamt ein Steak leisten dürfen, wenn hart arbeitende ehrliche (weiße) Steuerzahler gerade genug Geld für Hackfleisch zusammenkratzen können?

Schuld an der sich verschärfenden wirtschaftlichen Misere und dem Bankrott vieler öffentlicher Haushalte sind in der Propaganda der US-amerikanischen Rechten angeblich »überhöhte« Sozialausgaben, obwohl ein Bundesstaat wie Louisiana nicht einmal 2 Prozent seines Budgets für Sozialhilfe aufwendet. Duke stützt diese pseudo-ökonomische Behauptung noch mit einem eugenischen Argument: 1989 erklärte er in einem Interview, daß »die Leute mit niedrigem Einkommen und niedrigem IQ ... die höchsten Geburtenraten in unserer Gesellschaft haben.]Mit Sozialhilfe und Kindergeld fördert die Regierung die am wenigsten geeigneten und begabten Leute mit der höchsten Geburtenrate... Das verstößt gegen die Evolution.«

Während des Wahlkampfs beteuerte Duke jedoch, er glaube nicht länger an eine rassische Minderwertigkeit von Schwarzen und Juden. Vielmehr gehe es ihm jetzt darum, die »europäisch-christlichen Werte« der USA zu bewahren und vor »Überfremdung« durch unkontrollierte Immigration zu schützen - Parallelen zur europäischen »Neuen Rechten« sind da nicht zu überhören. »In manchen Schulen dürfen wir nicht einmal mehr Weihnachtslieder singen«, beschwerte er sich in einer Fernsehdiskussion.

Bis zu Dukes Erfolg in den Vorwahlen hatten ihn bürgerliche Medien und liberale Politiker weitgehend ignoriert. Ein Riesenfehler, meint Lance Hill, Direktor der überparteilichen *Louisiana Coalition Against Racism and Nazism*, die eigens dazu gegründet worden ist, Duke zu bekämpfen: »Duke ist wie ein Pilz - er gedeiht im Dunkeln.« Die *Coalition* warnte vor Dukes Doppelstrategie: »In der Öffentlichkeit präsentiert er sich als moderater Konservativer, (während) er im Kreis seiner Aktivisten eine zweite Kampagne, eine Schattenkampagne für sein langfristiges Ziel der Züchtung einer Superrasse führt.«

Kurz vor der Stichwahl im November berichtete die Tageszeitung von New Orleans über ein Interview, das Duke 1990 als Landtagsabgeordneter einem schottischen Reporter gegeben hatte. Darin forderte er den Friedensnobelpreis für Rudolf Hess, sprach vom »angeblichen« Holocaust und behauptete, daß der Zweite Weltkrieg von Juden verursacht worden sei, um die »arische Kultur« auszulöschen. In einem TV-Wahlspot der Demokratischen Partei hieß es dazu sarkastisch: »Vote for Duke - Create a Fuehrer«. Der Chef der Nationalgarde von Lousiana erinnerte im Fernsehen daran, daß er im Zweiten Weltkrieg gegen die Nazis gekämpft habe. Umso bitterer sei es jetzt für ihn, möglicherweise mit einem »unamerikanischen« Hitlerverehrer als Gouverneur konfrontiert zu sein.

Als die Umfragen schließlich ein Kopf-an-Kopf Rennen zwischen Duke und Edwards voraussagten, bekamen selbst Louisianas Arbeitgeberverbände kalte Füße. Obwohl - laut »Washington Post« - die meisten Unternehmer mit den wirtschaftspolitischen Positionen Dukes übereinstimmten, sei der »ehemalige Nazisympathisant« nicht wählbar. »Mit dem von Duke vertretenen Radikalismus können keine Geschäfte blühen.« Die Handelskammer von New Orleans, in der die Tourismusbranche dominiert, warnte davor, daß unter einem KKK-Gouverneur nationale Sportturniere und Kongresse in andere Bundesstaaten verlegt werden würden, mit schwerwiegenden Folgen für den Fremdenverkehr. Ein Anti-Duke-Wahlspot zeigte einen Texaner, der Duke viel Erfolg in Louisiana wünschte: dann nämlich würden viele Firmen nach Texas umsiedeln.

Die Sorge vor den wirtschaftlichen Auswirkungen einer Regierung Duke mag erklären, warum immerhin 45 Prozent der weißen Stimmen an Edwards gegangen sind. Den Ausschlag hat jedoch eine massive antirassistische Mobilisierung und Rekord-Wahlbeteiligung der schwarzen Bevölkerung gegeben, die zu 96 Prozent gegen Duke stimmte, der mit seinen insgesamt 39 Prozent der Stimmen dennoch durchaus zufrieden sein kann. Im Vergleich zu seinem bisher besten Wahlergebnis (605.000 Stimmen oder 44 Prozent bei der Kandidatur zum US-Senat ein Jahr zuvor, bei niedrigerer Wahlbeteiligung) konnte er 1991 absolut sogar noch über 60.000 Stimmen zulegen. Und dies obwohl die gesamte bürgerliche Presse, Unternehmerverbände und selbst der Republikaner George Bush zur Wahl des demokratischen Gegenkandidaten aufgerufen hatten. Selbst jeder vierte als Demokrat registrierte Wähler stimmte für Duke, dem es gelungen war, einen schlagkräftigen hochmodernen Wahlkampfapparat aufzubauen und sein Programm weit über die Grenzen Louisianas hinaus bekannt zu machen. Er trat in beinahe sämtlichen national ausgestrahlten Fernseh-Talkshows auf und wurde in den wichtigsten Nachrichten- und Politmagazin-Sendungen ausgiebigst interviewt.

Louisiana ist einer der ärmsten Bundesstaaten der USA. Der Staat am Golf von Mexiko lebte lange Zeit von der Erdölförderung, aber mit dem Preiseinbruch auf den internationalen Ölmärkten in den 80er Jahren ging der Boom zuende. Dukes Wähler gehören jedoch keineswegs nur zu den »Verlierern« der Wirtschaftskrise, sondern konzentrieren sich in den wohlhabenden weißen Mittelschichts-Vororten und im ländlichen Norden des Staates. Seine höchsten weißen Stimmenanteile (61 Prozent) konnte Duke in den mittleren Einkommensgruppen (15.000 bis 50.000 Dollar Jahresverdienst) verzeichnen.

Bis Ende Oktober (spätere Zahlen liegen noch nicht vor) erhielt Duke knapp zwei Millionen Dollar von über 20.000 Einzelspendern. Die meisten Beträge lagen zwischen 20 und 100 Dollar, fast die Hälfte der Spenden kam von außerhalb

Louisianas. (Zum Vergleich: Dukes demokratischer Gegenkandidat erhielt im selben Zeitraum einen höheren Gesamtbetrag, der sich jedoch aus weniger als 2.000 Einzelspenden zusammensetzte). Es ist Duke also gelungen, sich eine loyale kleinbürgerliche Massenbasis zu schaffen, um die ihn andere Kandidaten nur beneiden können.

Das logistische Rückgrat seines Wahlkampfapparats wurde von rechtsextremen Organisationen gestellt. Sein Hauptquartier und das NAAWP-Büro befanden sich im selben Gebäude. KKK und NAAWP stellten Duke zahlreiche Wahlhelfer und materielle Unterstützung zur Verfügung. Die *National Alliance*, die »Mutterorganisation« der früheren Terrorgruppe *The Order*, rief in Radio-Werbespots im Namen von »white unity« zur Wahl Dukes auf. Auch Thom Robb, Dukes Nachfolger bei den *Rittern des Ku-Klux-Klan*, sah neue Chancen: »Louisiana hat *einen* David Duke. Wir werden Amerika eintausend davon geben.« Robb kündigte an, in Arkansas ein Trainingslager für rechtsextreme Wahlkämpfer einzurichten.

Der frühere Atheist Duke hat im Wahlkampf keine Gelegenheit ausgelassen, sich zu seiner christlichen »Wiedergeburt« zu bekennen. Offensichtlich mit Erfolg, denn zahlreiche weiße christliche Fundamentalisten waren bereit, ihm seine »Jugendsünden« zu vergeben: 69 Prozent der frommen Fanatiker stimmten für Duke. Dies ist ein bemerkenswerter Einbruch in das weiße evangelikale Lager und läßt für Dukes künftige Wahlkämpfe im konservativen und stockfrommen *bible belt* der Südstaaten Schlimmes ahnen.

Die religiöse Neue Rechte in den USA war *die* Massenbasis der Reagan-Koalition. Ihre Wortführer, fundamentalistische Prediger wie Jerry Falwell und Pat Robertson, hatten stets Distanz zu Duke und anderen Neonazis gehalten. Zwar agitiert dieevangelikale Rechte nicht selten mit unterschwellig antisemitischen Tönen, sie verteidigt aber - anders als Duke - lautstark das Existenzrecht Israels (und sei es nur, weil Jerusalem in jüdischer Hand sein muß, bevor Jesus wiederkommen kann).

Robertsons Basisorganisation, die rechtsgerichtete *Christian Coalition*, deren Ziel es ist, in der Republikanischen Partei »von einem Stimmbezirk zum nächsten« die Macht zu übernehmen, hatte im letzten Herbst nur wenig Berührungsängste und unterstützte aktiv Dukes Wahlkampf in Louisiana - gegen den Willen ihres Vorsitzenden. Eine Gruppe von fünf prominenten fundamentalistischen Pfarrern interviewte Duke, um seine »Wiedergeburt« zu »überprüfen«. Die Geistlichen kamen zu einem gemischten Urteil: »Er hat inzwischen das richtige politische Programm, aber wir wissen nicht, ob er wirklich christlich bekehrt ist.«

Solche Differenzen sind nicht auf die religiöse Rechte begrenzt, sondern symptomatisch für die Zersplitterung und internen Machtkämpfe der Neuen Rechten in den letzten Jahren. Seit dem Abgang ihres Sprachrohrs Ronald Reagan und der Amtsübernahme des pragmatischeren George Bush Anfang 1989 zerfällt die frühere Reagan-Koalition aus traditionellen Konservativen, neokonservativen Intellektuellen, religiösen Fundamentalisten, neoliberalen Marktwirtschafts-Ideologen, Yuppies und »Reagan-Democrats« (v.a. privilegierte weiße proletarische Schichten, die traditionell demokratisch gewählt hatten). Viele auf dem rechten Flügel der Republikanischen Partei sind frustriert, weil es in den vergangenen elf Jahren nicht gelang, die reaktionären Moralvorstellungen des Reaganschen Programms - totales Abtreibungsverbot, Schulgebet, Bekämpfung der schwarzen Bürgerrechts-, der Frauen, Schwulen- und Lesben-Bewegungen - *vollständig* zu verwirklichen.

Am 4. Dezember meldete Duke in Washington seine Kandidatur für die republikanischen Präsidentschaftsvorwahlen im Frühjahr (92 an. Während er von »außen« in den republikanischen Zerfallsprozeß interveniert und ihn für eine neofaschistische Mobilisierung zu nutzen versucht, reorganisiert sich der rechte Flügel der Partei von »innen«. Wenige Tage nach Duke ließ auch der reaktionäre Journalist Pat Buchanan seine Kandidatur gegen Bush registrieren. Buchanan, ehemaliger Berater von Nixon und Reagan, gilt als Wortführer des traditionell-erzkonservativen Flügels der Partei. Zwar distanziert er sich von der *Person* David Duke, hat aber bereits deutlich gemacht, daß sein Wahlprogramm dessen Themen aufgreifen wird. Buchanan attackiert die Freihandelspolitik Bushs und appelliert an rassistische Ressentiments. Kurz bevor er seine Präsidentschaftskandidatur anmeldete, behauptete er in einer Fernseh-Talkshow: »Wir sind ein europäisches Land, ein englischsprachiges Land«, und fragte: »Gott hat alle Menschen als gut geschaffen, aber wenn wir nächstes Jahr eine Million Immigranten aufnehmen und in Virginia ansiedeln müßten, zum Beispiel Zulus oder Engländer - welche Gruppe würde sich besser assimilieren und weniger Probleme für die Leute in Virginia verursachen?« Kurz darauf erklärte er seine Absicht, »unsere westlichen Werte zu bewahren und an künftige Generationen weiterzugeben, anstatt diese Werte auf einer Müllhalde abzuladen, die Multikulturalismus genannt wird«.

Buchanan ist allerdings auch unter Konservativen heftig umstritten - wegen seines kaum verhüllten Antisemitismus und seiner langjährigen Unterstützung für NS-Kriegsverbrecher. Nachdem er jahrelang jede US-Aggression in der Dritten Welt verteidigt hatte, sprach er sich vor gut einem Jahr plötzlich gegen die US-Intervention am Persischen Golf aus. Er behauptete, die einzigen(!), die einen Krieg gegen den Irak wünschten, seien das israelische Verteidigungsministerium »und seine Amen-Ecke in den Vereinigten Staaten«. Als Beispiele für Vertreter dieser »Amen-Ecke« nannte Buchanan vier prominente amerikanische Juden (u.a. Henry Kissinger), als Opfer »Jungs mit Namen wie McAllister, Murphy, Gonzales und Leroy Brown«. Auf gut Deutsch: »Die Juden zerren uns (christliche) Amerikaner in den Krieg.«

Buchanans Wahlkampfmotto »America First« bezieht sich ausdrücklich auf das isolationistische *America First Committee* der 30er und frühen 40er Jahre. Dieses Committee, in dem sich zahlreiche Nazi-Sympathisanten befanden, mobilisierte gegen einen Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg. Buchanan selbst hat wiederholt bezweifelt, daß z.B. im KZ Treblinka wirklich Massenmorde verübt wurden. Gemeinsam mit der *Liberty Lobby*, Lyndon LaRouche und verschiedenen Organisationen osteuropäischer Emigranten und Nazi-Kollaborateure hat er darüber hinaus eine Kampagne gegen das *Office of Special Investigations* (OSI) im US-Innenministerium geführt. Das OSI ist damit beauftragt, in den USA untergetauchte NS-Kriegsverbrecher aufzuspüren. Es arbeite mit dem sowjetischen KGB zusammen, lautete der Vorwurf. Buchanan protestierte regelmäßig gegen die Auslieferung von Kriegsverbrechern an die Sowjetunion oder Israel.

Zwischen den beiden rechtsradikalen Präsidentschaftskandidaten ist eine gewisse Arbeitsteilung bereits deutlich erkennbar: Buchanan konzentriert sich auf die erste Vorwahl am 18. Februar im krisengeschüttelten Bundesstaat New Hampshire im äußersten Nordosten der USA, um dort ein Protestsignal gegen den angeblichen »Ausverkauf republikanischer Prinzipien« durch George Bush zu setzen. Im übrigen will er sich als Wortführer des rechten Parteiflügels etablieren und so eine gute Ausgangsposition für die Präsidentschaftswahlen 1996 erreichen, wenn Bush nicht wieder kandidieren darf. Duke wird das Feld zunächst Buchanan überlassen und weder in New Hampshire noch zu einigen anderen frühen Vorwahlen antreten. Er steigt erst am 7. März in South Carolina und anschließend in weiteren ausgewählten Bundesstaaten ein, da es der Parteiführung gelungen ist, seine Kandidatur für einige wenige Vorwahlen aus formalen Gründen platzen zu lassen.

Daß Duke bereits in den Vorwahlen Bush tatsächlich ernsthaft gefährden könnte, glaubt kaum jemand. Aber der Aufbau eines landesweiten Wahlkampfapparats und die begleitende (kostenlose!) Aufmerksamkeit der Massenmedien sind unbezahlbare »Nebenprodukte« für die längst in Angriff genommene nationale neofaschistische Organisierung. Außerdem wird Duke vermutlich erhebliche Beträge an staatlicher Wahlkampf-Kostenerstattung einstreichen können. Er hat bereits angekündigt, nach einer Niederlage in den Vorwahlen möglicherweise im November als unabhängiger Bewerber gegen die offiziellen Präsidentschaftskandidaten (Kandidatinnen wird es wohl keine geben) der Republikaner und Demokraten antreten zu wollen (was Bushs Wiederwahlchancen zunichte machen könnte). Aber er könnte sich auch in Louisiana von einem überwiegend weißen Wahlkreis in den US-Kongreß wählen lassen und sein Mandat in Washington als nationale Plattform nutzen. Die linke Wochenzeitung »The Nation« hat warnend darauf hingewiesen, daß für die politischen Kräfte um Duke eine »Stimmabgabe für die Republikaner noch das Unwichtigste« sei: »Die wollen, daß ihre Sympathisanten fragen: Wer steht hinter Integration und Rassenvermischung? Wer profitiert davon? Und sie wollen als Antwort, daß es die Juden sind.«

Rassistische Einstellungen sind in den USA zweifellos weit verbreitet. So ergab etwa eine Ende 1990 durchgeführte repräsentative Umfrage, daß 62 Prozent der weißen Amerikaner Schwarze für weniger fleißig und 53 Prozent für weniger intelligent als Weiße halten. Ob solche Einstellungen im Zuge der sich verschärfenden Wirtschaftskrise in massenhaften offenen Rassismus umschlagen werden, bleibt abzuwarten. Aber nach Auffassung des antifaschistischen *Center for Democratic Renewal* zeigt Dukes landesweite Resonanz bereits die Möglichkeit »eines Bündnisses zwischen einem breiten Teil der weißen Bevölkerung, der sowohl anti-elitär als auch gegen rassische Gleichberechtigung eingestellt ist, und einem kleineren harten Kern von weißen Rassisten im Klan oder in Neonazigruppen. Duke hat weiße rassistische Aktivisten mit Ultrakonservativen zusammengebracht, die bereit sind, ihre Allianz mit dem republikanischen Establishment aufzugeben.«

Einen indirekten Erfolg kann Duke bereits verbuchen: Die gesamte öffentliche politische Diskussion ist nach rechts gerutscht. In Louisianas Nachbarstaat Mississippi wurde ebenfalls im November der erzkonservative Republikaner Kirk Fordice zum Gouverneur gewählt. Er hatte in den Vorwahlen zunächst den offiziellen republikanischen Bewerber besiegt, aber in der Stichwahl gegen einen liberalen Demokraten dann massive Unterstützung aus Washington erhalten. Die programmatischen Äußerungen von Fordice und Duke sind - bis in die Wahl der stigmatisierenden Symbolik (schwarze Mütter mit Sozialhilfe usw.) - identisch gewesen. Einziger Unterschied: Fordice(Vergangenheit weist nicht den »Makel« einer KKK- oder Neonazi-Mitgliedschaft auf.

Selbst die Präsidentschaftskandidaten der Demokraten sind in den letzten Monaten nach rechts gerückt und wetteifern mittlerweile untereinander mit Vorschlägen für eine »Wohlfahrtsreform«, durch die die ohnehin magere Sozialhilfe an »Wohlverhalten« oder an einen staatlichen Arbeitsdienst gekoppelt werden soll: *workfare* statt *welfare*. In manchen Bundesstaaten werden die Vorschläge, »Sozialhilfe von einer Langzeit-Krücke in eine kurzfristige Prise Verhaltensmodifikation zu verwandeln« (»Washington Post«), bereits in die Tat umgesetzt, was Bush in seiner Rede zur »Lage der Nation« Ende Januar ausdrücklich unterstützte: »Es ist an der Zeit, die Grundannahmen des Sozialstaats aufzugeben und das Wohlfahrtssystem zu reformieren... Wenn gesunde Menschen Sozialleistungen vom Staat beziehen, dann haben sie eine Verantwortung dem Steuerzahler gegenüber. Eine Verantwortung dafür, Arbeit oder Ausbildung zu suchen, ihre Familien zusammenzuhalten, keine unehelichen Kinder zu zeugen und dem Gesetz zu gehorchen.« Ein Präsident Duke hätte das nicht anders ausgedrückt.

Bush ist seinen rechtsradikalen Herausforderern bereits sehr weit »entgegengekommen«, um die republikanischen Vorwahlen ohne allzuviele Blessuren zu überstehen. Gleichzeitig erlaubt ihm die unverhüllt rassistische Rhetorik seiner Konkurrenten, sich als »gemäßigt« zu präsentieren. Auch in den Hauptwahlen im November dieses Jahres wird er also sicherlich rechtspopulistische Themen aufgreifen und die »bewährten«, mehr oder weniger verschlüsselten, rassistischen Angriffe gegen seinen demokratischen Gegenkandidaten führen. US-Vizepräsident Quayle gab nach der Gouverneurswahl in Louisiana bereits die Marschrichtung an: Das Problem mit dem ehemaligen Klanführer sei nicht Dukes »populäre Botschaft, sondern (nur) der Bote«.

Informationen über David Duke sind bei der *Louisiana Coalition Against Racism and Nazism* erhältlich: 234 Loyola Avenue, New Orleans, Louisiana 70112. Das beste Dokumentationszentrum über die extreme Rechte in den USA ist das *Center for Democratic Renewal*, P.O.Box 50469, Atlanta, Georgia 30302.

Michael Hahn arbeitet in der Student Coalition Against Apartheid and Racism in Washington, DC

Konkret 03/92, S. 46

Michael Scharang

Die Beraterin des Kanzlers

»Habe er anfangs die Regierung verdächtigt, eine gut organisierte Bande zu sein, welche heimlich, auf jeden Fall hinter dem Rücken der Bevölkerung, das Inland an ausländische Interessenten verschiebe, so liebäugle er nun bereits mit der These, Regierung und Bevölkerung steckten unter einer Decke und richteten das Land in bestem Einverständnis zugrunde.« - Vorabdruck aus Michael Scharangs Roman »Auf nach Amerika«, der Ende März im Luchterhand Literaturverlag erscheint

Selbstverständlich holte ich Maria vom Flughafen ab; ich hetzte gerade in die Ankunftshalle, als sie die Zollkontrolle durchschritt. Ich hatte nicht nur die falsche Straßenbahn, sondern auch den falschen Bus genommen; wozu war ich eigentlich, um mich auf das Wiedersehen einzustellen, am Vortag nicht zur Arbeit gegangen? Fünfzehn Jahre hatte ich Maria nicht gesehen, zwanzig Jahre war sie nicht in Österreich gewesen. Wird sie sich einleben? Kann man sich hier einleben? Wird sie mich überhaupt erkennen? Ich war mir nicht sicher, ob ich nach den vielen Jahren in Wien noch menschenähnliche Züge trug. Doch das Wiedersehen verlief einfacher als gedacht. Ehe wir uns in die Arme fielen, fragte Maria mich, ob ich eine Freundin habe. Die hat mich, antwortete ich wahrheitsgemäß, vorgestern verlassen. Was für eine kluge Frau, sagte Maria.

Zwei Monate später heiratete sie einen hohen Diplomaten, wodurch auch das einzige ernsthafte Problem, auf das Maria in Wien stieß, das Wohnungsproblem, großzügig gelöst war. Ihr Mann sei nicht freiwillig in den Innendienst des Außenministeriums zurückgekehrt, erzählte sie mir am Abend nach der Hochzeit, als wir auf ihre Vermählung mit diesem älteren Herrn, der die Abende am liebsten allein verbrachte und außerdem gern früh zu Bett ging, anstießen. Meine Rolle schien von Anfang an darin zu bestehen, Maria immer dann zu Diensten zu sein, wenn sie etwas feiern wollte, und sie feierte damals schon in jenem widerwärtigen Feinschmekkerlokal, das zu meinem Leidwesen im Lauf der Jahre zu Marias Stammlokal wurde; sie hatte einen Hang zum Repräsentieren.

Ihr Mann, sagte Maria, habe immer noch die Außenpolitik der Nachkriegszeit vertreten und es einfach nicht wahrhaben wollen, daß die jetzige Regierung Österreich bereits aufgegeben habe. Er ahne das zwar, wie jeder hellhörige und an Österreich interessierte Mensch, andererseits, wer in Österreich interessiere sich schon für die Existenz dieses Landes. Marias unwirsche Geste verfehlte mein Weinglas so knapp, daß ich, da es meine Art ist, jedes Unglück vorwegzunehmen, den Wein bereits über meine Hose rinnen sah und das Glas schon am Boden zerschellen hörte. Ihr Mann ahne das zwar, wolle es aber, wie gesagt, nicht wahrhaben, er sei, was sie rührend finde, ein Vertreter der alten Diplomatie, unbeirrt hänge er der Einbildung nach, die Politik regiere die Welt, wo doch, sagte Maria, sogar das Sprichwort es besser wisse. Immerhin hadere er tagaus, tagein mit der Regierung. Kein Frühstück vergehe, ohne daß er spätestens beim Bestreichen des Brotes mit Honig - des Brotes! sagte Maria, die runden Wiener Semmeln, die sogenannten Kaisersemmeln, hasse er, sie würden ausschauen wie Ärsche und erinnerten ihn zu sehr an seine Vorgesetzten; insbesondere der Minister würde den Wiener Semmeln zum Verwechseln ähnlichschauen; kein Frühstück vergehe, sagte Maria, ohne daß ihr Mann die Wehklage anstimme, die jetzige Regierung verschleudere das wenige, das in diesem Land erhaltenswert sei, sie setze sich aus Totengräbern und Hochverrätern zusammen und sauge dem Land das bißchen Substanz, das sich nach dem letzten Krieg mühsam gebildet habe, aus dem Leib, damit die Österreicher haltlos zurückfallen würden in den Deutschnationalismus und sich der nächste Anschluß noch unproblematischer gestalte als der letzte.

Außerdem, so erzählte Maria am Abend nach ihrer Hochzeit, greife ihr Mann erst dann nach der Kaffeekanne, wenn er das Frühstücksbrot verzehrt habe, nichts schlage sich seiner Ansicht nach mit dem Geschmack von Honig mehr als der Geschmack schwarzen Kaffees, und nirgendwo auf der Welt, außer in Italien, sei er auf Menschen gestoßen, welche diese Ansicht geteilt hätten, deshalb sei seine Zeit als Botschafter in Rom seine glücklichste gewesen, obwohl es ihm natürlich schwer angekommen sei, diesen weitherzigen Menschen ausgerechnet Österreichs engstirnige Außenpolitik vermitteln zu müssen. Schon als sie ihm zum erstenmal begegnet sei, erzählte Maria, habe er von seiner Rückversetzung als von einer Strafe gesprochen, denn er könne sich bei allem guten Willen in Wien nicht mehr einleben.

Ich hatte schon dagegen protestieren wollen, daß den ganzen Abend nur über den Alten geredet wird, den ich, ohne es zuzugeben, doch als Nebenbuhler empfand, nun aber begann er mich zu interessieren. Schon das erste Zusammentreffen sei eigenartig gewesen, sagte Maria auf eine entsprechende Frage von mir, unvermittelt sei er auf dem Gang des Ministeriums vor ihr gestanden, habe ihr den Weg versperrt und gesagt: Sie haben ein offenes Gesicht, und hinzugefügt: ein weltoffenes. Er habe aufs Jahr genau erraten, wie lange sie im Ausland gelebt habe, er könne das ihrem Gesicht ablesen. Wie Leute anderswo Handleser seien, habe er sich in dieser Stadt zum Gesichtsleser entwickelt, gezwungenermaßen beschränke sich sein Umgang mit Menschen aufs Gesichtslesen, das Reden erübrige sich ja, seit im Reden kein Platz mehr sei für die Sprache, wie ja auch sonst für nichts Platz sei: im Fernsehen keiner für Bilder, da es sich beim Fernsehen in Wirklichkeit um ein Nahsehen handle, so nahe an der Realität, daß man sich kein Bild von der Wirklichkeit mehr machen könne. In den Zeitungen sei kein Platz fürs Zeitgeschehen, da die Zeitungen so nah an die Zeit heranrücken würden, daß

die sich zu einem Zeitgeschehen nicht mehr entfalten könne, und, wie gesagt, im Reden sei kein Platz für die Sprache, nur noch für Wortprügel, um einem Meinungen einzubleuen, und für Satzprügel, um jene Meinungen über die Welt zu verbreiten, über die immer größer werdende deutsche Welt. Nestroy würde diese Sprache gar nicht verstehen, denn das von ihm erfundene Österreichisch habe nicht aus deutschen, sondern hauptsächlich aus Fremdwörtern bestanden.

Da sich somit das Reden erübrige, sei er Gesichtsleser geworden, an sich eine unterhaltsame Sache, doch in Wien ein bitteres Geschäft, denn hier seien die Gesichter nicht nur wie anderswo zugewachsen von Übelwollen, Unfreundlichkeit und Unwissen, hier seien sie auch noch weltverschlossen, habe, sagte Maria, ihr jetziger Mann beim ersten Zusammentreffen, das sie wie einen Zusammenstoß empfunden habe, gesagt. Nun, da sie ihn genauer kenne, werde sie den Eindruck nicht los, ihr Mann dringe zwar über das Gesichtslesen immer tiefer in die Wirklichkeit ein, verliere dabei aber die Beziehung zur Realität; habe er anfangs die Regierung verdächtigt, eine gut organisierte Bande zu sein, welche heimlich, auf jeden Fall hinter dem Rücken der Bevölkerung, das Inland an ausländische Interessenten verschiebe, so liebäugle er nun bereits mit der These, Regierung und Bevölkerung steckten unter einer Decke und richteten das Land in bestem Einverständnis zugrunde, wirtschaftlich und geistig, und, wie er betonte, endgültig.

Davon abgesehen, sei er ein zauberhafter Mann; die Erfüllung ehelicher Pflichten habe sie, Maria, vor der Heirat ausgeschlossen, was, um bei der Wahrheit zu bleiben, ihren jetzigen Mann überhaupt erst bewogen habe, um ihre Hand anzuhalten. Und er sei ein wunderbarer Mensch, er schließe sich, kaum vom Dienst nach Haus gekommen, ins kleinste Zimmer der riesigen Wohnung ein und kommandiere dort Seestreitkräfte, was sie deshalb vermute, weil sie ihn des öfteren das Wort Fregatte habe rufen hören, undeutlich allerdings, es könnte sich auch um das Wort Frittate gehandelt haben.

Meine Vermutung, Maria habe den Diplomaten auch deshalb geheiratet, um im Außenministerium dessen Protektion zu genießen, erwies sich als falsch. Maria wechselte ins Bundeskanzleramt, was mich sehr überraschte, da sie mir den Kanzler immer als das geistig unbeweglichste von allen Regierungsmitgliedern beschrieben hatte. Auf seine Art, sagte Maria, sei der Kanzler dennoch faszinierend: Unglaublich, wie ein SPÖ-Vorsitzender in idealer Weise die Politik der ÖVP verkörpere. Außerdem lasse sich nichts Abenteuerlicheres vorstellen, als dem Kanzler Reden zu schreiben: hinreißend, daß er weder frei sprechen noch vom Zettel ablesen könne; genial geradezu, wie diese beiden Unfähigkeiten sich zu der Fähigkeit verbinden würden, vom Zettel ablesend frei zu sprechen.

Der Dank des Kanzlers für den Undank, den Maria ihm im Gespräch mit mir erwies, blieb nicht aus. 1990 ernannte er sie zu seiner Ersten Beraterin. Ich stellte mir vor, Maria habe es verstanden, sich unentbehrlich zu machen, doch darum konnte es nicht gegangen sein, denn der Ernennung folgten viele Monate, in denen Maria überhaupt nicht für den Kanzler tätig war, da die Vertragsverhandlungen, wie Maria das Feilschen um ein Spitzengehalt nannte, sie vollständig beanspruchten. Als Maria von den Vereinigten Staaten zurückgekehrt war, hatte sie sich in Gelddingen unkompliziert gezeigt und sprach, anders als ich, von Geld nur, wenn sie keins hatte. In den Wiener Jahren jedoch entwickelte sie eine unvorstellbare Geldgier, beging das Sakrileg, den Status einer Beamtin abzulehnen und auf Vertragsbasis zu arbeiten, was in ihrem Fall hieß, den Vertrag beständig mit Sonderzuschlägen zu erweitern. Seit ihrer Rückkehr hatte Maria keinen einzigen Tag Urlaub genommen, jedoch allein in Europa sieben Ferienwohnungen erworben.

Die Ernennung Marias zur Ersten Beraterin des Kanzlers hatte zunächst keine beratende Tätigkeit, dafür aber die Verleihung eines pompösen Berufstitels zur Folge, denn mußte der Staat schon so viel Geld für Maria ausgeben, sollte die Empfängerin vom Titel her auch etwas darstellen. Schließlich kam es nach Ernennung und Verleihung doch zur definitiven Bestellung, die, auch das war eine Bedingung Marias, mit einem Festakt im Bundeskanzleramt begann und mit einer Pressekonferenz in der Concordia einen öffentlichen Abschluß fand.

Zu Mittag desselben Tages rief Maria mich an und teilte mir diese Neuigkeiten mit. Ich wußte sofort, daß ihr Redefluß in die Bemerkung münden würde, die Ernennung müßte heute abend gefeiert werden, und ich hörte mich auch schon antworten: Selbstverständlich, sagte dann aber doch nur: Wenn es sein muß. Sofort stellte Maria die Frage, was ich damit sagen wolle. Ich wußte die Antwort: Ich hatte mir vorgenommen, Maria nicht mehr in allem nachzugeben, mich von ihr zumindest ein wenig zu lösen. Im anderen Fall, das wußte ich aus Erfahrung, sei jeder Versuch, mich mit einer anderen Frau anzufreunden, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Seit Wochen drängte es mich, einen solchen Versuch zu wagen, mit einer Bibliothekarin der Nationalbibliothek, mit der ich bei jedem meiner Bibliotheksbesuche flirtete, die ich aber nicht ansprechen wollte, solange ich mich an Maria derart gebunden fühlte. Ich wußte also die Antwort, gab jedoch eine andere: Nichts habe ich damit sagen wollen.

Maria darauf: Wir sehen uns in fünf Minuten. Sie hatte recht; in fünf Minuten war es halb eins, die Zeit, uns mittags zu treffen, nicht täglich, aber doch ein-, zweimal in der Woche, in unserer Mittagspause, im Café Bräunerhof, wo ich, auf Einladung Marias, gern ein Menü zu mir nahm oder, wie sie, einen Kaffee oder, wie sie, einen Topfenkuchen und, anders als sie, die nur Mineralwasser trank, ein Glas Soda, im Café Bräunerhof, nicht weil dieses Kaffeehaus uns gefiel, sondern weil es unserer Schätzung nach sowohl von Marias Arbeitsplatz, dem Bundeskanzleramt, als auch von meinem, dem Museum für Völkerkunde, ungefähr gleich weit entfernt lag. Arbeitsplatz: Ob in den konkreten Fällen dieses Wort

angebracht war, bezweifelte ich. Marias Schreibtisch, von keiner Schreibmaschine, keinem Computer, keinem Bleistift verunziert, stand in einem Barocksaal; Maria war dank ihrer Begabung, die anderen Berater arbeiten zu lassen und deren Arbeitsergebnisse in eine auch dem Kanzler zugängliche Form zu bringen, schon vor der Bestellung zur Chefberaterin, wie ich zu sagen pflegte, zur Hauptberaterin, wie sie sich ausdrückte, die wichtigste Mitarbeiterin des Kanzlers gewesen. Die wenigen Male, die ich Maria von der Arbeit abholte, hatte ich den Eindruck, sie residiere eher, als daß sie arbeite. Ich zögerte aber auch, mein Zimmer von der Größe eines Abstellraums im Völkerkundemuseum Arbeitsplatz zu nennen, nicht weil es so klein war, sondern im Gegenteil, weil es einen Luxus darstellte, der mir im Grunde nicht zukam.

Ich hatte nach meiner Rückkehr aus Amerika Arbeit im Völkerkundemuseum gefunden, nachdem es mir gelungen war, dank der Gastgeschenke, mit welchen die Maumees mich bedacht hatten, das Interesse des stellvertretenden Museumsdirektors auf mich zu lenken; ich wurde als sogenannter Vertragsbediensteter eingestellt und einem Team von drei Arbeitern zugewiesen, das für den Auf- und Umbau von Ausstellungen zuständig war. Was für eine Karriere, hatte ich damals gedacht, vom Bauarbeiter, der ich in der Jugend hatte sein müssen, zum Umbauarbeiter in einem Wiener Museum; und was für ein Glück - denn ich merkte sehr bald, daß meine Anstellung auf ein Entgegenkommen des stellvertretenden Direktors zurückging und nicht darauf, daß jenes Team hätte erweitert werden müssen. Die drei hatten vorher schon wenig zu tun gehabt. Dann kehrte Maria nach Wien zurück, und kaum hatte sie eine Position von entsprechendem Einfluß, als sie ohne mein Wissen, aber, ich gebe es zu, ganz in meinem Sinn, erwirkte, daß ich zum Leiter jenes Auf- und Umbauteams ernannt wurde und für diese Funktion ein kleines Büro zugeteilt erhielt, das, wie gesagt, ich mich scheute, Arbeitsplatz zu nennen.

Ich kam vor Maria ins Café Bräunerhof; ob ich mir den ausgreifenden Bergsteigerschritt schon als Kind in den Kalkalpen oder erst später in den Rocky Mountains angewöhnt hatte, wußte ich nicht; diesem Schritt jedenfalls schrieb ich es zu, daß ich, welchen Treffpunkt immer ich mit Maria verabredete, früher an Ort und Stelle war als sie; so auch jetzt im Café Bräunerhof. Aufs äußerste gereizt, weil ich spürte, daß ich Marias Wunsch, am Abend mit ihr die Ernennung zu feiern, nachgeben würde, bestellte ich einen Kaffee; die Bestellung fiel höflich aus wie immer. Als Maria ins Café trat und sich zu mir setzte, bemühte sie sich um ein Alltagsgesicht, dem kein Stolz über den Aufstieg zur Chefberaterin anzumerken sein sollte, aus Rücksicht auf mich, der ich schon dadurch,daß ich nicht aufstieg, den Eindruck ständigen Abstiegs vermittelte.

Marias Protektion fand selbstverständlich dort eine Grenze, wo mir die Zeugnisse fehlten: das Zeugnis über einen Gymnasialabschluß als Mindestvoraussetzung, um vom Staat als Beamter anerkannt zu werden, das Zeugnis über einen Hochschulabschluß, um als Beamter avancieren zu können. Zur Weiterbildung fehlte mir jedoch aus zwei Gründen die Zeit: einmal weil ich im Museum angestellt war und dort die Dienststunden, auch wenn es nichts zu tun gab, abzusitzen hatte, und zweitens weil ich in der Zeit, in der nichts zu tun war, las, was mich interessierte. Ich hatte herausgefunden, daß es nicht viel gab, was mein Interesse weckte, dieses wenige jedoch las ich immer wieder, als müßte ich gutmachen, daß ich meine Lieblingsbücher, auf die ich in der Bibliothek des Kohlenhändlers gestoßen war, die Bücher von Karl Kraus und Robert Musil, zwar schon als Bauhilfsarbeiter entdeckt, aber nicht ganz verstanden hatte. Später, als Maria es hätte arrangieren können, daß ich nur halbtags arbeitete, den anderen halben Tag aber studierte, hatte ich bereits zu viel gelesen, als daß ich es hätte ertragen können, eine Schule, schon gar eine Hochschule zu besuchen - so daß nach Ansicht Marias mein sozialer Standard als das einzige in dieser Gesellschaft völlig unverändert blieb. Das war eine ideale Position, um Maria wegen ihrer Karrieresucht zu hänseln, was sie absolut nicht leiden konnte. Sie behauptete dann, ich würde den Unterprivilegierten spielen, der es nicht lassen könne, als leibhaftes schlechtes Gewissen durch ihr Leben zu geistern; ich würde nur eines nicht bedenken, daß dieses Gehabe auf sie nur lächerlich, bestenfalls lächerlich wirke.

Maria bestellte Kaffee und Mineralwasser und fragte, allerdings im Ton einer Feststellung, ob es dabei bleibe: Sie hole mich um neun mit dem Taxi von meiner Wohnung ab. Ich zitterte vor Wut über diese Unverschämtheit, mit der Maria über mich verfügte, denn ich hatte es satt, bei jedem sogenannten Anlaß, einer idiotischer als der andere, von Maria zum sogenannten Feiern beordert zu werden, noch dazu in jenes Feinschmeckerlokal, an dem außergewöhnlich nur ist, daß dort heutige Kultur- und Medienrepräsentanten mit gestrigen Visagen verkehren. Da ich nichts sagte, fragte Maria mich, ob mir neun zu spät sei. Schlimmer noch, als wenn sie über mich bestimmte, fand ich, wenn sie so tat, als könnte ich, was sie bereits entschieden hatte, mitentscheiden. Ich wollte schon sagen, mir reiche es jetzt: ich würde mir heute erlauben, dieses Theater einmal nicht mitzumachen; da fiel mir ein, daß wir auch gestern beim Mittagessen Streit gehabt hatten. Im Augenblick wußte ich nicht, worüber, also konnte es nichts Persönliches gewesen sein; so antwortete ich Maria, ich hätte einiges gegen ihren Vorschlag für heute abend einzuwenden, wolle aber nicht schon wieder Streit, gestern erst seien wir uns in den Haaren gelegen, ich würde glauben, wegen ihrer Haßtiraden gegen ihre Mutter, Tiraden, die ich schon nicht mehr hören könne.

Nein, sagte Maria, es ging um den Sinn. Wie kannst du, schrie ich, schon wieder dieses Wort verwenden, du weißt doch, daß ich dagegen allergisch bin. Der Ober eilte herbei, um mich zu besänftigen, er tat es unaufgeregt, gewohnheitsmäßig geradezu, schließlich verging keine Mittagspause im Bräunerhof, in welcher der Ober nicht entweder Maria oder mich

besänftigen mußte. Nachdem ich ihm für seine einlenkende Geste gedankt hatte, entschuldigte ich mich bei Maria für mein aufbrausendes Benehmen. Sinn! sagte ich, ich habe gestern nach unserem Gespräch noch einmal und lange darüber nachgedacht. Trotz deiner Einwände: Es gibt kein anderes Wort, das mit so viel Verbrechen, Einschüchterung und Terror verbunden ist; unzählige Menschen, die den Sinn einer Religion nicht einsehen, die den Sinn eines politischen Systems nicht akzeptieren wollten, weil ihnen ihr Sinn nach etwas anderem stand, mußten bloß deswegen sterben, wurden bloß deswegen verfolgt, oder aber sie mußten ihre Ansicht, der jeweils verordnete Sinn sei Unsinn, zeitlebens verleugnen. Nicht ob einer der Meinung ist, sagte ich, das Leben habe Sinn oder es habe keinen, ist von irgendeiner Bedeutung, soll doch jeder die Meinung haben, die sein Lebensgefühl ihm nahelegt. Nein, sagte ich, und ich lief schon wieder Gefahr, meine Stimme stärker zu erheben, als es der Ober erlaubte, nein, das ist nicht von Belang; sehr wohl aber, wenn das Gehirn tagaus, tagein traktiert wird mit der Aufforderung, man müsse im Leben einen Sinn sehen, und als nächstes, man müsse dem Leben einen Sinn verleihen. Diese ultimativen Aufforderungen der weltanschaulichen Erschießungskommandos, sagte ich zu Maria, die ertrage ich nicht mehr, auch dann nicht, wenn du behauptest, es gäbe Unerträglicheres auf der Welt. Man muß sich doch fragen, wodurch etwas überhaupt erst unerträglich wird; durch den Sinn natürlich, den man einer Sache aufzwingt: der Arbeit, der vorgeschrieben wird, zu allem übrigen auch noch sinnvoll zu sein, der Freizeit, auf die man am besten verzichtet, seit sie sinnvoll genutzt werden muß. Dieser Sinnterror, sagte ich, wird noch so weit gehen, daß die Todesstrafe dem droht, dessen Leben es am nötigen Sinn fehlen läßt. Ich kenne kein anderes Wort, das sich derart aufspielt, das sich so viel herausnimmt, das prinzipiell im Recht zu sein glaubt, das automatisch die Schuld beim andern, niemals bei sich sucht. Wenn jemand keinen Sinn im Leben sieht, muß das ja nicht an seinem Leben liegen, daran kann durchaus auch der Sinn Schuld tragen, dessen lebensfremde Ansprüche, dessen überirdische Anmaßungen, kurz, die ganze Sinnlosigkeit, die im Sinn steckt.

Ich habe dich aber gestern, sagte Maria, etwas anderes gefragt: Ob du angesichts deiner Befürchtung, ich könnte dein Leben einengen, du könntest etwas versäumen, wenn du es nicht noch rasch, ehe du zu alt bist, mit einer Jungen versuchen würdest, mit dieser kuhäugigen Bibliothekarin zum Beispiel, die ich bis jetzt, um dich zu schonen, noch nicht erwähnt habe, ob du also, habe ich dich gestern gefragt, noch einen Sinn siehst in unserer Freundschaft, oder, wie du zu sagen pflegst, in unserer Liebe; worauf du gesagt hast, nein. Natürlich, antwortete ich, habe ich nein gesagt, denn ich lehne es ab, daß das Wort Sinn auch noch mit meinen Gefühlen in Zusammenhang gebracht wird. Du weichst aus, sagte Maria, du bist gestern ausgewichen und weichst auch jetzt aus; du weißt, daß mich deine Erörterungen über den Sinn nicht interessieren; ich verwende das Wort ja nicht spitzfindig wie du, sondern umgangssprachlich wie jeder andere Mensch auch. Das sagst du, schrie ich, du, die Meisterin der Spitzfindigkeit!

Der Ober eilte herbei und fuchtelte vor meinem Gesicht herum, als wollte er mir den Mund zuhalten; ich aber faßte ruhig nach seinen Händen und legte sie auf die kühlende Marmorplatte. Er genoß das und sagte, was ihm zu sagen auferlegt war, ohne Groll: Der Herr Burgtheaterdirektor hat sich über Sie beschwert; er ist in ein Gespräch mit Herrn Bernhard vertieft, der aber einschlief, und nun fürchtet der Herr Direktor, daß Herr Bernhard geweckt werden könnte, ausgerechnet jetzt, da der Herr Direktor in ein Gespräch mit Herrn Bernhard vertieft ist. Ach, sagte der Ober, diese Theaterleute, die haben mir hier noch gefehlt.

Ich bestellte eine weitere Tasse Kaffee, in der falschen Annahme, an der ich unbeirrt festhielt, Kaffee, noch dazu Mocca, würde meine Nerven beruhigen; in Wirklichkeit wurden sie dadurch noch mehr angespannt. Um diesem Zustand, den ich, obwohl ich ihn immer wieder herbeiführte, als lästig empfand, auch etwas abzugewinnen, bildete ich mir ein, die Überreizung fördere die Konzentration. Tatsächlich aber mußte ich die Finger zu Hilfe nehmen, um meine Gedanken auseinanderhalten zu können. Erstens, sagte ich zu Maria und streckte einen Finger in die Höhe, erstens sitzen wir hier, weil ich auf deinen Vorschlag, heute abend mit dir essen zu gehen, am Telefon nicht freudig und laut mit ja geantwortet habe.

Zweitens, sagte ich und hielt Maria auch den Zeigefinger unter die Nase, zweitens muß ich mit dir über etwas reden, das mich seit längerem bedrückt: Kaum noch vergeht eine Nacht, in der ich nicht aus dem Schlaf schrecke und im Angstschweiß liege, kaum noch ein Tag, an dem der Schreck nicht gegenwärtig bleibt, so daß ich niedergedrückt dahinschleiche und für jedes Stiegengeländer dankbar bin, an dem ich mich festhalten und aufrichten kann. Was nachts als Alptraum beginnt, schrecklich und kurz, setzt sich den Tag über als Tagtraum fort, endlos und zermürbend. Von diesen Tagträumen glaube ich mitunter, sie seien Erinnerungen an Tatsächliches; diese Erinnerungen reichen immer weiter zurück, nun schon in die Zeit meiner Geburt.

Und drittens, sagte ich zu Maria und streckte nun drei Finger aus, drittens muß ich darauf bestehen, daß deine Behauptung von vorhin, daß du naiv mit Wörtern umgehen würdest, ich aber spitzfindig, das Gegenteil der Wahrheit ist. Ich habe den Umgang mit der Sprache erst von dir gelernt, ohne dich wäre ich sprachlos geblieben; denn nach dem Verschwinden meiner Großmutter im Frühherbst 1950, ich war zehn Jahre alt, redete ich mit allen nur das Nötigste. Ich spann mich vollkommen in Befreiungs- und Fluchtpläne für die Großmutter ein, in der Schule beschränkte ich mich darauf, Fragen zu beantworten, im Ort stellte ich jene Leute, die ich verdächtigte, am Verschwinden Großmutters beteiligt zu sein, nicht zur

Rede, sondern schleuderte ihnen einfach meine Beschuldigungen entgegen. Und die Zeit mit Großmutter, sagte ich zu Maria, darfst du dir nicht als ein fortwährendes Gespräch vorstellen. Großmutter redete, gefragt oder ungefragt, gern vor sich hin, verfiel auch, ohne daß ich sie darum bat, ins Geschichtenerzählen, und wenn wir bei einer Rast ins Philosophieren kamen, wie Großmutter insbesondere das Reden über Gott nannte, begann auch ich schon, Monologe zu halten. Auch waren die Tage gar nicht selten, an denen Großmutter und ich schweigend dahinwanderten; es war aber ein Schweigen, das ich als ungezwungen empfand und das ich liebte.

Wohingegen ich unter dem Schweigen meiner Eltern, sagte ich, immer gelitten habe. Schlimmer fielen nur noch deren Versuche aus, das Schweigen zu überwinden, Versuche, die immer damit anfingen, daß Mutter aus dem Tratsch der Nachbarn eine schlechte Meinung über mich herausgehört haben wollte, worauf der Vater jedesmal vor Wut weiß wurde und hervorzischte - denn geschrien durfte nicht werden in unserer Familie, nach vier Jahren Gebell der Austrofaschisten und nach sieben Jahren Gebrüll der Hitlerfaschisten, so hatte der Vater gesagt, könne er kein lautes Wort mehr hören , worauf also der Vater hervorzischte, ihn interessiere nicht die Meinung der Nachbarn, ihn interessiere die seiner Frau. Darauf antwortete die Mutter stets: Für ihre Meinung habe sich noch nie jemand interessiert. Dabei wurde sie aschfahl im Gesicht, und sie preßte die Lippen so entschlossen zusammen, als sei das eben hervorgestoßene das letzte Wort in ihrem Leben gewesen.

Erst durch dich, sagte ich zu Maria, ist die Sprache wirklich in mein Leben gekommen, eine gesprochene Sprache, die - welche Sensation für mich - eine gewisse Ähnlichkeit mit der geschriebenen hatte; eine Sprache aus ganzen Sätzen, die sich nicht, kaum begonnen, in nichts verlieren, sondern die sogar dann zu einem Ende weitergeführt werden, wenn man während des Sprechens nachdenkt, so daß in den Satz noch andere Sätze sich einfügen. Vom ersten Satz an, sagte ich zu Maria, den ich aus deinem Mund hörte, bewunderte ich dich maßlos deiner Sprache wegen; ich hing an deinen Lippen und war froh - nicht immer glücklich, aber immer froh , wenn sie sich zum Sprechen formten. Das änderte sich nicht während der ganzen vier Jahre, die wir in dem verfluchten Ort miteinander in einer Bruchbude lebten und in derselben Firma arbeiteten. Jeden Tag, jede Woche war ich aufs neue davon begeistert, daß Wörter mehr sein konnten als ein Mittel notdürftigster Verständigung mit denen, die man mochte; und mehr als ein Mittel, um sich denen gegenüber blöd zu stellen, die man verabscheute. Buchstäblich schaute ich von dir ab, wie man mit Sprache umgehen kann, ohne es dir je gleichtun zu wollen, denn anders als dir lag mir nichts daran, die Sprache zu beherrschen, um andere anherrschen zu können, und heute - Maria gab mir ein Zeichen, die Stimme zu dämpfen , und heute spielst du dich mir gegenüber als Vertreterin der naiven Umgangssprache auf.

Suchst du Streit? fragte Maria. An sich nicht, sagte ich, wenn man davon absieht, daß ein Gespräch, in dem man etwas klären will, ohnedies immer im Streit endet. Doch warum sollte ich Streit suchen, ich will dir nur sagen, daß ich dir meine Sprache verdanke, auch wenn du darauf bestehst, daß das wichtigste, was du mir beigebracht hast, das Ficken gewesen ist; manchmal glaube ich, das hätte mir eine andere genauso gut beibringen können.

Vorsicht! rief ich und griff rasch, aber sanft nach der Hand, die Maria gegen mich erhoben hatte, Vorsicht, flüsterte ich, hinter dir sitzt ein Pressefotograf, dreh dich nicht um, seit einer halben Stunde wartet er darauf, daß du dich umdrehst; tu es nicht, sagte ich zu Maria, die dennoch einen Blick über ihre Schulter werfen wollte, du hast ein stark gerötetes Gesicht, und du weißt, daß du mit roten Backen aussiehst wie eine Landpomeranze. Ich ließ Marias Arm los, merkte, daß ich ihr Handgelenk zu fest umklammert hatte, und entschuldigte mich dafür. Stell dir vor, sagte ich, er hätte in dem Augenblick abgedrückt, in dem du mir eine Ohrfeige gegeben hättest. In der Zeitung stünde dann neben dem Foto der Text: Kanzlerberaterin ohrfeigt kleinen Angestellten, sozialdemokratische Führung entfernt sich endgültig von der Basis. Ich bin, wie du weißt, bei keiner Partei, sagte Maria. Umso schlimmer, sagte ich: Sozialdemokratische Führung umgibt sich neuerdings mit Leuten, die öffentlich kleine Angestellte ohrfeigen. Wobei das Wort öffentlich entscheidend ist, sagte Maria.

Von Michael Scharang erschienen zuletzt in KONKRET 2/92 drei Gedichte und eine Annonce

Konkret 03/92, S. 50

Eike Geisel

Biotop mit toten Juden

Von Januar bis Ende April sind in Berlin die »Jüdischen Lebenswelten« zu sehen, die weltweit bisher größte Ausstellung jüdischer Kulturgeschichte. Indes, ohne die Juden vorher umgebracht zu haben, hätten die Deutschen nie so viel jüdische Kultur präsentieren können. Eike Geisel kommentiert diese doppelte Spitzenleistung, die gegenwärtig in Museen und auf Friedhöfen erbracht wird

Jede Untat hat auch ihre guten Seiten. Der Dieb stiehlt, damit wir das Privateigentum verteidigen, der Mörder mordet, damit wir das Gewaltmonopol des Staates anerkennen. Jedes Laster verweist auf die Tugend: ohne Verbrechen also keine Moral. In den Zustand dieser prästabilierten Harmonie von Gut und Böse ist mittlerweile auch die jüngere deutsche Geschichte aufgestiegen, nachdem allgemein anerkannt ist, »daß Deutschland der Welt viel mehr geschenkt hat, als Auschwitz je kaputt machen könnte« (Schönhuber). Schließlich: ohne Hitler kein Staat Israel, ohne die Vertreibung keine Exilforschung und ohne die Vernichtung der Juden keine Woche der Brüderlichkeit.

Vor dem Hintergrund dieser neuen Ausgewogenheit, die von einem hauptamtlichen Geschichtsverwalter mit der ansprechenden Dienstbezeichnung »Leiter des Referats ‘Gedenkstätten’ in der Berliner Senatskanzlei« als »eine erwachsene Form nationaler Identitätssuche« bezeichnet wurde, ist der Enthusiasmus zu sehen, welchen gegenwärtig eine Ausstellung der Berliner Festspiele auslöst: ohne deutschen Lebensraum keine »Jüdischen Lebenswelten«. Die gigantische Ausstellung im Gropius-Bau wird flankiert von einer Reihe weiterer Ausstellungen in der Akademie der Künste, auf dem jüdischen Friedhof Weißensee und im Haus der Wannseekonferenz. Und wer alle dazugehörigen Führungen, Konzerte, Theater- und Filmveranstaltungen, Vorträge und Lesungen besucht, wird dann bis Ende April wahrscheinlich den Zustand geistiger Verwirrung erreicht haben, den der Berliner Kultursenator schon im Januar bei der Eröffnung einer Ausstellung an den Tag legte, als er sich nicht zu entscheiden wußte, ob die Nazis nun besiegt worden waren, abgetreten sind oder einfach ‘Tschüs’ gesagt haben. Er entschied sich dann doch für: abgetreten.

Während des Historikerstreits hatte der Kanzler ein Machtwort gesprochen: die deutschen Verbrechen seien unvergleichlich und einzigartig. Sein feinsinniger Vorgesetzter Weizsäcker übernahm nun die Schirmherrschaft über die »Jüdischen Lebenswelten«, eine andere Spitzenleistung, nach der es ohne die vorausgegangene kein Bedürfnis gegeben hätte. Vor 50 Jahren hatten die Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten Millionen von Juden aus aller Herren Länder ordentlich eingesammelt und fürsorglich umgebracht. Zum Jubiläum wurde, wie es anerkennend in der linken Wochenzeitung »Freitag« hieß, der Versuch gemacht, was übrig geblieben war, »praktisch wieder einzusammeln«. Auf 4500 Quadratmetern sind fast 2500 Objekte von über 300 Leihgebern aus aller Welt zu sehen, eine Meisterleistung, auf die Festspielintendant Eckart besonders stolz ist: »...die bedeutendste Ausstellung von Handschriften, die es weltweit je gegeben hat«. Man gedenke mit dieser Ausstellung auch »des versuchten Völkermordes der deutschen Reichsregierung an den europäischen Juden«, fährt er im Geleitwort des Katalogs fort in der Gewißheit, daß versuchter Völkermord strafbar, aber eine derartige Bemerkung über den Dilettantismus der Nazis ungeahndet bleibt.

Ohne die Todeslager keine »Jüdischen Lebenswelten«. Die Aufeinanderfolge gehorcht dem deutschen Grundsatz: erst die Arbeit, dann das Vergnügen. Erst wurden die Juden bürokratisch vernichtet, jetzt werden sie gefühlig veredelt. Die niederen Instinkte, von denen die pflichteifrigen Normalvergaser bei ihrer Dienstausübung ja gar nicht getrieben wurden, kommen erst 50 Jahre später und als erhebende Gefühle zutage. Insofern sind die Deutschen erst nach Auschwitz zu Rassisten geworden, die ihren psychischen Haushalt mit der vergleichsweise ungefährlichen postmortalen Sonderbehandlung der Opfer regulieren.

Alle beteuern angesichts der kulturellen Materialschlacht, wie groß der Verlust durch die Austreibung und Ermordung der Juden sei. Doch diesen Verlust hat in den letzten 50 Jahren nicht nur niemand verspürt: es ist gar keiner. Denn in Wahrheit hat die Massenvernichtung bewiesen, erstens, daß man sie veranstalten kann, und zweitens, daß ein derartiges Verbrechen langfristig gut ausgeht und sich nicht nur in Exportquoten, sondern auch in Ausstellungen, also in Kultur auszahlt. Die Klage über den Verlust ist ohnehin nicht ernst gemeint. Es handelt sich dabei um eine weinerliche Selbstbezogenheit, nicht um Trauer über andere, sondern um Mitleid mit der eigenen Banalität, kurz: um die Behauptung, die Deutschen hätten sich mit ihren Verbrechen selbst etwas angetan. Indem sie sich nun vor Bildern und Porträts bekannter Persönlichkeiten versammeln, versichern sie sich in einer Art posthumer Familienzusammenführung, daß sie selbst den Verlust eines berühmten Onkels oder einer wohlhabenden Tante zu beklagen hätten.

Stärker noch als das Bedürfnis der Sieger, sich als Opfer einer kulturellen Selbstverstümmelung zu fühlen, ist indes ihr unersättliches Verlangen, die einst Ausgestoßenen sich auf jede nur denkbare Weise einzuverleiben, sei es durch die grassierende Vorliebe für jüdische Vornamen, die peinliche Überwachung israelischer Politik, den ununterbrochenen christlich-jüdischen Dialog, die Inbesitznahme jiddischer Folklore oder eben durch die »Jüdischen Lebenswelten«, der multikulturellen Version wie begrifflichen Zusammendrängung zweier deutscher Konzepte: von Lebensraum und

Weltjudentum. Die Ausstellung im Gropius-Bau ist eine mitunter wegen Überfüllung geschlossene Wallfahrtsstätte, an der sich die Besucher in einer Atmosphäre von Betroffenheit und Lust über die Toten hermachen, um deren imaginierte Eigenschaften zu verzehren. Im Unterschied zur selbstlosen Niedertracht der Nazis gehorcht diese frivole Kommunion dem ganz eigennützigen Zweck jener »erwachsenen Form nationaler Identitätssuche«, deren heimliche Devise lautet: am jüdischen Wesen soll Deutschland genesen.

Überhaupt soll, nach so viel Jahren trübsinniger Vergangenheitsbewältigung, bei dieser Jubiläumsfeier alles fröhlicher werden: nicht mehr schämen, sondern schunkeln. Vor gut einem Jahrzehnt hieß es noch: »Das Opfer tröstet den Henker«; heute kann man anläßlich jiddischer Folklore-Abende und Klezmer-Musik vom Fortschritt der Entspannung lesen: »Wenn Max Epstein mit seinem 'Yidish Lidele' vor das Mikrofon tritt, hat er auch die hintersten Eckensteher im Saal schnell zum Mitsingen animiert.« Denn die Deutschen sind des trocknen Tons satt und wollen endlich zum geselligen Teil der Fortbildung übergehen. »Immer aber wird in diesem Prozeß die sinnliche Anschauung besonders wichtig sein«, verspricht deshalb verführerisch das Programmheft der »Jüdischen Lebenswelten«, um allerdings einen Atemzug später darauf hinzuweisen, daß man doch besser zuhause bleibt: »Sinnliche Anschauung wiederum vollendet sich dann, wenn ganz bewußt die menschliche Begegnung stattfindet.« Wie berechtigt diese Warnung ist, zeigt die Ankündigung eines Theaterstück, dessen degoutantem Titel »Der Liebesgesang der Alphabete von Auschwitz« eine Erläuterung beigefügt ist: »Auschwitz steht als Symbol für die Sprachlosigkeit, zeigt die Gefahren auf, denen der Mensch unterliegt, wenn er sich ins Unbenennbare begibt. ... Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit durch Vertreter der zweiten Generation erweitert die Wahrnehmungsperspektive in Richtung Gegenwart.« Veranstaltet wird diese bewußte menschliche Begegnung des dritten Grades von einem Verein mit dem programmatischen Namen »Kultur-Brauerei«.

»Einladende Erlebnisräume« werden im Gropius-Bau versprochen. Wer indes dort enttäuscht vor Glasvitrinen steht und die Animateure vermißt, kann sich in eine Veranstaltungsreihe an der Akademie der Künste einschreiben. Dort begleitet eine »Jugendtheaterwerkstatt Spandau« die Ausstellung über jüdisches Theater in der Nazizeit mit einem workshop, bei dem es Geschichte endlich zum Anfassen gibt. Noch vor einiger Zeit hatten Museumspädagogen gemeint, das Riechorgan sei für eine Versinnlichung der deutschen Geschichte entscheidend, und hatten für das geplante Deutsche Historische Museum den Nachbau einer Vergasungsanlage mit echtem Zyklon-B-Geruch vorgeschlagen. Anstelle dieses eingeschränkten Schnupperstudiums setzen die Pädagogen der »Jugendtheaterwerkstatt« auf ganzheitliche »spielerische Vor- und Nachbereitung des gemeinsamen Ausstellungsbesuchs«, auf »Warming up« und »körperliche Spiele«. Und sollte sich beim symbolischen Aufwärmen eines Juden oder beim pädagogisch kontrollierten Fausthieb an der Rampe einer der Schüler zu sehr in die Nazis einfühlen, dann hat er sich damit für eine Gruppentherapie bei Margarete Mitscherlich qualifiziert. Dort können, wie die Psychologin neulich in Berlin vorschlug, Jugendliche den »Hitler in uns« anerkennen, indem sie um den toten Führer trauern. Diese Fähigkeit zu trauern sei die Voraussetzung für Toleranz und Völkerverständigung. Derart abstrus hat noch niemand in Deutschland zur Bildung einer kriminellen Vereinigung aufgefordert.

Wem Geschichte von innen nicht liegt, der kann Geschichte von unten kennenlernen. Der natürliche Ort, an dem Geschichte sozusagen von ganz unten betrachtet werden kann, ist der Friedhof, gegenwärtig vorzugsweise der jüdische Begräbnisplatz. Der größte liegt in Berlin-Weißensee. Zumeist verfallen und von Wildwuchs überwuchert, bietet er sich als reizvolles Erholungsgebiet für alle jene an, die auf dem beschwerlichen Weg der historischen Selbstfindung nicht nur über Leichen gehen wollen, sondern gleichzeitig ins Grüne. Der jüdische Friedhof ist für dieses Bedürfnis historischer und ökologischer Lebensraum zugleich, ein Biotop mit toten Juden, in welchem abwechselnd randaliert und restauriert wird in der Absicht, die drängende Frage: »Wer bin ich?« zu beantworten.

Während der Autor eines Fotobandes über die jüdischen Friedhöfe Berlins seine Recherchen von einem Geburtsfehler, einem »Grunddilemma«, wie er schrieb, beeinträchtigt sah, nämlich von dem Umstand, »als Nichtjude von außen eine hingemordete Kultur ... zu rekonstruieren«, demonstrierten vor einiger Zeit, im damals noch antifaschistischen Ostberlin, einige Jugendliche auf handgreifliche Weise, daß auch sie mit einem völkischen Restrisiko auf den Friedhof gekommen waren. Erst bei der Zerstörung von jüdischen Grabsteinen, so die Halbwüchsigen vor Gericht, hätten sie sich richtig als Deutsche gefühlt. »Primitive Rechtfertigungsversuche, wie man sie in einer Welt hört, die nicht die unsere ist«, schrieb damals der Gerichtsreporter der Ostberliner »Wochenpost« über die werktätigen Friedhofsbesucher seiner Stadt, in welcher die jüdischen Friedhöfe auch ohne randalierende Nachhilfe verrotteten.

Daß jüdische Friedhöfe gerade bei jenen Zeitgenossen, die sich für die besseren Deutschen halten, gegenwärtig so starke Beachtung finden und sich Fotos mit Gruften im Oktoberlicht bei Lesern oder Ausstellungsbesuchern so großer Beliebtheit erfreuen, hat wenig mit Juden zu tun. Wie jedes Erinnern heute, so ist auch die Verzückung, mit der die nekrophilen nichtjüdischen Mitbürger zur Zeit scharenweise auf jüdischen Friedhöfen einfallen, nicht selbstlos. Der gefühlige Rundgang soll den vergangenen Schrecken mildern und den künftigen - nämlich die Drohung, so spurlos wie die meisten Juden zu verschwinden - bannen, indem der unerträgliche Gedanke an den Rauch aus den Schornsteinen durch die nostalgische Hinwendung zur pittoresken Endlagerstätte ersetzt wird.

Die euphorische Wiederentdeckung der jüdischen Totenwelt, die mit der Begeisterung für die »Jüdischen Lebenswelten« einhergeht, zeugt indes nur von der allen dämmernden Erkenntnis, daß es für ein Eingedenken, welches diese Bezeichnung verdiente, längst zu spät ist. Denn das vorsätzliche Vergessen der Ermordeten, - ein Kalkül der Nazis, das erst nach deren militärischer Niederlage richtig aufging, hat auch schon die Überlebenden aufgesogen. Wie die Postsendung an einen unbekannt verzogenen Empfänger, so wurde die von der ganzen Gesellschaft nach 1945 einvernehmlich formulierte Botschaft, mit der die Ermordeten zu Nichts, zu Phantomen erklärt wurden, an den Absender retourniert, und mit einem Mal standen die Deutschen als betrogene Betrüger da, selber nur Überhang auf Abruf. Diese selbstproduzierte Nichtigkeit konnten sich die Zeitgenossen offenbar nur dadurch erklären, daß sie sich nun ihrerseits zu Opfern machten, wahlweise der Siegermächte, der Bombe, der Verseuchung oder Überfremdung. Selbst die deutsche Wiedervereinigung, die wie jede echte deutsche Volksbewegung die Verwüstung jüdischer Friedhöfe einschloß, hat nicht die von allen erhoffte Erlösung aus dieser Nichtigkeit gebracht, sondern nur Frustration und Katzenjammer.

Der Wunsch, die Verdrängten mögen nicht wiederkehren, liegt dem thanatologischen Enthusiasmus zugrunde, mit dem die Grabpfleger von heute an ein Werk gehen, das doch bloß ihre eigene Seele pflegen soll. Aber sie kommen zu spät. Denn die Selbstangleichung der Lebenden an die Nichtswürdigkeit, die den Ermordeten in der Erinnerung zugedacht war, ist bereits vollzogen. Und weil es auch im Leben schon nicht mehr auf sie ankommt, ziehen deshalb immer mehr Menschen in Deutschland die Bestattung im anonymen Großgrab vor. Rund achtzig Prozent der Bevölkerung sterben ohnehin in Krankenhäusern, Alters- und Pflegeheimen, und deren kostengünstige Fortsetzung ist das Massengrab: einfach, billig und pflegeleicht.

Die individuelle Grabstätte auf einem jüdischen Friedhof hingegen ist nach jüdischer Tradition unaufhebbar. Dieser Umstand zieht nicht nur den heimlichen Neid all derer auf sich, an die sich schon zu Lebzeiten niemand erinnert, sondern regelmäßig auch die Zerstörungswut jener, denen jedes jüdische Grabmal ein Stein des Anstoßes ist, weil es auf die deutsche Barbarei hinweist. Insofern sind die Verwüstungen jüdischer Friedhöfe, wie Horkheimer und Adorno in der »Dialektik der Aufklärung« schrieben, keine Ausschreitung des Antisemitismus, sondern dieser selbst. Er hat seine Opfer überlebt, denen nicht vergeben wird, daß sie ermordet wurden. Und noch ehe letztes Jahr im Golfkrieg eine irakische Rakete auf Israel niedergegangen war, konnte man sich von der deutschen Treffsicherheit auf jüdischen Friedhöfen überzeugen.

Hätten die alternativen Freilandhistoriker vor Jahren den jüdischen Friedhof gleich zum Abenteuerspielplatz gemacht, anstatt sich gegenseitig mit Webtechniken, Mundarten und Volksliedern zu quälen, dann hätten sie vielleicht schon damals eine Antwort auf die auch nach der Wiedervereinigung noch unbeantwortete deutsche Hauptfrage erhalten, was denn Heimat sei. »Zu den lächerlichen Unwahrheiten, die die Juden über sich verbreiten lassen, gehört ja die Rede vom Wandervolk«, schrieb Arnold Zweig 1936 in der »Weltbühne« in einem Nachruf auf Tucholsky. »Ließe man sie einmal in Ruhe, sie gingen nicht mehr vom Fleck. Wo die Gräber ihrer Vorfahren sind, da spüren sie ihre Wurzeln.« Jahrzehnte, ehe Ernst Bloch mit dem einzigen Satz, den alle gelesen haben, dem Schlußsatz seines »Prinzip Hoffnung«, der deutschen Heimatbewegung zuraunen sollte, daß der Ort ihrer Sehnsucht allen in die Kindheit scheine, aber noch niemand dort gewesen sei, hatte Zweig, der von einem ähnlichen Verlangen umgetrieben wurde, unfreiwillig eine radikale Definition von Heimat formuliert: es gibt sie allein sechs Fuß unter der Erde.

So hat alles seine schlechte und seine gute Seite. Auch Auschwitz. Damals hieß es täglich im »Stürmer«: »Die Juden sind unser Unglück.« Selbst die älteren Ausstellungsbesucher und Friedhofstouristen sehen heute, daß man sie mit diesem Slogan fast um die halbe Wahrheit betrogen hätte: »Für mich ist es immer wieder erstaunlich«, erzählte ein 62jähriger Rentner der »taz«, »wie viele Geistesmenschen aus dem Judentum hervorgegangen sind. Ich sag’s mal auf berlinisch: Irgendwas muß an der Rasse doch dransein ... daß die Juden immer wieder ein - zunächst mal - positiver Bazillus sind, der in der Kultur etwas bewegt.« Er traf damit genau jenen »positiven Kontrapunkt«, den der Festspielleiter »gegen die Bilder der Zerstörung und des Todes« mit der Ausstellung setzen wollte.

Bei einer Pressekonferenz wiesen die Veranstalter außerdem darauf hin, wie außerordentlich wichtig eine solche Ausstellung angesichts des wachsenden Rassismus sei. Und alle nickten, nur Woody Allen nicht, denn er war gar nicht dabei. Doch von ihm stammt der vernünftigste Kommentar zu den Absichten der »Jüdischen Lebenswelten«: »Ich bevorzuge Baseball-Schläger.«

Eike Geisel schrieb in KONKRET 1/92 über Ralph Giordanos Israel-Buch

Konkret 03/92, S. 53

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Lieber E. R. Z. Bischof Degenhardt im gleich nach Atlantis, Ninive und Wildenroth auf Rang Vier der Ewigen Orte plazierten Paderborn. Ich kenn Sie über Ihren Bruder F. J., dem ich unlängst zu dessen Sechzigstem mit fünf Schnaderhüpferln in den Ohren gelegen. In Ihrem Knaatsch mit dem Weiberabstauber Drewermann steh ich voll hinter Ihnen. Ein Gott, der sich nicht von seichtatheistisch dahergelaufnen Flegeln verarschen lassen will, muß ein Rachegott, und eine Einigermaßenreligion muß ein Terror sein, sonst kann ich ja gleich daheim bleiben. Schaun Sie sich doch bloßma die Förstwörld-Dämchen, die dem Drewermann nachlaufen, an: Zum Kitzler und Schweif im Bienwachskerzengewinde der Schreie und des Odeurs verdorbenen Yoghurts vereinigenden Ficken zu blöd aber very well entweder frechverbeamtet oder ganz normalen Dienst in der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen schiebend, mäkelt dieses furztrocken-anämische Brigitte-, Mona Lisa-, Jazzdance- und Sonderangebotsgeschlecht am Mirakl der unverursachten Spermiumeinnistung im Schoße Mariä rum. Lieber Bruder vom Väterchen: Sie weichen mir da nicht die Bohne von einem Millimeter vom Standpunkt ab!

Sehr geehrter Herr Tomayer!

Viele Grüße aus dem sauerländischen Sundern senden Ihnen Sabine Werner, Beatrix und Magdalene Peine.

Sicherlich erhalten Sie viele Zuschriften mit der Bitte um ein Autogramm.

Wir drei Freundinnen, die leidenschaftlich gerne Autogrammkarten sammeln (als Hobby), würden uns sehr freuen, wenn Sie uns drei Karten zuschicken könnten.

Über jede Karte, die unsere Sammlung vermehrt, freuen wir uns sehr.

Wir haben schon so vielen Prominenten geschrieben, daß wir uns entschlossen haben, die Portokosten zu teilen.

Einen frankierten Rückumschlag fügen wir bei.

Vielen Dank schon im voraus und alles Gute für Ihren weiteren Lebensweg.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine, Beatrix und Magdalene

Beatrix! Magdalene! Sabine!

Ich frage mich perplexen Verwunderns
Womit ich die Ehre, von den drei Schönsten Sunderns
Als Prominenter autogrammäßig angegangen zu werden, verdiene

Schaun Sie, Sabine, Magdalene, Beatrix
Ich bin weder Kohlimitator noch ein Folklore- oder Rock- und Roll-Genius
Ich bin lediglich ein namenloser Kommunist,
der alle drei Monde zur Prostatavorsorgeuntersuchung muß
Grad mal mein Urologe würdigt mich eines Blicks

Ich seh nicht gut aus. Bin seelisch gestört
Ferner tief verschuldet
Ich bin auf der Welt, wenns hoch kommt, geduldet
Ich bin kein Atout, hört, hört!

Nein, Beatrix, Sabine, Magdalene
Ich bin nicht prominent
Ich kenne nicht einen, der mich kennt

(Dies nebenbei beziehungsweise notabene)

Aber um jetzt einmal auf Euch zu kommen:

Was soll dieser Autogrammkartensammelnscheiß?

Warum sammelt Ihr zu Eurer verhältnismäßig ungeklärten Existenzberechtigungsbehauptung

Nicht den einen oder wenigstens den anderen Beweis?

Warum reift Ihr nicht mit einem Affenzahn Euer Geschlecht aus und greift

In unkündbarer Stellung bei der Firma Menschheit, Zukunft & Co. das Ozonloch an, hä?!

Aber nein, da wird, die Lunge mit sinnlosen Atemzügen traktierend

Sich lieber auf das Einholen von Unterhaltungsgaunerporträts versteift

Ich aber sage Euch: Keinen einzigen Herzschlag, nicht einen Pfennig Porto mehr in dieses gegen Artikel 1 der Verfassung verstoßende Erbetteln

Von Prominentenphotographien

Das Stapeln dieses Gehirnsperrmülls laßt Ihr ab soffort seyn

Oder ich zeig Euch bei Euch an, ihr virginen Vetteln!

1992: Das Jahr der deutschen Gemütssau

Es gab einmal eine große Zeit, die natürlich längst vergangen ist (»Und die NS-Frauenschaft / Kam, die Röcke hochgerafft / Fischend mit gebräunter Wade / Nach des Erbfeinds Schokolade«), da wienerte die deutsche Gemütssau das feinste antifaschistische Schuhwerk der jüngeren Geschichte, den Stiefel der Roten Armee, mit der Zunge persönlich. Das war, als alles verhältnismäßig frisch noch war. Die Ruinen der zehntausend von der deutschen Gemütssau eingeäscherten russischen Dörfer und Städte rauchten noch, und die Leiber der von der deutschen Gemütssau abgeschlachteten zwanzig Millionen Russen waren noch nicht verhumust. Auch Auschwitz wußte noch nicht, ob ins Museum mit sich. Aber die Sonne ging einmal auf und zweimal unter, die SU ging zwischen den Backen Klassnost und Bourscheißtroika in den Arsch, zwei ehemalige Sowjetrepubliken begannen Krieg zu führen um die früher Rote Schwarzmeerflotte da ging die deutsche Gemütssau voll in den aufrechten Gang und erzählte das Schweinemärchen von der gemeinsamen Kultur, also wie das deutsche Erschießungskommando unter Generalfeldmarschall Schiller die russischen Kommissare Mussorgski und Dostojewski vor die Läufe des Karabiner 98 K Kant und des MG Goethe bittet. Mein Vater, für Hitler und das deutsche Kapital für zwei Jahre Vormarsch mit vier Jahren im Lager 7207/10 im Ural büßend, sagte mir unlängst auf dem Wildenrother Friedhof Höfen, wo er ruht, daß man der deutschen Gemütssau, egal wo man sie trifft, auf Sylt, beim Bundespresseball oder im Koben, ohne Abmahnung und Vorwarnung, voll in die Fresse hauen muß.

Lindenberg U., Träger des großen Gehirn-Verdunkelungshutes: Würdest du mal, bitte, außerhalb der Grauzone Rocknrollbühne in zwei drei überschaubaren Sätzen erklären, warum du den einst von Dir aufs schmierigste angebaggerten Vorsitzenden des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, gerne vor Gericht sähest, Du Hirnnuschler, Du.

Konkret 03/92, S. 54

Gerhard Henschel

Ein Mann aus Schleim

Porträt des mit allen weichen Sabbelwassern gewaschenen Futurologen Robert Jungk, der im April Nachfolger des österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim werden möchte

»Die Meldung überrascht: Robert Jungk wurde als Kandidat für die österreichische Präsidentschaft nominiert«, überraschte mich am 3. Januar 1992 in der an unangenehmen Überraschungen nicht armen Wochenzeitung »Freitag« der Kommentator Thomas Rothschild. »'At second thought', genauer bedacht könnte Österreich kein größeres Glück zustoßen, als einen Mann wie Robert Jungk zum Bundespräsidenten zu haben. Da ist einer, der dem Lande das internationale Ansehen zurückgewinnen könnte, das der gegenwärtige Amtsinhaber bekanntlich verspielt hat. Da kandidiert einer, der der Bundespräsidentschaft jenes Format und jene weniger äußerliche als inhaltliche Würde verleihen könnte, die Bruno Kreisky dem Amt des Bundeskanzlers verlieh. Mit einem Bundespräsidenten Robert Jungk könnte man sich wieder mit einem Stolz, der besser begründet ist als durch den Hinweis auf Mozart (weil die Mehrheit der lebenden Österreicher ihn dann in Direktwahl zum Präsidenten gemacht hätten), Österreicher nennen.«

Wer erst einmal so weit umgedacht hat, kennt eben weder Plural noch Singular, sondern nur noch Österreich und Europa: »Nun hat Österreich die Chance, sich von einem Mann repräsentieren zu lassen, der sich wie kaum ein zweiter - nicht nur in Österreich, sondern in Europa - eingesetzt hat und einsetzt für die Erhaltung des Friedens, der unermüdlich warnt vor möglichen ökologischen und sozialen Katastrophen, vor einer Welt, der es an Phantasie mangelt. Es hat die Chance, sich von einem Mann repräsentieren zu lassen, der die Aufgabe, das Gewissen der Nation zu sein, erfüllen könnte, ohne eine neue Rolle einstudieren zu müssen.« Mit anderen Worten: »Österreich hat die Chance, erstmals seinen 'Havel' zu haben.«

Im Interesse klarer Verhältnisse wäre gegen die Wachablösung eines alten Nazis durch einen schaumgrünen Faselhans ja nicht viel einzuwenden; wer sich von alternativen Schießbudenfiguren repräsentieren lassen möchte, hat nichts anderes verdient. Aber die dräuende Vorstellung, auf Jahre hinaus von offiziellen Pressestellen mit Robert-Jungk-Prognosen bombardiert zu werden, mutet zu und zu schrecklich an. Um dazu beizutragen, in letzter Minute die Apokalypse abzuwenden, habe ich, heller als tausend Sonnen, in aller Eile die auflagenstärksten Mahn- und Warnbroschüren Robert Jungks diagonal gegengelesen und speziell für die österreichischen Wahlberechtigten die übelsten Problemstellen noch einmal zusammengenagelt und kommentiert. Niemand soll sagen dürfen, er/sie habe von nichts gewußt!

D*ie neue Bescheidenheit wuchs, wie die unmenschlichen und übermenschlichen Waffen,zuerst am Baum der Atomforschung*,* teilte uns 1956 der dilettierende Atomforscher Jungk in seinem durchweg noch leidlich nüchtern bei der Sache bleibenden Frühwerk *Heller als tausend Sonnen* mit, worin er nicht unterschlug, daß auch Niels Bohr ein Mensch wie Sie und ich und Heinz Rühmann war: *Er segelte mit seinen Schülern, schnitzte für sie Windmühlen, löste mit ihnen Kreuzworträtsel, spielte mit ihnen Pingpong. Sein Lieblingssport aber war und blieb Fußball.* Das ist gut zu wissen. 1959 untersuchte Jungk in Hiroshima akribisch die *Strahlen aus der Asche* und gelangte zu der Überzeugung: *Die bösen Zungen machten Überstunden.* Das konnte nicht gutgehen. *An diesem Nachmittag habe ich beschlossen, so eine Art privates Frühwarnsystem zu werden.*

Schon sieben Jahre später versagte dieses jedoch ziemlich kläglich, als es im Kernforschungszentrum Genf vorstellig wurde und, nachzulesen in seinem Bestseller *Die große Maschine*, nichts anderes registrierte, als *daß hier Tausende Mechaniker, Ingenieure, Angestellte und Forscher ihre Arbeit in letzter Instanz einem Ungreifbaren, Spirituellen widmen*, was Jungk zufolge jeden Besucher zu bizarren Verhaltensweisen animierte: *Er beginnt innerlich zu taumeln, zu hüpfen, zu fliegen. In solch ungewohnter Stimmung also schwebte ich dem Eingang des weißen, aus allen Fensterscheiben blitzenden, mitten in grüne Wiesen eingebetteten Hauptgebäudes zu.* Dort angekommen, stellte sich ihm unvermittelt die große Menschheitsfrage: *Entsteht hier endlich eine Kraft, der es vielleicht gelingt, den ungelösten Konflikten, die unsere Zukunft bedrohen, erfolgreicher entgegenzutreten, als es die 'Friedensbewegungen' alten Stils vermochten?*

Ja, wer das wüßte. *Wir gingen ein paar Schritte weiter, ohne zu sprechen. Ich fragte: 'Dann wäre Forschung vielleicht eine heutige Form des Gebets?'*

Keine Frage. Ausgerechnet 1966 im Kernforschungszentrum Genf *blüht nämlich zwischen den sachlichen Mitteilungen auf amüsanteste Weise ein die verschiedensten Lebensumstände vergleichender kontinentaler Klatsch über Wetter, Kleider, Medikamente, Mieten und Menus. Europa wird plötzlich zu einem einzigen 'Quartier' mit vielfältigen, aber familiären Geräuschen, Gerüchen und Gerüchten.*

Als der mit allen Sabbelwassern gewaschene Opportunist Jungk endlich begriffen hatte, daß mit der Kernforschungszentrenpropaganda keine müde Mark mehr abzugreifen war, unternahm er 1973 in seinem wiederum schamlos bombastisch betitelten Besserwisserwälzer *Der Jahrtausendmensch* den Versuch, sich als kreativ Sehnsüchtiger

zu profilieren: *Denn in Schulen, Kursen und Massenmedien fangen immer mehr Heranwachsende an, kritisches Verständnis und kreative Sehnsucht zu entwickeln.* Aber auch das war nur eine Etappe auf Jungks geraspeltem Süßholzweg: *Doch das kann nur eine Etappe auf dem Weg des Jahrtausendmenschen sein. Zu versuchen ist das Weiterschreiten, Weiterspringen, Tiefersinken und Höhersteigen mit dem Sturm und dem Strom der Ereignisse. So oft wie möglich sogar einen Steinwurf weit voraus.* Einen löblich schlappen Edelsteinwurf weit voraus erspähte der bedenkenlos weiterschreitende, weiterspringende, tiefersinkende und immer höher sich versteigende Futurologe schon damals eine hochbedeutsame Umwertung aller Werte: *Eine große Umpolung der Werte und Ziele ist bereits im Gang: von der Abschließung zur Offenheit, von der Eroberung zur Erweiterung, vom Erzeugen zum Erleben, vom Leistungszwang zur freien Entfaltung, von hart zu weich, von starr zu beweglich, von zweckbestimmend zu spielerisch, von todbringend zu lebensfördernd.*

Schade, daß Pinochet damals nichts davon mitgekriegt hat. Aber egal: *Wenn das 'Projekt Jedermann' an Ausdehnung und Intensität gewinnt, läßt sich eine Zeit voraussehen, da Langeweile, Monotonie und Routine in der Arbeitswelt keinen Platz mehr haben* und wir alle wieder auf dem Kuhdorf leben. *'Stadtluft macht frei!' hieß es einmal. Heute muß es heißen: 'Stadtluft macht einsam', 'Stadtluft macht traurig', 'Stadtluft macht krank'.* Neben der Stadtluft erkannte das Frühwarnsystem Jungk 1973 überdies noch Hans Rosenthal und Robert Lembke als Gefahr für das herkömmliche Familienleben und wies unter der Überschrift *Das Fernsehen und die Scheidungsrate* auf allerlei drohende Gefahren unbedachten TV-Konsums hin: *die Leute bleiben öfter zu Hause und vernachlässigen darüber öffentliche Kommunikationszentren (Bars, Kaffeehäuser, Vereinslokal, Theater, Vorträge).*

Das muß natürlich nicht sein. *Wie die Liebe braucht die Demokratie unbedingt direkte Begegnungsmöglichkeiten*, meint: den Bundestagsabgeordneten zum Anfassen und die hektische Erzeugung von Rummelplatzatmosphäre, wo sie nun wirklich nichts zu suchen hat. In einem Museum in San Francisco freute sich das lustwandelnde Frühwarnsystem darüber, *daß dem Beschauer wissenschaftlich erklärbare Vorgänge nicht nur durch sachliche Beschreibungen, sondern auch durch Erlebnisse von großer Schönheit mitgeteilt werden*, denn die Besucher *sehen in der jedermann offen zugänglichen Werkstatt, wie die Exponate zusammengebastelt werden, und dürfen mit all diesen 'tollen' Apparaten spielen, auch wenn diese dabei einmal kaputtgehen sollten: mit dem 'Zauberbaum', dessen Hunderte von Lichtern aufleuchten, wenn jemand zu ihm spricht; dem 'Reflektionssystem', das bunte Leuchtkörper tausendfach widerspiegelt; dem 'Fahrradgenerator', durch dessen Bedienung man selbst Energie und Licht erzeugen kann...* Bei einem Besuch im vormals altehrwürdigen British Museum of Natural History, London, kann sich jeder von den grauenhaften Spätfolgen des eingerissenen Zauberbaumkults überzeugen; ich selber habe es 1989 getan und bin sogleich von kreischenden Kleinkindern überrannt worden, die sich wie zuhause in der Spielhalle fühlen durften, denn überall gab es zuckende Lichter und Knöpfe zum Drücken und Hebel zum Hebeln; es machte unausgesetzt Plopp und Potz und Peng und war ein Erlebnis von großer Unschönheit. *So bekam ich meine erste Lektion in 'sanfter Technik'. Sie wird nicht nur aus anderen Vorstellungen, anderen Absichten und anderen Materialien konstruiert, sondern auch in anderer Stimmung: ohne Hast, ohne Furcht vor Versagen, ohne sturen Ehrgeiz. Spielerisch und freudig.*

Spielerisch und freudig, ohne Hast, ohne Furcht vor Versagen gedieh unterdessen die Atomindustrie; die neue Bescheidenheit wuchs, von todbringend zu lebensfördernd, von starr zu beweglich, von harter Mark zu weichem Keks; alle Welt begann zu taumeln, zu hüpfen, zu fliegen, und an verschiedenen Bauzäunen ergaben sich immer öfter jene direkten Begegnungsmöglichkeiten, welche die Demokratie, wie die Liebe, so dringend braucht. Jungk, nicht maulfaul, entsorgte eilig seine hohe Meinung von der Atomforschung als moderner Gebetsform und setzte sich 1977 mit seiner Märchenfibel vom *Atom-Staat* an die Spitze der Gegenbewegung. *Der 'harte Weg' ist zugleich auf einem Höhepunkt und einer Bruchstelle angelangt. Er hat - so erkennt man jetzt - zur Konzentration der Macht in den Händen weniger Personen geführt, zu einer wachsenden Kluft zwischen 'Reichen', die ihres Reichtums nicht froh werden, und Armen, die verarmen, weil sie sich nicht einmal mehr selber helfen können. Es ist ein Weg, der immer tiefer in Entfremdung, Kälte, Isolation und Feindschaft hineinführt.*

Die ihres Reichtums nicht froh gewordenen, von ihren Tennisarmen isolierten Aktionäre nahmen es mit Betroffenheit zur Kenntnis. *Aber die technologische Tyrannei ist zugleich mächtiger und verwundbarer als frühere Gewaltherrschaften. Letztlich wird das Wasser stärker sein als der Stein.* Um sich bei seinem neuen Publikum einzuschmeicheln, schreckte das Brühwarmsystem auch vor den klebrigsten Klischees nicht zurück: *Es ist übrigens aufschlußreich, bei solchen Konfrontationen zwischen Gegnern und Befürwortern einmal nicht allein auf das zu hören, was gesagt wird, sondern auch, wie es gesagt wird und sich dabei die Gesichter der Disputanten anzusehen. Auf der Seite der Verteidiger des Baus einer neuen Anlage fast durchweg Verdrossenheit, Langeweile, kalte Zurückweisung, Distanz, gequälte 'Sachlichkeit', höhnisches Besserwissen, nicht eine Spur von Wärme oder Freundlichkeit. Auf der anderen Seite Gesichter voller Aufmerksamkeit und Lebendigkeit, intensiv, enthusiastisch und immer wieder zu einem Lachen bereit.* Piep, piep, piep, wir haben uns alle lieb... *Ich habe bei Manifestationen, an denen ich in früheren Jahren teilnahm, nie so viel spontane Herzlichkeit, brüderliche Verbundenheit, Freundschaft, Zärtlichkeit erlebt, wie bei den Demonstrationen der Atomgegner. Diese kleinen Gesten, diese Art, wie Fremde mit eben noch Fremden sprechen, dieses Abwerfen der Berührungsfurcht,*

dieses Lachen oder auch ungenierte Weinen in Trauer oder Wut hat meines Wissens noch kein Fernsehbericht gezeigt. Zum Gefühl gehört Nähe...

In aller Ungeniertheit setzte der zur Überlandplage gereifte Lachsack und Trauerkloß Jungk sein wirres Wirken in den achtziger Jahren mit der Einrichtung von *Zukunftswerkstätten* fort, in welchen artige Hausfrauen, weiche Wasserträger und optimistische Erdkundelehrer dazu animiert wurden, *wünschbare, mögliche, aber auch vorläufig unmögliche Zukünfte zu entwerfen*, indem sie Luftballons mit netten Worten beschrifteten und an mobile Stellwände pappten. Die dazugehörige Sprechblase hieß *Phantasiefähigkeit entfalten*. Nicht zu singen und zu sagen, wohin diese Mätzchen am Ende geführt haben: *Als faszinierend aus den Utopien hatte eine Gruppe Familienfürsorger/innen 'singende Abstimmung' gewählt. Als Annäherungen an bereits Bestehendes nannte sie: Lust und Freude an der Arbeit in selbstbestimmten Betrieben; Karnevalssitzungen, Italiener singen beim Arbeiten.*

Ja, Robert Jungk ist gewillt, Österreich und Europa herrlichen Zukünften entgegenzuführen. Und neben der umweltverträglichen Herstellung von Kraft durch Freude bleibt natürlich immer noch ein wenig Zeit für die Verbreitung philosophisch ungemein weit ausgreifender Maximen und Reflexionen: *Angst, Neid und Haß müssen als alltagsvergiftend und lebensbedrohend unbedingt beiseite geschoben werden.* Er nun wieder! *Und daß das Spaß macht und anregt, zeigt sich anschließend auch beim Essen.* Guten Appetit.

Neunzehnhundertdreiundachtzig, zehn Jahre nach der spurlos an uns vorübergegangenen großen Umpolung aller Werte, registrierte Robert Jungk plötzlich ein weltweites *Menschenbeben* und variierte aufgeregt die flotten Sprüche von gestern. *Eine ganz andere Zukunft könnte weltweit beginnen. Die ersten vorläufig noch schwachen Zeichen sind heute schon sichtbar.* Und dann drehte er endgültig durch. *Nicht länger in einsamer Versenkung, sondern im gemeinsamen Gebet sollen Kräfte freigemacht werden, die Heilung bringen.* Wer etwa noch Zweifel daran hegte, daß es ratsam sei, die Zukünfte mit in Gebeten freigemachten Streitkräften zu okkupieren, hatte die vorläufig noch schwachen Signale der Pfingstzeit eben nicht so exakt im Visier wie der Heilsbringer Jungk. *Ich bin, wie viele Menschen meiner Generation, mit dem Vorurteil aufgewachsen, Religion sei Opium für das Volk. Sie ist in der Tat oft genug auf diese Weise mißbraucht worden. In der heutigen prekären Lage der Menschheit aber stört sie den Halbschlaf der Gleichgültigen, schärft sie den Blick für ungerechte Zustände. Sie muß nicht mehr vernebeln. Sie kann erwecken und begeistern.* Erweckt, benebelt und vergeistert pries und lobte das religiöse Grünspansystem jetzt nicht mehr die neue Bescheidenheit der pingpongspielenden Atomforscher, sondern irgendwelche göttlich ferngesteuerten Fanatiker, die *unter Absingen religiöser Lieder mit Hämmern auf Fertigteile für Neutronensprengköpfe einzuschlagen begannen* und auf diese Weise *Heiligengeschichten nicht nur predigen, sondern leben. Vorbild sein im Widerstand gegen das Böse*, das wollte von Herzen gern auch Robert Jungk, denn er war und ist ein Mensch, der das Böse einfach nicht so lieb hat wie das Gute, und der nicht einmal etwas gegen die Frauen hat, solange sie brav bleiben und geflissentlich spinnen und weben und sich säuberlich vor dem abstrakten Denken hüten: *Sie spinnen und weben an einer Zukunft, in der zerrissene Zusammenhänge wiederhergestellt, 'typisch männliche' Überschreitungen des Verantwortbaren und Erträglichen wieder zurückgenommen werden sollen ... Ihre viel engere Beziehung zum Lebendigen in allen Stadien seiner Entfaltung und seiner Gefährdung bewahrt sie davor, es zu vergessen oder zu mißachten und der Hybris männlich abstrakter, gefühlloser, letztlich wirklichkeitsfremder Denkweise zu verfallen.*

Als die ganz anderen Zukünfte im Sturm und im Strom der Ereignisse auch 1987 noch immer nicht so recht beginnen mochten, unterzog das Glühweinsystem seine zähesten Phrasen zum Thema *Sternenhimmel statt Giftwolke oder den Frieden erfinden* einer schwungvollen Wiederaufbereitung: *Wenn Segen auf etwas liegt, dann wird es besser.* Aber? *Aber die Zukunft kann man nicht im Mikro-Ofen ganz schnell genießbar machen. Wir müssen wieder Geduld lernen.* Doch statt geduldig auf die seit Jahrzehnten blindwütig prognostizierte Umwertung aller Pole zu warten, sitzen die Menschen gemütlich im Wohnzimmer und verfolgen die Sportschau; ein Verhalten, welches kein Erweckungsprediger gutheißen kann: *Daß die Menschen durch eine geistige und seelische Krise gehen und ihr Menschsein nicht mehr voll ausleben dürfen, sondern zu angepaßten, ängstlichen Untertanen werden, die vor der 'Glotze' ein Schein- und Ersatzleben führen, scheint mir eine der schlimmsten Zukunftsgefahren zu sein.* Aber er gibt die Hoffnung nicht auf. Sind nicht längst in einem weltweiten Menschenbeben Kräfte entfesselt worden, die ein Umtauschen aller Wertpapiere zwingend herbeiführen müssen? *Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß Menschen auch innerhalb der herrschenden Schicht einsehen: So kommen wir nicht weiter. Besonders bei den Söhnen und Töchtern der Reichen und Superreichen ist so eine Veränderung der Mentalität schon jetzt zu beobachten.* Ja doch, schon jetzt, kaum dreißig Jahre nach dem Erblühen der neuen Bescheidenheit am Affenbrotbaum der Atomforschung, ist eine Veränderung der Mentalität von Milliardärstöchtern zu beobachten. *Man kann sagen: mehr Menschen denn je verabscheuen heute den Krieg und träumen konkret vom Frieden.* Und damit nicht genug: *Eine andere, schon jetzt spürbare, neue Haltung ist die Ablehnung des Siegen-Wollens, des Sich-Bestätigen-Müssens.* Außer den Spielern des FC Bayern München scheint sie bis heute freilich niemand einzunehmen. *Eine ganz andere, menschlichere, freundschaftliche, liebevolle Haltung wird von vielen gewünscht*, das ist zweifellos richtig; aber wie sieht es mit der Verhütung aus? *Eine 'Friedensspirale' könnte der Menschheit eine moderne Renaissance bringen. Welch ein Programm für das 21. Jahrhundert!*

Projekt Ermutigung heißt dann ja auch sein *wider die Resignation* gerichtetes Alterswerk, in welchem er, warum auch nicht, den Zukünften zuliebe Mutter Teresa und sich selbst mit Beethoven und Tolstoi kurzschließt: *Das Leiden an der Welt, einst großen Einzelnen vorbehalten - Dichtern und Künstlern, die empfindlicher auf Spannungen und Gefährdungen reagierten als die große Zahl ihrer Zeitgenossen , ist nun zum Erlebnis Zahlreicher geworden. Sie können sich in der Flut katastrophaler Nachrichten nicht mehr vom bedrängenden Alltagsgeschehen oder düsteren Zukunftsperspektiven isolieren und reagieren darauf wie Beethoven, wie Tolstoi, wie Mahler, wie Beuys* bzw. wie Kristiane Allert-Wybranietz, Udo Jürgens und Bert Hahnenfuß-Gorek. Nur eine einzige Menschheitsfrage ist immer noch offen: Wie, in Gottes Namen, ist eigentlich das Symbol der Aspirationen dieser Neuen Revolution beschaffen, Herr Jungk?

Symbol der Aspirationen dieser Neuen Revolution möge die Sonne werden. Sie gehört allen Menschen gleichermaßen, keine Macht kann sie in ihren Besitz nehmen, ohne an ihr zu verbrennen ... Sie ist es, die noch im Dunkel begründete Hoffnung verspricht. Sie ist Leitstern der Ermutigung.

Fein. Nachdem auch diese Frage zufriedenstellend beantwortet worden ist, leite ich schleunigst zur Schlußbetrachtung über.

In der Januarnummer des »Merkur« hat Karl Heinz Bohrer seine »vier aktuellen Kandidaten notorischer westdeutscher Schaumsprachigkeit« für ein anzulegendes »Wörterbuch des Gutmenschen« benannt. »Dahinein gehörten ‘die Mauer im Kopf niederreißen’ oder ‘Streitkultur’ oder ‘eigensinnig’ oder ‘Querdenker’ ... Sie sind so kitschig wie jene mit Rokokopolstern geschmückten schlechten Restaurants.« Bei Durchsicht der aufgelaufenen Robert-Jungk-Zitate fallen weitere Kandidaten in rauhen Mengen an: Kreative Sehnsucht, kritisches Verständnis, sanfte Technik, spontane Herzlichkeit, Phantasiefähigkeit, etc. pp.; aber in welcher Hinsicht uns damit geholfen wäre, daß ein Quatschkopf in Salzburg sie unentwegt wie Marinekadetten herbeizitiert, steht schamlos ragend dahin. Thomas Rothschild behauptet: »Ein großer Teil dessen, was Robert Jungk seit mehr als dreißig Jahren prognostiziert hat, ist eingetreten.« Die Blütenlese der angeführten Fehlprognosen beweist das akkurate Gegenteil. Letzten Endes hat das unermüdliche Wiederkäuen der über dreißig Jahre hinweg breitgetretenen Prognose von der unmittelbar bevorstehenden Herabkunft des heiligen Geistes nichts anderes bezweckt, als Robert Jungk die Aura des kreativ sehnsüchtigen Gutmenschen zu verleihen und aller Welt die Prädestination eines Größenwahnsystems für das Amt des österreichischen Bundespräsidenten zu insinuieren. Daß er in dieser Funktion zu pratermäßig prächtiger Form aufzulaufen bereit ist, will ich nicht in Abrede stellen, aber es gibt Grenzen des Abgeschmacks, und ich kann nur an die WahlberechtigtInnen appellieren: Geben Sie sich einen Ruck - und Jungk keine Chance.

* Alle kursiven Passagen sind Zitate von Robert Jungk

Gerhard Henschel schrieb in KONKRET 2/92 über die Stasi-Enthüllungen

Konkret 03/92, S. 58

Otto Köhler

Wie Motten zum Licht

»Kathedergesindel«: Zwei neue Untersuchungen über die Rolle der Universitäten und das Verhalten ihres wissenschaftlichen Personals während des Nationalsozialismus zeigen, mit welcher Skrupellosigkeit deutsche Professoren ihrem Führer folgten - und nach 1945 ihre Karriere fortsetzten

Am 9. November 1967 wurde der Skandal der Universität Hamburg nach 22 Jahren ein wenig gelüftet. Anläßlich der Rektoratsübergabe setzten sich an die Spitze des feierlichen Einzugs der frühneuzeitlich verkleideten Magnifizenz und ihrer Spektabilitäten zwei Studenten im dort und damals unauffälligen schwarzen Anzug und entrollten ein Transparent: »Unter den Talaren - Muff von 1000 Jahren«.

Erst jetzt - ein Vierteljahrhundert nach dem Transparent-Attentat auf die Hamburger Ordinarienherrlichkeit - wird in einer umfangreichen Veröffentlichung dieser Universität der Muff der tausend Jahre wirklich intensiv gelüftet. Die heutige Vizepräsidentin der Hamburger Universität, die Historikerin Barbara Vogel, vermerkt - und das läßt auf einen überraschenden Fortschritt universitärer Entwicklung am Ende des 20. Jahrhunderts schließen - mit einer gewissen Verblüffung, was einen ihrer Vorgänger im Rektorat, den vor und nach 1945 bekennenden Nationalsozialisten Adolf Rein, gleichfalls ein Historiker, in seinen in den 70er Jahren geschriebenen Memoiren einmal gegen seine Partei opponieren ließ: »Die von ihm als religiöse Revolution dargestellten Vorgänge des Jahres 1933 nennt er eine ‘kopernikanische Wendung in der Bevölkerungspolitik und der Sozialpolitik’. Hitler verurteilte er erst wegen dessen Entschlusses zum Zweifrontenkrieg im Juni 1941, der Deutschlands Untergang herbeiführte. Von der `Verfolgung’ der Juden in den dreißiger Jahren spricht Rein ... nur in Anführungszeichen.«

Das alles bekümmerte den damaligen Rektor Rein nicht, wohl aber der auch innerparteiliche Streit, der damals schon um das vorerwähnte Verkleidungsstück entbrannte. Nachfolgerin Barbara Vogel: »Der Streit, ob Talar oder Uniform der passende Anzug von Professoren für eine Universitätsfeier sei, in dem Rein seine feste Haltung zugunsten des Talars hervorhebt, mutet vor dem Hintergrund der in den Monaten zuvor abgelaufenen Ereignisse, in denen die Universität ihr Gesicht verloren hatte, nebensächlich, wenn nicht lächerlich an. Zu erklären ist die allgemeine Aufregung vielleicht damit, daß die Professorenschaft« - in der 1919 gegründeten Hamburger Universität - »sich erst im Jahre 1927 Talare erkämpft hatte, entgegen der politischen Absicht, in der demokratischen Universität auf `mittelalterliche’ Kostüme zu verzichten.«

Daß neun Jahre vor dem Ende des Jahrtausends innerhalb der *Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte* doch noch eine Aufarbeitung des Verhaltens der Hamburger Universität im NS-Staat erscheinen durfte, scheint einer der Herausgeber, der 48jährige Historiker Eckart Krause, noch nicht so richtig für wahr halten zu können. Immer wieder betont er in seiner Einleitung, wie sehr dieses mit drei Bänden auf 1568 Seiten keineswegs zu umfangreich geratene Unternehmen vom Senat der Stadt und von der Universität gefördert worden sei. Dabei geht fast unter, aber Krause verschweigt es nicht, welche Widerstände es gegeben hat gegen diese schon 1982 begonnene Untersuchung. Ein halbes Hundert Mitarbeiter aus fast allen Disziplinen der Universität hat dieses Forschungsprojekt über das eigene Selbstverständnis gefunden. Aber - und das ist bezeichnend - die Fachbereiche Wirtschaftswissenschaft und Rechtswissenschaft verweigerten sich. Herausgeber und Koordinator Krause mußte Kollegen von der benachbarten Hochschule für Wirtschaft und Politik zu Hilfe rufen. Der Widerstand des Fachbereichs Rechtswissenschaft I gegen die Erforschung der Vergangenheit der Juristischen Fakultät gedieh bis zu Verdunkelungsmaßnahmen. Professor Norman Paech und seinem Mitarbeiter Rechtsanwalt Ulrich Krampe wurde der Zugang zu den dort lagernden Akten der ehemaligen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät verweigert. Und der emeritierte Ordinarius der Rechtswissenschaft Hans Peter Ipsen forderte nach einer Zeitschriftenvorveröffentlichung vom Wissenschaftssenator als dem Dienstvorgesetzten Paechs, dafür Sorge zu tragen, daß dessen Aufsatz nicht weiter verbreitet werde und vor allem in der Buchveröffentlichung nicht erscheine.

Das Jahr 1933 ist von den meisten Hamburger Professoren wie von ihren Kollegen in ganz Deutschland - nicht als ein besonderer Eingriff in die gegenüber der Weimarer Republik stets betonte Autonomie der Universität empfunden worden. Jüdische und marxistische Kollegen verschwanden sehr schnell - einige bedauerten das , aber die meisten Lehrstühle wurden rasch wieder von jungen aufstrebenden nationalsozialistischen Akademikern besetzt. Der Betrieb lief auch an der Hamburger Universität nahezu ungestört weiter.

Die rühmliche Ausnahme von der Selbstgleichschaltung der Professoren war - und das ist ein erfreuliches und, im Vergleich mit anderen Universitäten, keineswegs selbstverständliches Ereignis - die Philosophie. Sie fand nämlich in Hamburg von 1933 bis 1946 nicht statt - ein Stück Ehrlichkeit der Universität im NS-Staat. Ja man darf sogar von der in Hamburg vor 1933 gelehrten Philosophie behaupten, was man anderswo nicht so einfach sagen kann, daß nämlich von ihr dem Nationalsozialismus nicht der Weg bereitet wurde. Der heute berühmte jüdische Philosoph Ernst Cassirer hatte dreizehn Jahre als Privatdozent lehren müssen, bevor er 1919 einen Ruf an die neugegründete Hamburger Universität

erhielt. Nach der Machtübergabe an die Nazis mußte er die Universität verlassen. Sein Lehrstuhl für Philosophie wurde nicht neu besetzt, sondern zeitgemäß umgewidmet zu einem Ordinariat für Rassenkunde, so wie man auch den Lehrstuhl für Kunstgeschichte umwandelte in ein Ordinariat für Kolonialgeschichte. Nachfolger des Philosophen Cassirer wurde der Rassenbiologe Walter Scheidt, ein Extremist der Ausmerze (der Beitrag von Christian Hünemörder verharmlost ihn stellenweise zum »Sonderling«). Scheidt hatte - wie Karl Heinz Roth 1984 aufdeckte - schon 1929 ein Drittel der deutschen Bevölkerung für »entartet« erklärt und die Einrichtung eines mit Personenkennziffern arbeitenden »bevölkerungswissenschaftlichen Katasters« zur Erfassung und Aussonderung empfohlen. Er ging selbst manchen Nazis zu weit mit seinen Plänen zur Vernichtung des deutschen Subproletariats,der »untervölkischen Gemeinschaftsfremden«.

Mit einer Änderung der Visitenkarte konnte Scheidt seine wissenschaftliche Tätigkeit nach 1945 bis zur ordentlichen Emeritierung 1963 fortsetzen - nur sein Lehrstuhl wurde insoweit entnazifiziert, daß es keiner mehr war für Rassenbiologie wie ehedem, sondern einer für Anthropologie, der NS-Rassist Scheidt wurde so in einen ordentlichen Wissenschaftler umgewidmet. Erst 1946 wurde in Hamburg wieder einen Lehrstuhl für Philosophie eingerichtet, indem die Fakultät den Lehrstuhl für - der Achsenpartner war nicht mehr aktuell - Japanologie umwidmete.

Während die Philosophie im NS-Staat untergegangen war, bestand die Juristerei - nach einer unvermeidlichen Personalbereinigung - fort. Professor Gert Nicolaysen, der Sprecher des Fachbereichs Rechtswissenschaft, hielt am 31. Januar 1983 einen Vortrag über die »Rechtsfakultät 1933 - Juristische Professoren nach der Machtergreifung«. Ihm stand im Gegensatz zu Paech und Krampe das gesamte Archivmaterial zur Verfügung - aber er nahm es wohl gar nicht erst zur Kenntnis und formulierte: »Deshalb verdient die menschliche Haltung der Fakultät von 1933 unseren uneingeschränkten Respekt, ja unsere Bewunderung. Daß sie politisch machtlos war, berechtigt uns nicht zu irgendeinem Vorwurf. Wir müssen nüchtern sehen, daß die Fakultät kein politischer Entscheidungsträger ist. Wenn wir jetzt den Gang der Dinge vor uns sehen, wie sie 1933 gelaufen sind: An welcher Stelle, zu welchem Zeitpunkt, hätte die Fakultät eingreifen sollen und können, und welchen Erfolg hätte sie gehabt?«

Dieses Lavieren des Fachbereichssprechers nennen Paech und Krampe »Weißwäscherei«. Sie, denen ein offensichtlich wichtiger Teil der Unterlagen vorenthalten worden ist, stellen anhand des Restes fest: »Die Juristen der Fakultät haben dem Faschismus keinen Widerstand entgegengesetzt. In diesem Punkte dürfte das Archivmaterial vollständig zur Verfügung gestanden haben. Die einzige - auch wirksame - Opposition entfaltete sich gegen die Veränderung des Lehrplans, nicht aber gegen die Aussonderung eines großen Teils der Kollegenschaft«, d.h. der Juden, denen es es auch nicht half, daß die meisten von ihnen national-konservativ waren.

Beispiel Kurt Perels: Er war schon im Kaiserreich für das Öffentliche Vorlesungswesen berufen worden, war 1933 Oberlandesgerichtsrat, Direktor des Seminars für Öffentliches Recht und Staatslehre an der Universität Hamburg. Er kam seiner Entlassung zuvor, indem er sich am 10. September 1933 das Leben nahm. Nachfolger des jüdischen Professors wurde ein bewährter Antisemit: der Carl Schmitt-Schüler Ernst Forsthoff, der 1933 unverzüglich sein Bekenntnis zu Hitler in seinem Hauptwerk »Der Totale Staat« veröffentlicht hatte. Er lieferte auch gleich die Begründung, warum selbst nationalkonservative Juden wie sein Vorgänger Perels zwangsläufig weg mußten: »Darum wurde der Jude, ohne Rücksicht auf guten oder schlechten Glauben und wohlmeinende oder böswillige Gesinnung zum Feind und mußte als solcher unschädlich gemacht werden.«

Doch Forsthoff wird mit seinem Feinderkennungstalent im März 1936 an der NS-Kampf-Universität Königsberg gebraucht. Sein Nachfolger in Hamburg wird der bereits wegen seiner Zensurlüsternheit erwähnte Hans Peter Ipsen, ein SA-Mann und -Sturmrechtsberater, der sich 1937 mit seinem Buch »Politik und Justiz. Das Problem der justizlosen Hoheitsakte« als 29jähriger in die vorderste Reihe der NS-Rechtswahrer boxte. Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß war begeistert von den Rechtswegen, die Ipsen den Marschkolonnen des deutschen Faschismus mit seiner totalen Ablehnung des Prinzips der Gewaltenteilung eröffnete. Er ließ ihm aus seiner Kanzlei schreiben, daß »Ihr Buch `Politik und Justiz' jetzt eine große Rolle spielt. Der Stellvertreter des Führers hat sich selbst damit beschäftigt und den Auftrag gegeben, Vorschläge zu einer gründlichen Lösung dieses Problems zu machen.«

Ein halbes Jahr vor dem deutschen Überfall auf Polen beschäftigte sich Ipsen mit einer neu zu errichtenden »Kolonialrechtsordnung«, für die er bald Vorschläge entwarf: »Die deutschen Kolonien müssen Reichsländer eigener Art werden, in denen die vom Führer repräsentierte deutsche Souveränität die deutsche Hoheit in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege wahrnimmt...« Zum wirtschaftlichen Nutzen des gesamten Reiches, aber auch zum Segen für die Eingeborenen, die bei strenger Rassentrennung eine eigene Staatsangehörigkeit erhalten, »die selbstverständlich das Recht eines deutschen Staatsbürgers nicht vermittelt«.

Nach Hitlers Ende setzte sich Ipsens Karriere als Ordinarius für Staats- und Öffentliches Recht ungehemmt fort, an die Stelle des zusätzlichen Kolonialrechts trat zeitgemäß jetzt das Kirchenrecht. Für Ipsen gab es - wenn man in diesem Zusammenhang solch moderne Begriffe benutzen darf - weder Evaluierung, noch Abwicklung, ja nicht einmal eine Warteschleife. Er wußte einfach zu viel über seine Kollegen. Seit 1940 war er nämlich zugleich auch noch Referent der Abteilung Hochschulwesen des Hamburgischen Staatsamtes. Der gesamte Schriftverkehr des Rektors mit dem

Reichserziehungsministerium war so 1940 und 1941 über seinen Schreibtisch gelaufen. Da ist es nicht erstaunlich, daß wir ihn am 6. Mai 1945 - drei Tage nach der britischen Besetzung Hamburgs - unter den sieben Ordinarien finden, die über das weitere Geschick der Hamburger Universität bestimmen. Als der Akademische Senat am 9. Juli 1948 erstmals einen Haushaltsplan berät, referiert ganz selbstverständlich Hans Peter Ipsen, der ehemalige Vertrauensmann des bereits in Spandau einsitzenden Führerstellvertreters Rudolf Heß. Heute ist Ipsen, der 1941 auch noch den Auftrag bekommen hatte, die Universitäten von Brüssel und Antwerpen gleichzuschalten, mit seinen 83 Jahren zu alt, um seine wertvollen Erfahrungen in den Dienst an der Abwicklung der ostdeutschen Universitäten zu stellen - mancher mag das bedauern.

Hamburgs Universität marschierte, ob in SA-Uniform oder im Talar, mit ruhig festem Schritt durch das Dritte Reich. Von 475 Mitgliedern des gesamten Lehrkörpers gehörten mindestens 280 der NSDAP an, das sind 59 Prozent. Doch das schien vorbei, als im November 1945 das Nicht-Partei-Mitglied Emil Wolff die Universität mit einer Festrede wiederaufmachte: »Wenn die Universität ihre Tore nunmehr wieder öffnet, so ist sie nicht genötigt, an fremdem Feuer wieder das Licht zu entzünden, das zu spenden und weithin scheinen zu lassen, ihre hohe Aufgabe ist. Im eigenen Herd hat sie die Glut gelegt, aus der von dem starken Atem der Freiheit angefacht, die Flamme wieder aufsteigen soll, klar erhellend und warm belebend. Dem Lichte der Erkenntnis und der Überzeugung von seiner reinigenden und zum höheren Dasein emporführenden Kraft sind wir treu geblieben, als in fahler Dämmerung die Spukgestalten wirren Wahnes ihr gespenstisches Wesen trieben; die Helle eines neuen Tages hat sie verscheucht, und wir freuen uns, wieder im Licht zu wandeln.«

Doch Hamburg war auch *nach* dem NS-Regime eher eine Nazi-Universität als ein Hort jener Glut, aus der, von welchem starken Atem auch immer angefacht, irgendeine Flamme hätte aufsteigen können, die mit dem Lichte der Erkenntnis verwechselbar gewesen wäre. Wieviele der von Wolff sogenannten Spukgestalten damals zuhörten und Beifall klatschten, läßt sich heute mangels einer Anwesenheitsliste nicht nachprüfen. Doch zehn Monate später stellte die Hochschulabteilung in einer Aufstellung fest: Von 56 Ordinarien waren 31 mit ehemaligen NSDAP-Angehörigen besetzt, zwei der Professoren gehörten anderen NS-Organisationen an, und sechs waren nur noch nicht überprüft worden, vermutlich wandelte der Rektor also unter einer Zweidrittel-Mehrheit jener gespenstischen Wesen. Heute gehört - das ist der Fortschritt in der deutschen Geschichte - aus Altersgründen keines der nicht-emeritierten Mitglieder des Lehrkörpers der seit Mai 1945 nicht mehr zugelassenen NSDAP an. Aber die Glut im Herd der Universität brannte noch lange.

Wer nahezu hundert Jahre alt wurde, wie der 1884 geborene und 1984 verstorbene Germanist Walter A. Berendsohn, hatte eine gewisse Chance, daß ihm die Kollegen von einst ganz zuletzt nicht mehr übelnehmen konnten, wie sie ihn als Juden aus der Universität befördert hatten. Ihm war am 17. Juli 1933 gekündigt worden, weil er - die Formel blieb uns leicht variiert erhalten - »nicht die Gewähr bietet, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt«.

Während die Rektorenkonferenz der britischen und amerikanischen Zone im September 1945 behauptete, die Rehabilitierung der in der Nazizeit vertriebenen Wissenschaftler sei eine »solidarische Ehrenpflicht«, kümmerten den Akademischen Senat in Hamburg weit mehr die von den Engländern vorübergehend vorgenommenen Entlassungen von Nazi-Professoren. Berendsohn, der nach Stockholm geflohen war und sich dort hohe Verdienste um die Exilliteratur erworben hatte, wollte zurück an die Universität Hamburg. Diese hatte seinen Namen auf einer von den Engländern angeforderten Liste vertriebener Professoren schlicht unterschlagen, willigte aber schließlich ein, daß Berendsohn zur »Wiedergutmachung« in Hamburg Gastvorträge halten dürfe. Doch damit begann zugleich eine Diffamierungskampagne. Der Direktor des Germanischen Seminars, Ulrich Pretzel: »Freilich kann schon heute nicht verschwiegen werden, daß ein Wiedergutmachungsanspruch von Herrn Professor Berendsohn ... nicht eine Berufung auf einen Lehrstuhl bedeuten kann: dem stünden schwerwiegende sachliche Bedenken im Wege.«

Als bald darauf die Universität Göttingen in Hamburg nach der Möglichkeit einiger Gastvorlesungen Berendsohns fragte, antwortete der Dekan (und der erste Satz war nachweislich nicht gelogen): »Seine Lehrtätigkeit war von bescheidenem Erfolg. Seine Publikationen erstreckten sich auf eine Mehrzahl von Gebieten; sie fanden freilich bei den Fachkundigen eine meist zurückhaltende Aufnahme.«

Tatsächlich war Berendsohns Lehrtätigkeit 1933 von gar keinem Erfolg. Damals, am 29. April, hatte ihm und anderen jüdischen Professoren die Hochschulbehörde nahegelegt, während des Sommersemesters keine Vorlesungen zu halten, »da die Studenten sonst nicht für die Ruhe in der Universität garantieren könnten«.

1933 hatten einige Kollegen diese Einschüchterung der Universität durch den Terror des NS-Studentenbundes noch bedauert, fünfzehn Jahre später diente er als Beleg für die wissenschaftliche Disqualifikation des unangenehmen Emigranten. Und dieses böse Spiel der Philosophischen Fakultät mit dem Juden Berendsohn setzte sich fort. Als 1954 durch ein Rechtsgutachten des Syndikus Berendsohns Wiederaufnahme in die Fakultät nicht mehr zu vermeiden war, als ihm die venia legendi, das Recht, Vorlesungen zu halten, zurückgegeben werden mußte, schrieb ihm der Dekan, und zwar, wie er betonte, »in aller Offenheit und ganz persönlich«, die Fakultät habe sich »bei der Beratung über ihre venia legendi einzig und allein von der Überzeugung bestimmen lassen, daß das politische Unrecht, das ihnen seinerzeit zugefügt worden ist, unter allen Umständen wiedergutgemacht werden« müsse. Dabei habe sie jedoch »die erheblichen Bedenken, die gegen

Ihre wissenschaftliche Tätigkeit erhoben worden sind und auf die ich hier nicht genauer eingehen möchte, außer Betracht gelassen in der Annahme, daß Sie wegen Ihres Aufenthaltes in Schweden und wegen Ihres hohen Alters sich mit der Aufführung im Vorlesungsverzeichnis begnügen und von Ihrer Lehrberechtigung keinen faktischen Gebrauch mehr machen würden.«

Da war es schon sehr großzügig, wenn das - mutmaßlich nur nominelle - ehemalige SA- und NSDAP-Mitglied, der spätere Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, als damaliger Rektor, verwirrt durch die vorzüglichen ausländischen Gutachten und Beurteilungen Berendsohns, eine freundlich-vermittelnde Position einnahm und schließlich den Emigranten sogar in den Rang eines ehemaligen Nationalsozialisten erhob: »Aus der Praxis des Akademischen Senats in den letzten Jahren ist durchaus zu erkennen, daß dieser sowohl die Fälle des Artikels 131 GG« - die Fälleder alten Nazis also, die wieder in ihre Beamtenrechte eingesetzt wurden - »wie auch die Wiedergutmachungsfälle als Schadensfälle einer großen Katastrophenrechnung ansieht, die man nicht mit den Maßstäben normalen Geschichtsablaufes messen kann und die man, wie mehrere Fälle zeigen, aus menschlichen Gründen großzügig behandeln sollte.«

Was für die Universität Hamburg viele Einzelne erarbeiteten, daran sitzt für die ganze Bundesrepublik in München einer schon seit Jahrzehnten: Helmut Heiber vom Institut für Zeitgeschichte schreibt eine Gesamtgeschichte der »Universität unterm Hakenkreuz«, deren erster Teil - »Der Professor im Dritten Reich« - kürzlich erschienen ist. Insgesamt sind fünf Teile vorgesehen, der erste Band des zweiten Teils wird voraussichtlich im Juni erscheinen - ein Mammutwerk steht uns in den nächsten Jahren bevor. Heiber dankt in seinem Vorwort zuallererst Kürschners Deutschem Gelehrten-Kalender, dessen Auflage von 1940/41 die sich bekennenden Professoren in der Tat »wie Motten zum Licht« gezogen hat. Erst an zweiter Stelle dankt er dem Institut für Zeitgeschichte: »In diesem Haus ist die Idee geboren worden, hier ist die Arbeit gewachsen, hier hatte sie auch erscheinen sollen.« Doch der wissenschaftliche Beirat des Instituts für Zeitgeschichte hat die Drucklegung abgelehnt. Es sieht so aus, als ob in diesem Beirat vielleicht berechtigte methodologische Bedenken von einer konservativen Mehrheit klug genutzt worden seien, um das ganze unangenehme Thema unter den Teppich zu kehren.

Sicherlich ist es seinem Werk nicht dienlich gewesen, daß Heiber, der einerseits dem verstorbenen Gründer des Instituts, Hans Rothfels, Dank für die Förderung ausspricht, anderseits doch auch nicht verschweigt, wie Rothfels nach seiner Berufung auf den Königsberger Kampf-Lehrstuhl für Neuere Geschichte 1926 »nicht nur zum Wortführer der nationalgesinnten Hochschullehrer wurde, sondern sogar zum Abgott der nationalistischen Studenten«, und bei »nationalen Demonstrationen fast immer an der Spitze« zu finden war.

Einem der da nach rechts austeilt, sollte man auch sein - gelegentlich, wo er auf schlampige Vorarbeiten stößt, durchaus berechtigtes - Grummeln über die Bemühungen der 68er Generation um die Vergangenheit der deutschen Hochschulen nicht übelnehmen. Manchmal läßt er es nicht beim empörten Geraunze, sondern schlägt mit dem Knüppel drauf, beispielsweise auf Wolfgang Fritz Haug. Und trifft damit auch sich selbst: Haugs erhellende Auseinandersetzung mit den NS-Bewältigungsversuchen deutscher Professoren - 1987 in erweiterter fünfter Auflage (»Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt«) erschienen - ist für Heiber das Produkt eines »nach den Normen der abendländischen Logik und Tradition abwegigen Denkens«.

Wo der wissenschaftliche Beirat des Instituts für Zeitgeschichte versagt hat, ist erfreulicherweise der Münchner Saur-Verlag eingesprungen und verlegt Heibers voluminöses Werk. Die »Frankfurter Allgemeine«, zu deren Kundschaft das Personal von Heibers Bänden gehört(e), fühlt sich bzw. den Leser »erschlagen« durch die »Fülle von Einzelfällen«, möchte schon vom ersten Band die Hälfte missen und vermißt am Ende die entscheidende Schlußfolgerung, die sie aus diesem Buch gezogen sehen will: nämlich den Persilschein, »daß der einzelne in der Diktatur kaum Chancen besitzt, wirklich etwas zu verhindern, was die Staatsmacht durchsetzen will«.

Diesem Einzelnen kommt Heiber am Ende seines ersten Bandes auf die Schliche: »`Mitmachen' lautete die Parole in den zwölf braunen Jahren. Mitmachen, weil alle mitmachen. Was zur Folge hatte, daß solches Mitmachen Proselyten schuf. Denn es waren selbstverständlich, insbesondere am Anfang, gar nicht alle gewesen, das schien nur so... Mitmachen, weil der Kollege und Freund mitmachte. Mitmachen aber ebenso, weil der wissenschaftliche Konkurrent und persönliche Gegner mitmachte. Denn nur so kann man ihm ja gleichwertig sein... Mitmachen, weil man Opportunist war, eine schöne und jetzt so richtig aussichtsreiche Karriere vor sich hatte... Mitmachen, weil der Grundkonsens vorhanden war...«

Sie alle nennt Heiber »Kathedergesindel« - ein Wort gebrauchend, das Gerhard Ritter in einem Brief an seinen bald darauf abgesetzten Historikerkollegen Hermann Oncken am 5. Februar 1935 (nicht am 11. Oktober 1934, wie Heiber meint) benutzt haben soll. Egal ob Ritter wirklich »Kathedergesindel« schrieb oder - wie der Briefe-Editor Klaus Schwabe (nicht Schwalbe, wie das Heiber-Register behauptet) aus Ritters Handschrift herausliest - »Kollegengesindel«, treffend ist beides.

Solches Gesindel jedenfalls ist weiterhin tätig. Heiber, der viele Archive durchforschte, stieß - wie die Hamburger in ihrem Fachbereich Rechtswissenschaft I - auch auf Widerstand: »Als uneinnehmbar erwiesen hat sich das Universitätsarchiv in

München, zugänglich nur den Konviktualen, in Köln war man zwar entgegenkommend, indes leider durch restriktive Auflagen gebunden, und im gesamten Marburger Raum herrschten atmosphärische Störungen...«

Man wird künftig Universitäten oder Fakultäten, die sich auf solche Art und Weise wissenschaftlicher Forschung verschließen, in ihren eigenen wissenschaftlichen Produkten mit besonderer Aufmerksamkeit betrachten müssen.

Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer: Hochschulalltag im ‘Dritten Reich’ - Die Hamburger Universität 1933-1945. Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Reimer Verlag, Berlin 1991, 3 Teilbände, zus. 1568 Seiten, 98 Mark

Helmut Heiber: Universität unterm Hakenkreuz, Teil 1: Der Professor im Dritten Reich. K.G. Saur Verlag, München 1991, 652 Seiten, 198 Mark

Otto Köhler schrieb in KONKRET 1/92 über die Aktionärsversammlung der IG Farben in Abwicklung

Konkret 03/92, S. 62

Hermann Peter Piwitt

Piwitt's Siebensachen

Langsam aber sicher sterben in den kleinen italienischen Landstädten jene alten Leute weg, die ihr Land ein-mal unvergeßlich und unverwechselbar gemacht haben dadurch, wie sie neugierig und freundlich auf einen Fremden zugingen und ihm irgendwann von den zwei, drei Rebstöcken in ihren Gärtchen eine Handvoll Trauben abpflückten, nur weil es sich für ein paar Minuten heiter mit ihm hatte plaudern lassen. Schenken als Freiheit, die man sich nimmt.

Den verschwindenden Spuren einer Kultur der Armut blind nachzutrauern, wäre zynisch. Und doch hat mir Romano Bilenchis »Die unmöglichen Jahre«, übersetzt von der unerhört guten Karin Fleischanderl (Wagenbach-Verlag), kürzlich Tränen in die Augen getrieben. Menschenfreundliches ist nicht an die Stelle des Verschwundenen getreten. Die Werbespots der regionalen Fernsehsender verhandeln das Raff(gardinen)milieu der Nachgeborenen. Die Schlafzimmergarnitur. Der Pelz für die Verlobte. Die Hochzeit, und wie man sie ausstattet. Und wenn es denn nur dabei bliebe: daß das Männchen das Nest bereitet, und das Weibchen legt (Eve of Destruction) seine zwei, drei Eier rein. Aber was an Konsumismus inzwischen grassiert, trägt schrillere und groteskere Züge noch als bei uns. Und ungehemmter noch tobt sich die Zerstörungswut gegen jede Art von Schönheit aus, die nicht von Menschenhand ist.

*

Obwohl wir - weil es an einem Dreckhaufen nichts groß zu unterscheiden und also auch nichts mehr zu kritisieren gibt - von deutschen Dingen eigentlich nicht mehr sprechen wollten: Komm, oh Hoffnung! singt Leonore. Das heißt, die Festung Europa wird zwar nicht mit gezogenen Brotmessern einzunehmen sein; sollten aber noch mehr wirtschaftlich erpreßte, arme Staaten als bisher in den Besitz von Nuklear-Waffen gelangen, also in der Lage sein, die großen Erpresserländer ihrerseits zu erpressen, es könnte doch noch einmal spannend werden im Land.

*

Wenn es die folgenreichste 'Leistung' der '68er-Bewegung' gewesen ist, das Kapital daran erinnert zu haben, daß die Produktivkräfte inzwischen weit mehr Wünsche zu erfüllen imstande waren, als eine autoritäre Gesellschaft dem Einzelnen zu haben gestattete

wenn es weiter unbestreitbar ist, daß die DDR bis heute das unblutigste Gesellschaftssystem auf deutschem Boden war und wir, die wir für diese Zeitung schreiben, ein jeder von uns, dort dennoch mit Sicherheit im Gefängnis gesessen hätten, dann...

Ja, was dann.

*

Das Leben, und wie und wonach es sich später anfühlen soll, bekommen wir in der Kindheit angerichtet. Nie seitdem habe ich das Lied »Ich hatt' einen Kameraden« ohne einen Anfall von Rührung hören können, egal, was für ein Lumpenkerl zu der Musik zu Grabe getragen wurde. Später, da war man schon über dreißig, später singt Ernst Busch das Lied von »Hans (Beimler), dem Kommissar« auf die Melodie. Brav. Aber »Kommissar« ohne 'Genickschuß' zu fühlen, fiel einem vom Jahrgang '35 schwer. »Kamerad« klang da doch irgendwie anders..., sauberer.

»Brüder in Zechen und Gruben« ließen die Nazis auf »Brüder, zur Sonne, zur Freiheit« singen. Mit der Strophe »Einst kommt der Tag der Rache/Einmal da werden wir frei«. Und statt ihrem: »Schaffendes Deutschland erwache/Brich Deine Ketten entzwei« gaben sie hin und wieder noch einen drauf: »Nationalsozialismus erwache/Schlagt doch die Sozis zu Brei!«

Haben Kommunisten ihrerseits auf Nazi-'Weisen' Texte gemacht? Soviel ich weiß, nicht. Vielleicht hätten sie es mal versuchen sollen. Stattdessen blieb bis zuletzt ihre Zeichen- und Bilderwelt befangen in den Traditionen von vor 1914, bestenfalls der frühen zwanziger Jahre und des Bauhaus'. Und wer darüber hinaus wollte, bekam Ärger.

Sie wären unterlegen gewesen auch mit moderneren Mitteln der Selbstdarstellung. Gegen die jahrhundertelang entwendeten, zu Bank- und Produktivkapital verbunkerten Arbeitsergebnisse fast der ganzen Menschheit wäre auch plausiblere Ästhetik nicht angekommen.

Zu Anfang von Leni Riefenstahls Reichsparteitagsfilms sieht man, mit Blick aus der Flugzeugkanzel, die Maschine Hitlers aus dräuenden, dunklen Wolken ins Licht fliegen.

Gegen Ende des Videos »Ein Volk sprengt seine Mauern« (SFB/NDR International) flattert eine einzige schwarzrotgoldene Fahne über der Berliner Mauer vor dem Hintergrund der Morgendämmerung. Und von den am Brandenburger Tor

herumwogenden Besoffenen wird immer wieder hinübergeblendet in ein Joe-Cocker-Konzert, so geschickt, daß unwiderstehlich der Eindruck entsteht, der große Cocker spiele tatsächlich für und vor jenen, er sei es auch, dem sie zujubelten und die lässig-zivile Pop-Mondänität *seines* Gefühlsmilieus werde den nationalen Taumel schon abfedern.

Mitte der 50er Jahre sah ich, was damals allenfalls in Studio- und Campus-Kinos gezeigt wurde: den ersten großen Dokumentarfilm über die Judenvernichtung: »Nacht und Nebel«.

Im Video »Ein Volk sprengt seine Mauern« gibt es Rückblenden auf den Bau der Berliner Mauer: abgehärmte, verbitterte Gesichter, ohnmächtig den Volkspolizisten zusehend. Hände in Stacheldraht gekrallt. Tote im Drahtverhau. Der 2. Satz von Beethovens Siebter unterlegt. Und für Sekunden fühle ich: 'Auschwitz' und 'Ghetto'...

Es sollen schweinische Videos in Umlauf sein; wer ein wirklich schweinisches sich antun möchte, besichtige noch einmal dieses.

*

Ein schöner schwarzer Panther herumirrend und sich in einen zappelnden und fiependen Wichtel verwandelnd, der ausgediente Mittelklassewagen zertrümmert und sich dabei immer mal wieder wie ein ganz ungewöhnlicher, angepaßter kleiner Stinker an den Sack faßt: Michael Jackson. »Black and White«.

*

Wo immer derzeit letzten Eliten erlesenen Geschmack, ein Gott zu sagen gibt, was sie leiden, singen sie: nein, nicht Hans Albers, auch nicht Rudi Schuricke oder die anglo-germanischen Döntjes der Fünfziger, all das war schon nach der Nostalgiewelle in denSiebzigern erledigt, sondern: den Soldaten am Wolgastrand, Barinkays »Flotten Geist«, den Prinzen von Arkadien aus »Orpheus...«.

Jetzt wissen sie, warum. Denn des Stuttgarter Germanisten Volker Klotz: »Operette. Porträt und Handbuch einer unerhörten Kunst. Darin: 106 Werke, ausführlich vorgestellt«, ist, an dieser Stelle (10/89) schon angekündigt, erschienen. Was für immer anheimgefallen schien dem Kölnisch-Wasser-Moder-Duft einer walzerseligen weiblichen Verwandschaft, die die Sonntagnachmittage am Kaffeetisch, wenn man zum Spielen raus wollte, zum Auswachsen lang machten, - Klotz, textlich wie musikalisch versiert, legt es frei und entdeckt eine »heiter rebellische, vitale und vitalisierende Gattung zwischen Volks- und Avantgardetheater, die fasziniert, wo sie mit dem Unernst Ernst macht«. »Zwischen Dompfaff und Doppeladler«. »Vaterloser Mutterwitz«. »Den Männern überlegen in Kaschemme und Palast«. »Verlachter Fernkult« ... Interpretatorische Leckerbissen am laufenden Band. Über 700 Seiten weg das pure Lesevergnügen. Tip für Snobs, eh die Operettenwelle anbrandet: Jetzt einsteigen!

*

Lieber Herr Henscheid, so sehr und nachdrücklich Sie mir fernmündlich versicherten, daß Sie, in »Mozart« (»Vita«) und »Schumanns Journal«, mit der Bezeichnung »Kleinschriftsteller« mich lediglich haben abheben wollen vom dumpfen Hintergrund des »Großkritikers Kaiser«, der Muff-Kulisse der Großschriftstellerei überhaupt, - so sehr Sie mit dieser Titulierung lediglich Produktionsziffern und Betriebseinnahmen des P. im Auge gehabt haben, so sehr wünschte ich, ich irrte, wenn ich letzte Zweifel habe an der Belastbarkeit der Kundschaft mit Hintersinn.

Ich weiß, daß Sie wissen, daß es außer uns - angefangen bei dem Kleinschriftsteller Ror Wolf - nur noch elf, nein, knapp zehneinhalb im Altreich gibt, die sich wie wir auf die Kalligraphie verstehen.

Nur sollten wir das in Zukunft auch immer klar und deutlich sagen.

Also sich in Schlichtheit geübt, wenn ich bitten darf, und sich der Reflexionshöhe und der Argumentationsfertigkeit notfalls jenes Wesens befleißigt, das, augenscheinlich aus dem Gefolge des Dschabba (»Rückkehr der Jedi-Ritter«) dazu abkommandiert, seit Jahr und Tag im zweiten Kanal TV-Auflagenhöhen und Remittendenzahlen im Land festlegt. Ein nässendes Schnauben geübt, ein Murren, ein Krähen und Zappeln, ein schauerliches Leffzenziehen, durch nichts zu erschütternde Dumpfbackigkeit gepaart mit pfeilschneller Senilität: und dann: Chchrrphpiwittbssrrhervorragendschniefspuckdonnerwetternochmalschprrweißderdeibel... Und: Rums!

Ich bitte.

herzlich

Ihr (Obiger)

Konkret 03/92, S. 64

Konrad Ege

Mythen-Macher

Wer zu Verschwörungstheorien neigt, könnte glauben, es gebe eine Verschwörung gegen Oliver Stones Politthriller »JFK«. Selten, vielleicht noch nie, ist in den USA ein Hollywood-Film so rasch und so heftig verrissen worden wie der mehr als dreistündige »JFK« über die Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy am 22. November 1963

Vietnamkriegsveteran Stone, einer der wenigen US-Regisseure, die kontroverse politische Themen auf die Leinwand bringen, stellt den Mord in Dallas als Ergebnis einer Verschwörung von rechtsextremen Agenten der CIA und des Pentagon, Exilkubanern, FBI-Beamten und der Mafia dar. Verurteilt wird das Werk nicht so sehr von Filmkritikern (daß »JFK« ein filmisches Meisterwerk ist, wird kaum bestritten), sondern von den Hütern der offiziellen Geschichtsschreibung der USA, führenden Leitartiklern und Politikern einschließlich George Bush, der »JFK« beschimpfte, ohne ihn gesehen zu haben. Die Kritiker werfen Stone eine paranoide Geschichtsfälschung vor. Negative »Besprechungen« in der »Washington Post«, im Wochenmagazin »Time« und in »Esquire« erschienen bereits während der Dreharbeiten. Das Sprichwort »Viel Feind, viel Ehr« trifft auf Stone jedoch nicht unbedingt zu. Zu realitätsfremd sind die Thesen seines Films, und letztendlich ist »JFK« bloß ein wunschträumendes Werk, das Produkt analytischer Hilflosigkeit.

Der Film stützt sich weitgehend auf die Erinnerungen des Staatsanwalts Jim Garrison (Kevin Costner), der Mitte der sechziger Jahre meinte, in New Orleans eine Gruppe von Rechtsextremisten entdeckt zu haben, die am Kennedy-Anschlag mitwirkten. Während der Ermittlungen gingen Garrison die Augen auf: Ein mysteriöser Geheimdienstmann (»Mr. X«) überzeugte ihn, daß die Verschwörer einer Schattenregierung angehörten, die die Geschicke der USA im Auftrag von Rüstungsindustrie und Big Business bestimme. Garrison kam zu dem Schluß, daß die rechten Dunkelmänner Kennedy hatten erledigen lassen, weil der die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen verbessern und US-Truppen aus Vietnam abziehen wollte, und daß die Mafia sich für Kennedys Kampagne gegen das organisierte Verbrechen hatte rächen wollen. Der Mord in Dallas war danach nicht einfach ein Mord, er war ein Attentat und ein Putsch. In »JFK« reicht die Verschwörung bis in die höchsten Ränge der Regierung. Auch höchste Militärs haben sie - Stone zufolge - ebenso zumindest gebilligt wie Kennedys Vizepräsident und Nachfolger Lyndon B. Johnson sowie Earl Warren, der ehemalige Vorsitzende des US-Verfassungsgerichts.

Der wirkliche Richter Warren berichtete 1964 als Leiter der offiziellen Morduntersuchungskommission (»Warren Commission«), daß der mutmaßliche Todesschütze Lee Harvey Oswald allein gehandelt habe. Oswald selber wurde von dem Bordellbesitzer Jack Ruby umgebracht, laut Warrens Kommission ebenfalls ein »Einzeltäter«, der angeblich der Kennedy-Witwe den Streß der Gerichtsverhandlung ersparen wollte. (Ruby starb im Gefängnis an Krebs.) Die Lücken und Unstimmigkeiten in dieser offiziellen »Erklärung« sind groß. Zum Beispiel hatte Oswald mit der Mordwaffe unmöglich in so rascher Folge feuern können, wie es der Warren-Bericht beschrieb. Die Kugel, die Kennedy tötete, flog einen merkwürdigen Zick-Zack-Kurs. Zeugen, deren Aussagen die Einzeltäter-Theorie erschütterten, kamen auf mysteriöse Weise ums Leben. Die Obduktion des toten Kennedy fand unter recht sonderbaren Umständen statt. Sein Gehirn ist verschwunden.

Von der Fragwürdigkeit der offiziellen Darstellung des Tathergangs mußte Stone die Kinobesucher freilich nicht überzeugen: Nach einer Umfrage des Wochenmagazins »Time« glauben nur 11 Prozent der US-Amerikaner, daß die Ermordung Kennedys allein auf Oswalds Konto geht. (50 Prozent verdächtigen die CIA.) Wegen der öffentlichen Skepsis hat ein Kongreßausschuß die Ergebnisse der Warren-Kommission nachrecherchiert und dabei noch mehr Verwirrung gestiftet. 1979 erklärte auch er Oswald zum Todesschützen, mutmaßte aber, daß eine zweite Person geschossen, Kennedy jedoch verfehlt habe.

Inzwischen gibt es mehr als 600 Bücher über den Mord; die meisten gehen im Gegensatz zu den staatstragenden Publizisten, die jetzt über Stone herfallen, davon aus, daß die »Warren Commission« ein Weißwäscherunternehmen war. Für die Beschreibung der offensichtlichen Verschwörung - Verschwörung im Sinne eines von mehreren Personen geplanten und ausgeführten Verbrechens - hätte sich Stone freilich eine plausiblere Version einfallen lassen sollen. Lyndon Johnson war sicherlich korrupt - daß er bei einem Präsidentenmord mitgemacht hätte, ist aber kaum vorstellbar. Genauso abstrus ist Stones Annahme, der liberale Richter Warren hätte mit rechten Fanatikern gemeinsame Sache gemacht. Möglich, wenn nicht sogar wahrscheinlich ist freilich, daß Warren als Personifizierung des amerikanischen Establishments es nicht hat »zulassen« können, daß in der Musterdemokratie USA eine Verschwörung gegen den Präsidenten stattgefunden hatte. (Die meisten Kritiker Stones haben anscheinend ähnliche Motive.) So ist Warren wohl bereit gewesen, die Fakten entsprechend zu drehen und manche Fragen besser gar nicht zu stellen, um die zumindest vorübergehend Staatsapparat und -volk beruhigende Einzeltätertheorie zu präsentieren. Johnson selber hat das nie geglaubt: Er verdächtigte Fidel Castro als Drahtzieher.

Während »JFK« den Einzeltätermythos der Lächerlichkeit preisgibt, verkündet er einen anderen, ebenso problematischen Mythos - den des guten Kennedy, mit dem das aufrechte und saubere Amerika dunklen Mächten zum Opfer fiel.

Staatsanwalt Garrison verkündet in einem Plädoyer, daß »wir alle« zu »Kindern eines ermordeten Vater-Führers« geworden seien, dessen »Killer immer noch auf dem Thron sitzen. Der Geist von John Kennedy konfrontiert uns mit dem geheimen Mord im Herzen des amerikanischen Traums.« Stone, der angeblich den Garrison-Text selber geschrieben hat, formulierte in einem »Newsweek«-Interview auf die Frage, ob »die Welt« ohne den Kennedy-Mord heute anders aussähe, ein ähnliches Glaubensbekenntnis. »Alles hätte sich viel besser entwickelt. Das Massaker in Südostasien hätte nicht stattgefunden. Johnsons Kriegspolitik hat die Zyklen der Armut und Rezession angeheizt. Dadurch gab es diese riesigen Inflationsraten. Wirtschaftlich gesehen hat sich die ganze Welt wegen des Vietnamkrieges verändert. Und nicht nur haben wir dort 58.000 eigene Menschen verloren - wir haben zwei Millionen getötet. Was die CIA schon in den fünfziger Jahren getan hat, praktizierte sie in viel größerem Ausmaß in Vietnam. Diese geheimniskrämerische Mentalität besteht weiterhin, von Vietnam über Watergate bis zu Irangate in den sechziger Jahren. Die Kräfte, die Kennedy getötet haben, handelten nicht in einem Vakuum. Die parallele Schattenregierung hat es in den ganzen letzten 28 Jahren gegeben.«

Die Fakten widersprechen dieser Idealisierung Kennedys. Stone stützt seine Annahme, daß Kennedy die mehr als 15.000 US-Soldaten, die er z.T. selber nach Indochina geschickt hatte, heimgeholt hätte, auf ein Memorandum, das den Abzug von tausend »Militärberatern« anordnete. Die Spitzen der damaligen Administration, Kennedys Minister und Staatssekretäre, wissen jedoch bis heute nicht, welche Bedeutung das Memo hatte. Sicherheitsberater McGeorge Bundy bezweifelt, daß der Präsident damals einen totalen Truppenabzug plante. Kennedys Haus- und Hof-Kommentator James Reston berichtete, der Präsident habe ihm anvertraut, daß es »wichtig sei, die amerikanische Entschlossenheit« gegen den Kommunismus zu demonstrieren, und daß dies am besten in Vietnam getan werden könne. Gegen Stones Bild eines friedliebenden Kennedy spricht auch, daß dieser es schließlich war, der in Vietnam mit der Entlaubungsaktion begann, der die Elitetruppen »Green Berets« für ‘unkonventionelle Kriegsführung’ schuf, und dessen Luftwaffe vietnamesische Zivilisten mit Napalm bombardierte.

Daß Kennedy mit Castro Frieden habe schließen wollen, wie Stone uns weißmachen machen möchte, ist ebenfalls kaum glaubhaft. Die CIA-Aktionen gegen Kuba ‘»Operation Mongoose«), die mit Wissen Kennedys geplant wurden, die Versuche US-amerikanischer Agenten, Castro zu ermorden, schockierten selbst den Vizepräsidenten Johnson. Die US-Regierung, gab er rückblickend zu, habe »in der Karibik eine gottverdammte Mörderbande« beschäftigt.

Zu Beginn von »JFK« hören die Kinobesucher Dwight Eisenhowers berühmte Rede, mit der Kennedys Amtsvorgänger vor dem Entstehen eines »militärisch-industriellen Komplexes« warnte. Damit will Stone offensichtlich seine These plausibilisieren, daß dieser »Komplex« hinter dem Mord stecke. Das aber verbiegt die historischen Zusammenhänge: Eisenhower hat eher *vor Kennedy* gewarnt, der als Präsidentschaftskandidat wegen eines »Missile Gap« (Raketenlücke) Alarm schlug, der sich zwischen der immer mächtiger werdenden Sowjetunion und den USA auftue. Im Weißen Haus begann Kennedy dann ein Hochrüstungsprogramm umzusetzen, wie erst zwanzig Jahre später Ronald Reagan wieder (der sich dabei mehrfach auf Kennedy berief). Die Zahl der strategischen Nuklearwaffen wurde verdoppelt.

Stones Sehnsucht nach den heilen USA, die angeblich unter dem »Vater-Führer« Kennedy existierten, ist im wahrsten Sinne des Wortes reaktionär. Denn die durch das Attentat abgebrochene Phase der amerikanischen »Unschuld« - die fünfziger Jahre - ist in Wirklichkeit u.a. die Zeit des McCarthy-Antikommunismus, des Koreakrieges und der CIA-Coups im Iran und Guatemala gewesen. Glaubt man »JFK«, waren der Vietnamkrieg und die atomare Aufrüstung das Werk lediglich einiger weniger Menschen, die gegen den Willen der Regierung und gegen demokratische Spielregeln handelten (und Kennedy ermordeten), und nicht das Gemeinschaftsprodukt der führenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Institutionen des Landes. Politische Ereignisse lassen sich aber nur verstehen, wenn Instanzen untersucht werden, die Entscheidungen treffen. Eine derartige Untersuchung geht davon aus, daß Handlungen von Einzelpersonen zwar bedeutend sein können, daß aber die »Geschicke« einer Nation von gesellschaftlich dominanten Institutionen gesteuert werden, die in ihrem eigenen Interesse handeln. Verschwörungstheoretiker wie Stone gehen dagegen davon aus, daß alles gut wäre, wenn die Institutionen nur machen würden, was sie machen sollen.

Die US-Linke (wer momentan auch immer dazu gehören mag) ist anfällig für Verschwörungstheorien. Die Mär von der »Schattenregierung«, auch »Secret Team« genannt, den Glauben an allerlei »Verschwörungen« benutzt sie, um (sich) geschichtliche Ereignisse zu erklären. Im Iran-Contra-Skandal beispielsweise sei die US-Regierung von rechten Aktivisten unter Umgehung demokratischer Spielregeln manipuliert worden. Die »October Surprise«-Theorie behauptet, Ronald Reagan und George Bush hätten 1980 die Wahlen »gestohlen«, indem sie einen geheimen Deal mit dem Iran eingegangen seien, die US-Geiseln in Teheran erst nach den Wahlen freizulassen. Und der Golfkrieg ist nach Meinung der Verschwörungstheoretiker »ausgebrochen«, weil die US-Regierung Saddam Hussein zuvor nach Kuwait »gelockt« habe.

Beim Ausspinnen von Verschwörungstheorien geben sich Linke und Rechte ein Stelldichein, wobei für Rechte die Übeltäter gewöhnlich Juden sind oder das liberale Ostküstenestablishment, während Linke da eher Großkonzerne, Banker und Geheimdienste bevorzugen. Zur Zeit des Golfkrieges gab es in den USA vereinzelt Verbindungen zwischen rechtsextremen Gruppen wie etwa den Leuten um Lyndon LaRouche und der Friedensbewegung. »JFK« und die Debatte um den Kennedy-Mord sind geradezu paradigmatisch für derartige links-rechts-Korrespondenzen. Im Januar hat Stone

seinen »Mr. X« im Washingtoner National Press Club vorgestellt: Er heißt Fletcher Prouty. Prouty war Anfang der sechziger Jahre im Verteidigungsministerium für Geheimoperationen zuständig. In seinem Buch »Das geheime Team« beschrieb er, wie Geheimdienste die US-Politik manipulierten. Jetzt arbeitet er mit rechtsextremen Gruppen zusammen, und sein Buch ist von einem Institut neu aufgelegt worden, das die nationalsozialistische Judenvernichtung bestreitet. Auch andere prominente Kennedy-Verschwörungstheoretiker stammen aus dem rechten Lager, bzw. sind schließlich dort angekommen. Das gilt z.B. für Mark Lane, der für die »Liberty Lobby«, die größte rechtsextreme US-Organisation, Anwaltsdienste leistet und früher deren Informationsblatt »Zionist Watch« redigierte.

Die Polizei von Dallas will jetzt ihre Akten über den Kennedy-Mord offenlegen. Im Kongreß bemühen sich mehrere Abgeordnete um die Freigabe der Unterlagen jenes Ausschusses, der die Ergebnisse der »Warren Commission« überprüfte. Vielleicht werden auch ihre Dokumente demnächst zugänglich gemacht. Ex-Präsident Gerald Ford, das letzte noch lebende Kommissionsmitglied, hat das jedenfalls gefordert. Möglicherweise wird dann klarer, wer Kennedy ermordete, und vielleicht müssen dann, wie im Falle der Iran-Contra-Connection, ein paar Übeltäter vor Gericht. Die Institutionen und Entscheidungsträger aber, die der Welt den Vietnamkrieg, die Grenada- und Panamainvasionen und die US-Militärpolitik im Golf bescherten, werden bleiben.

Nicht daß an Verschwörungstheorien grundsätzlich alles falsch sein müßte: Vermutlich haben rechtsextreme Fanatiker in der irrigen Annahme, Kennedy würde gegenüber dem Kommunismus »weich« werden, das Attentat ausgeführt. Reagan und Bush haben womöglich tatsächlich mit dem Iran gekungelt. Und zumindest ein Sektor der US-Administration mag Saddam Hussein bewußt hinters Licht geführt haben. Derartige Wahrheiten verschwörungstheoretischer Konstruktionen sind jedoch nicht sonderlich relevant. Vollkommen legale Überlegungen vollkommen rechtmäßiger Organe der Regierung haben schon viel mehr Unheil angerichtet als mutmaßlich verschwörerische Dunkelmänner, und die Aktivitäten der wirklichen Regierung zeitigen gravierendere Folgen als die irgendeiner imaginären geheimen »Schattenregierung«.

Konrad Ege lebt als freier Journalist in Washington D.C.

Konkret 03/92, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Er nicht aufhören. Er nicht lassen sein schreib-schreib. Er heißen Rathenow Lutz, und weil nicht wollen hören, müssen fühlen:

Wenn heute... abgeschlaffte Altzyniker (Konkret-Gremlitza) fast alles am neuen Deutschland wegwitzeln wollen, so spricht aus ihnen ein sicherheitshalber vorausspottender Neid.

Sicherheitshalber vorausspottender Neid? Das sein wieder viel Mumpitz, Schwachkopf! Aber Du dichten immer weiter:

Denken war nie die starke Seite einer zwischen ideologischen Systemen und pragmatischen, in den Tag hinein plaudernden Intelligenz.

Zwischen Systemen und plaudernden Intelligenz? Du denken? Du nicht sollen Kopf aus Fenster halten heute - Viehzählung erst morgen, Hornochse! Du immer, immer dichten noch mehr:

Das Schöne an der Literatur aber ist, daß jeder das Recht hat, allgemeine Sätze durch Schreiben zu wiederlegen.

Warum Du nicht gesagen gleich? Jetzt wissen, was Du machen: Du machen aufgestandene Sätze durch Schreiben w*ie*der legen. Das sofort lassen, Knallkopf! Als Strafe Du machen Fehler in Namen von alle Leute, was besser schreiben als Du. Nummer eins Du nehmen Telefonbuch Berlin.

Wo der Udo Knapp einmal hingedacht hat, läßt sich kein Gras mehr zum Wachsen überreden:

Will die liberale Linke in den 90er Jahren, wie in den 50er Jahren die politische Rechte, zu der politischen Kraft werden, die die Aufklärung politischer Verbrechen der SED und ihrer Mitläufer verhindert?

In den 50er Jahren, als die politische Rechte die Aufklärung politischer Verbrechen der SED und ihrer Mitläufer verhindert hat, hießen die Grünen noch Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, ohne allerdings von sich zu sagen, sie seien die liberale Linke. Aber der BHE hatte eben noch nicht den Knapp, sondern bloß den Hans-Christoph Seebohm.

In der »Frankfurter Allgemeinen«, deren Chile-Korrespondent Philippengracht ein Jahrzehnt lang das Lob des Augusto Pinochet in alle Welt gejuchzt hat, räsoniert im Feuilleton ein K.A., ob Chile den asylsuchenden Erich Honecker aufnehmen sollte:

Schließlich verfügt Chile mit seiner Colonia Dignidad über ein Refugium, in dem sich Honecker wirklich wohl fühlen könnte. Man spricht da nicht nur Deutsch, man übt sich auch in deutschen Tugenden. Gehorsam, Mut und Disziplin stehen in hohem Ansehen, die Kinder tragen Uniform und einen Scheitel, alle auf derselben Seite. Auch sonst verfügt die Colonia Dignidad im Kleinen über alles, was für die Arbeiter-und-Bauern-Staaten typisch war.

Ich weiß nicht, wer K.A. ist. Vielleicht verbirgt sich aber dahinter gar kein Name, sondern K.A. steht einfach für: Kein Anstand. Oder: Korruptes Arschloch. Ein anderer, der sich »gs.« nennt, und wie das auszuschreiben sei, mag sich jeder nach Lektüre selber einfallen lassen, schreibt ebenfalls im Feuilleton der »FAZ«:

Wenn Honecker nach Deutschland zurückkommt, wird er dorthin zurückkehren, wo er seine politische Karriere begann: ins Gefängnis. Einen Rest von Respekt hatte Wolf Biermann dem gestürzten Parteichef im Herbst 1989 gezollt,

was, wenn man`s recht bedenkt, außerordentlich generös war von ihm, der zehn Jahre in Stasi-Haft... (oder bring ich da jetzt was durcheinander?)

weil er unter dem NS-Regime zehn Jahre im Zuchthaus Brandenburg schmachtete. Aber diese Erfahrung hat Honecker nicht zum Demokraten und Förderer des Rechtsstaates reifen lassen.

Da haben Gestapo, SS und SA mehr Zeit, als ein Weinbauer braucht, um einen Chianti zur Riserva zu veredeln, und noch mehr Mühe aufgewandt, den Kommunisten Honecker zum Demokraten und Förderer des Rechtsstaates reifen zu lassen - und was tut er? Fällt bei der Frankfurter allgemeinen Reifeprüfung mit Pauken und Trompeten durch. Ob bei Proleten ganz allgemein, frankfurterisch-feuilletonistisch gesprochen, *love's labour's* schon deshalb *lost* ist, weil sie nicht wissen, was das heißt, bis der Biermann, der Shakespeare weniger Respekt zollt als dem Honecker, die *verlorene Liebesmüh* in *verfluchte* (oder, kräftiger:) *beschiss'ne Qual der Lust* übersetzt hat?

Andererseits muß man natürlich bedenken, für welche Leser die »Frankfurter Allgemeine« gemacht wird. Nehmen wir nur einen ihrer treuesten, den Militärexperten Ferdinand Otto Mischke, der schon so heißt, als sei an ihm ein Kollege des Ernst

Otto Maetzke, des Fritz Ullrich Fack und des Johann Georg Reißmüller verloren gegangen. Ferdinand Otto Mischke also schreibt an seine Zeitung:

Der Einmarsch der Wehrmacht 1941 in Agram wurde - Hitler hin, Hitler her - von der Mehrheit der Kroaten als Befreiung von der serbischen Herrschaft empfunden.

Hitler hin, Hitler her, Serbenschlachten ist nicht schwer: Ein Verschen für »FAZ«-gereifte Demokraten, das nach musikalischer Begleitung verlangt. Das Feuilleton der Frankfurter hat da einen in petto...

Manchmal dauert es, bis so ein säuselnder »Bürgerrechtler« sich selbst als den Spitzbuben überführt, als der er einem von Anfang an verdächtig war. Aber unvermeidlich hat auch der Jens Reich sein völkisches *coming out*, wenn er in der Illustrierten »Stern« erzählen darf, warum Erich Honecker bestraft werden müsse:

Da wurde eine Armee darauf gedrillt, bei Bedarf den Krieg offensiv ins Feindesland zu tragen. Die Soldaten kannten ihre Gefechtsziele: Hildesheim, Fulda, Celle. Sie hätten im Kriegsfall auf ihr eigenes deutsches Volk schießen müssen.

Das ist der Unterschied zwischen einem Rechts- und einem Unrechtsstaat: »Bei Bedarf« kannte die alte Bundeswehr und kennt die neue ganz andere Gefechtsziele. Statt auf Hildesheim, Fulda und Celle wird bloß auf Warschau, Moskau, St. Petersburg, Kiew oder Belgrad geschossen. Wenn die Kanoniere dort nicht zufällig ein paar reisende Düsseldorfer Waffenhändler treffen, bleiben nur Ausländer auf der Strecke und das eigene deutsche Volk samt seinem Reich leider gänzlich ungeschoren.

Brigitte, geborene Seebacher, verehelichte Brandt, hat an sich erlebt, was es einträgt, nur eine Geborene zu sein oder aber eine Geehelichte. Sie fängt nun freilich an, ihr Erlebnis über die Maßen zu verallgemeinern:

Mitterrand ist kein geborener Sozialist.

Er hat, vergleichbar der nicht als Sozialdemokratin geborenen Frau Seebacher und wie sie in fortgeschrittenem Alter, bei Rengers um die Hand der kleinen Annemarie angehalten.

Eine »Hausmitteilung« des Chefredakteurs:

Werte Kolleginnen und Kollegen, anläßlich dieses unterirdischen Beitrags in der Berlin-Kultur, in welchem meiner Vorgängerin Giorgia Tornow auf ein neues hinterhergetreten wurde, sehe ich mich gezwungen, folgende Regelung zu erlassen. Sämtliche Beiträge, die sich kritisch mit ehemaligen oder derzeitigen MitarbeiterInnen der taz befassen sind der Chefredaktion d.h. Jürgen Gottschlich oder mir vorzulegen. Da Stillosigkeiten dieser Art für die taz nicht nur in hohem Maße ruf- sondern auch geschäftsschädigend sind, sollte jeder, der sich nicht daran zu halten gedenkt, schon mal damit beginnen, sich nach einem neuen Job umzusehen.

Wer nun meint, dieser mit Kündigungen drohende Erlaß könne nicht anders enden als mit »Hochachtungsvoll Michael Sontheimer, Chefredakteur, nach Diktat verreist«, zeigt damit nur, daß er dem alternativen Zeitungsprojekt übel will, denn in Wahrheit heißt es zum Schluß:

Cordially Yours

Micha

Michi vonne »TAZ«, so kuschelig wie in alten Zeiten.